D 20930 E

links

Sozialistische Zeitung

Offenbach/Main Nr. 87
April '77 DM 1,80

Staatsschutz statt Freiheit

er Prozeß in Stammheim schien ur aus Skandalen zu bestehen, on denen der "Kampf des Rechtsaates gegen den Terrorismus" egleitet wird. Verteidigerausschlüsse, Befangenheit der Richter, olationshaft, ein nicht wirklich ntersuchter "Todesfall" einer Anklagten, Weitergabe von Prozeßten an die Presse, etc. Die Wann von Stammheim machen jetzt dem deutlich, daß, ebenso wie im Lauschangriff auf den Atomanager Traube, nur Splitter der ahrheit an die Öffentlichkeit geungen sind. Der Rechtsstaat hebt des Recht auf, um sich zu schütn. Rechtsstaat und Staatsschutz erden identisch.

as viele ahnten und diesem Staat trauten, ist nunmehr wahr gerden: der "Ausnahmefall" Trau- hat sich zum Ausnahmezustand rdichtet; die Dialektik von Stammim und Brokdorf, von staatlichem Gesinnungsterror und Atomergie zerfrißt weiter die Freiheitsrechte und schickt sich an, die rfassung als Ganzes aufzuhen. Neu an dieser Entwicklung , daß nicht nur die Gesinnung Legitimation für den staatlichen rfassungsbruch dient (Berufsrbote), sondern schon eine abakte Gefährdung ausreicht, um dividuelle Freiheitsrechte ein-

„Wanzen"-Produktion en gros dpa

fach außer Kraft zu setzen. Die Rechtfertigung der Herrschenden könnte uns egal sein, wäre sie nicht auch Indiz für die reale, für die wirkliche Verfaßtheit dieser Republik, in der wir nicht nur als Sozialisten, sondern auch und insbesondere als Bürger definiert sind. Die Legitimation für die Unterdrückung jeder Opposition, die nicht in das parlamentarisch herrschende politische Spektrum paßt, ist schon geschaffen. Die konkreten Unterdrückungsmaßnahmen werden sich im Falle vermeintlicher Gefährdung finden.

Der dreiste Anschlag von Maihofer, Bender, Schieß, Schmidt und Co. umfaßt nicht nur ihr verfassungsfeindliches Handeln, sondern auch die Begründung ihres Tuns: Staatliche Gewalt steht durch den "rechtfertigenden Notstand" des § 34 StGB über der Verfassung. Das Herankarren dieses Paragraphen ist sichtbares Zeichen einer neuen Verfassungsrealität, die uns den Notstandsstaat auch ohne die Ausrufung des Notstands beschert. Die in § 34 StGB apostrophierte Abwendung einer Gefahr "von sich oder einem anderen" wird dahingehend ausgelegt, daß der andere keine konkrete Person zu sein braucht, sondern auch der abstrakte Bürger sein kann. Hinter dieser Abstraktion des Bürgers, von dem eine "gegenwärtige" Gefahr abgewendet werden soll, verbirgt sich nichts anderes als die Staatssicherheit, von der Herr Kohl meint, daß sie als "Sicherheit des Gemeinwesens" über der "individuellen Freiheit" stehe (FAZ 21.3.77). Diese neue Supraverfassung, die neue Verfassungslegitimität der BRD hat dem Maßnahmestaat (Fraenkel) endgültig über § 34 StGB die Tür aufgestoßen – die Geheimdienste schalten und walten, wie es ihnen beliebt. Die ansonsten nicht wenig zimperliche Polizei wird ihrer Funktion der – richterlich nachprüfbaren – "Gefahrenabwendung" entledigt.

Der Innenminister – und damit wird das alte und oft leichtfertig verwandte Wort vom "Scheißliberalen" doch noch – sehr traurig – wahr – argumentiert wie ein Feudalherr: Herr Traube wird rehabilitiert, als ob die flagrante Verletzung der geschützten Rechte aller nur die konkrete Person des Herrn Traube angeht, als sei nur er individuell von der Rechtsverletzung betroffen; eine feines Verständnis von

I DIESER AUSGABE: D. Claussen/D. Diner: Staatsschutz statt Freiheit 1 · Wolf-Dieter Narr: Staatscherheitssystem 2 · Erklärung von Inge Hornischer 3 · Heinz Brandt: Rede in Itzehoe 4 · J. Kuhnert/. Scherer: Klug-Rücktritt 7 · Radikalenerlaß im Rundfunk 9 · H. E. Brand: Streik in Belgien und den iederlanden 10 · W. Hoss/H. Schwing: Zum Tod von Fritz Lamm 11 · Leo Kofler zum 70. Geburtstag 13 · ansgeorg Conert: Zur Kritik der Sowjetgesellschaft 15 · D. Claussen/H. Grün/ D. Wittenberg: alien – Eurokommunismus 19 · Gewalt gegen Frauen 22 · H. Funke/T. Isensee/Ch. Neusüss: EW Berlin 23 · W. Schrank/R. Müller: SB und Antimilitarismus 25 · Pfingsttreffen der Arbeitslosenelbsthilfen 27 · Initiative Jugendpolitik in Witten 27

der Allgemeinheit der Norm! Der Bruch der Verfassungsnorm ist nicht "persönlich" zu heilen. Wen wundert es noch, wenn die gequetschte Traube sich als verlauster Rebstock herausstellt, der Ausnahmefall durch § 34 StGB sich zum Ausnahmezustand auswuchs. Der Bruch der Freiheit aller, der über die Rechtsentleerung des Rechtsgelehrten Maihofer vollbracht war, füllt sich nunmehr mit empirischem Inhalt.

Diejenigen Teile von existierender bürgerlich-demokratischer Öffentlichkeit, die die Logik des Stammheimer Gesinnungsprozesses und der Berufsverbote nicht begriffen haben oder nicht begreifen wollten, mußten erst über Traube betroffen werden – um die Grenzenlosigkeit von Repression – ist sie erst einmal eingeleitet – zu erkennen. Der Sündenfall des Notstandes – sogar außerhalb der notorischen Notstandsgesetze – liegt weit vor der Verwanzung der Bundesrepublik. Er beweist wieder einmal, wie taktisch das Verhältnis der Bourgeoisie zu den individuellen Freiheitsrechten ist.

Die als zufällig sich gerierende "Ausnahme" drängt Parallelen auf: Die Aushöhlung der Weimarer Verfassung als Vorbereitung faschistischer Herrschaft vollzog sich über Generalklauseln, durch die die Exekutive, der autoritäre Beamtenapparat, über Maßnahmen zu regieren sich anschickte. Verselbständigte Exekutive, Generalklauseln und Maßnahmen haben auch jetzt und hier Formen angenommen, die Kontinuität demonstrieren.

Das parlamentarische System der bürgerlichen Demokratie in der BRD stellt seine eigene politische Substanzlosigkeit in der Staatsschutzpraxis zur Schau. Rücktritte von Ministern, die der Kanzler Schmidt noch am 22. März für unangebracht hält, können noch vormachen, es ginge um Einzelfälle, verantwortliche Personen und Fehlverhalten. Aber in Wirklichkeit ist der wahre Kern der "Solidarität der Demokraten", die seit den Jahren der demagogischen Terroristenhatz beschworen wird, ans Tageslicht gekommen: Die "Kameraderie der politisch Verantwortlichen" (Schmidt). Der von Kohl und Schmidt geäußerte Verdacht, der "SPIEGEL" habe sich zum "Sprachrohr ausländischer Geheimdienste" gemacht, ist nur das Eingeständnis, daß nach dem Weltbild der politisch Herrschenden die Wahrnehmung der demokratischen Rechte nicht im Interesse dieses Landes sein kann.

Staatsschutz statt Freiheit. Es gibt kein Land im kapitalistischen Westen, in dem die bürgerliche Demokratie so ohnmächtig gegenüber einem autoritären Staat ist, wie die Bundesrepublik. Selbst bei Watergate bedurfte es keiner antikapitalistischen Opposition, um die fundamentale Verletzung von Grundrechten zur Institutionenkrise werden zu lassen. Wenn in der BRD keine politische, im Parlament vertretene Organisation in der Lage ist, die Funktion einer bürgerlichen Opposition wahrzunehmen, geht die Wahrnehmung aller demokratischen Interessen an die gesellschaftlichen Kräfte über, die vom parlamentarischen Machtkartell als "Verfassungsfeinde" denunziert werden. Die besserwisserische Haltung, "wir haben schon immer gesagt, daß der bürgerliche Staat...", wird zur Fluchtposition vor den wirklichen politischen Aufgaben. Was in der Antinotstandskampagne noch schwer zu vermitteln war, ist zur erfahrbaren Wirklichkeit geworden. Demokratie hat in diesem Land keine institutionelle Grundlage. Im Falle der Verletzung von Grundrechten kann sich der "SPIEGEL" noch als Ersatzopposition aufspielen, die ebenso schnell aufhören wird, wenn die kommerzielle Grundlage dieser Institution gefährdet scheint. Sein Weltbild ist sowieso durch Maihofers Praxis ins Wanken geraten. Die gesellschaftstheoretische Erkenntnis, daß der kapitalistische Liberalismus in Deutschland im Faschismus sein geschichtliches Ende gefunden hat, wird heute durch die Staatsverschworenheit aller parlamentarischen Kräfte unterstrichen. Maihofers Verhalten gegenüber dem Verfassungsschutz ist nur noch eine Farce auf das historische Abdanken des Liberalismus. Kontrolle ist gut, aber Vertrauen ist besser.

Der autoritäre Staat wird dadurch gekennzeichnet, daß die gesellschaftlichen Kontrollorgane sich in Organe der Kontrolle der Gesellschaft verwandeln. Heute bedarf es dazu keiner faschistischen Massenbewegung, sondern nur einer Verwaltungs-, Polizei- und Geheimdienstpraxis, die von der offiziellen Politik gedeckt wird, um die Rechte der Bürger außer Kraft zu setzen. Jede gesellschaftliche Initiative, die diese autoritäre Staatshoheit in Frage stellt, muß deshalb unsere Sache sein: Die Bürgerinitiative, die sich gegen das Schicksal wehrt, Opfer staatlicher Planung und privatkapitalistischer Interessen zu werden, ebenso wie die Antirepressionskampagne, die im Kampf gegen Berufsverbote und dem ständigen Abbau der Grundrechte an den antifaschistischen Widerstand und zugleich an die außerparlamentarische Opposition der sechziger Jahre anknüpft. Der Kampf für Freiheitsrechte ist kein legalistisches Unternehmen, der mit Klassenkampf nichts zu tun hat, sondern eine historische Aufgabe, die in beiden deutschen Staaten seit dem Ende des Faschismus noch zu leisten ist. Für uns heißt das: Wer im Spätkapitalismus nicht um die Entfaltung der Demokratie kämpft, kann vom Sozialismus auch nur reden.

DETLEV CLAUSSEN/DANY DINER

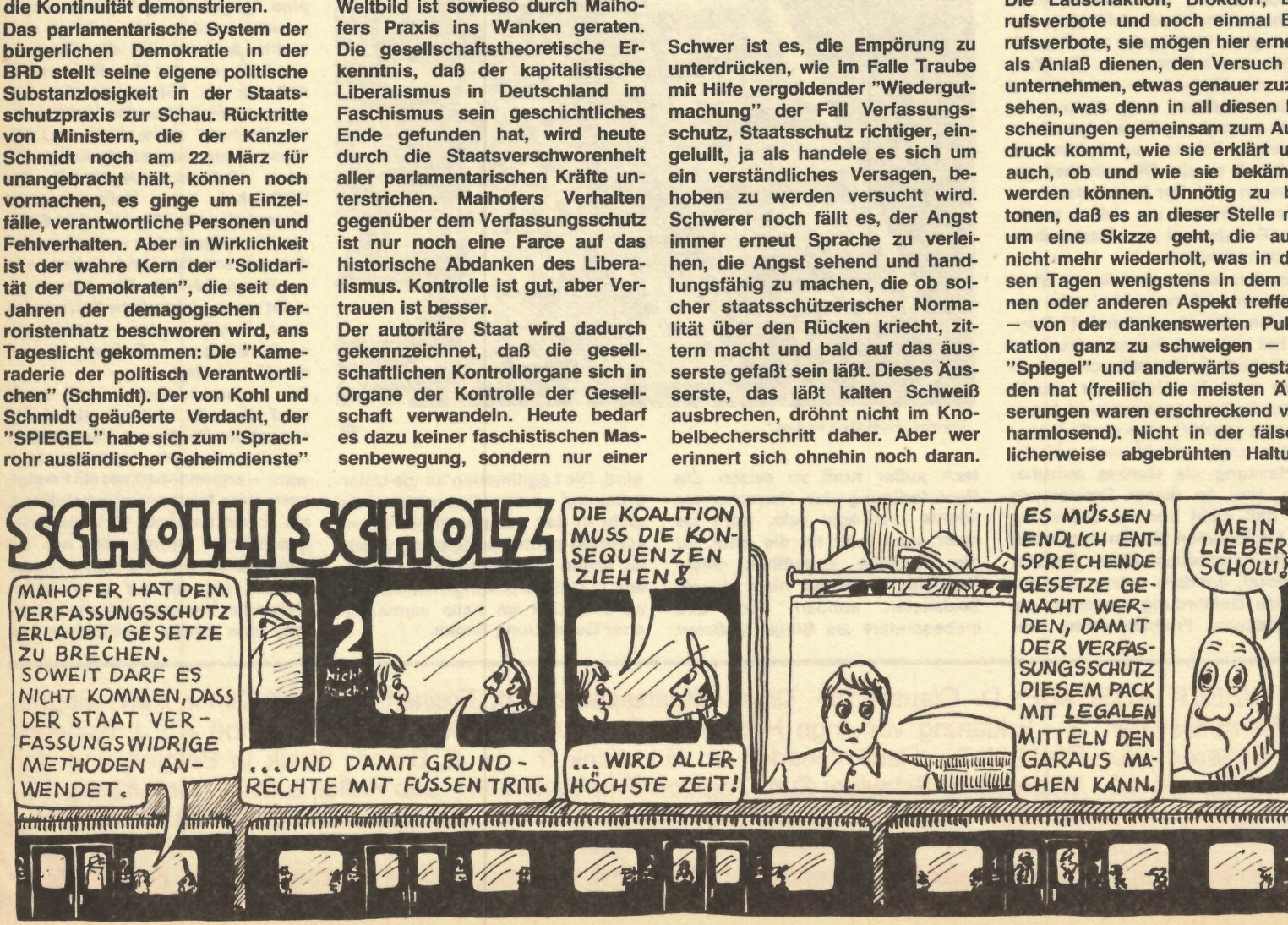
Das Staatssicherheitssystem und die „armen" Politiker

Schwer ist es, die Empörung zu unterdrücken, wie im Falle Traube mit Hilfe vergoldender "Wiedergutmachung" der Fall Verfassungsschutz, Staatsschutz richtiger, eingelullt, ja als handele es sich um ein verständliches Versagen, behoben zu werden versucht wird. Schwerer noch fällt es, der Angst immer erneut Sprache zu verleihen, die Angst sehend und handlungsfähig zu machen, die ob solcher staatsschützerischer Normalität über den Rücken kriecht, zittern macht und bald auf das äußerste gefaßt sein läßt. Dieses Äußerste, das läßt kalten Schweiß ausbrechen, dröhnt nicht im Knobelbecherschritt daher. Aber wer erinnert sich ohnehin noch daran.

Die nachfaschistische Zeit ist läng
zu Ende. Wir haben nun Bonn
Republik ohne Abstriche. Dies
Äußerste erscheint als das No
male, als Energie- und Wachstum
sicherungsbedarf, es erscheint w
ein Krebsgeschwür, das sich lan
sam ausbreitet. Man merkt z
nächst wenig, erst allmählich w
etwas wahrnehmbar, aber es ble
beim Unwohlsein, dem immer w
der Verdrängbaren. Bis schlie
lich die Krankheit Methode wi
bis schließlich der Sicherheitsb
darf seine eigenen Kinder frißt u
frißt und frißt.

Seltsam und bezeichnend zugleic
daß so wenige Angst haben, g
schichtlich belehrte und gleic
zeitig für Gegenwart und zukü
tige Entwicklungen sensible Ang
Gefahrvoll auch, daß die wenige
denen mit dem staatlichen Sich
heitskalkül nicht auch noch ih
eigene Angst entfremdet wurde
so als sei ihr Häuschen im Grün
gefährdet und sorge das Staa
sicherheitssystem für dess
Schutz – gefährlich sage ich, d
diejenigen, die ihrer Angst bewu
werden, blicklos wüten oder v
ab resignieren, weil die Verhä
nisse übermächtig erscheinen. W
vermag sich noch gegen dies
Eisberg des Sicherheitsappara
zu wehren. Wie sollte eine Ges
schaft das Krebsgeschwür bes
tigen, das ihr – wie es scheint
Leben und Sicherheit – einstw
len wenigstens – zugleich g
währt, Wachstum und Arbeitspl
ze?

Die Lauschaktion, Brokdorf, B
rufsverbote und noch einmal B
rufsverbote, sie mögen hier erne
als Anlaß dienen, den Versuch
unternehmen, etwas genauer zuz
sehen, was denn in all diesen E
scheinungen gemeinsam zum Au
druck kommt, wie sie erklärt u
auch, ob und wie sie bekäm
werden können. Unnötig zu b
tonen, daß es an dieser Stelle n
um eine Skizze geht, die au
nicht mehr wiederholt, was in d
sen Tagen wenigstens in dem
nen oder anderen Aspekt treffe
– von der dankenswerten Pub
kation ganz zu schweigen –
"Spiegel" und anderwärts gest
den hat (freilich die meisten Ä
serungen waren erschreckend v
harmlosend). Nicht in der fälsc
licherweise abgebrühten Haltu



es "Wir wußten doch immer chon, daß der bürgerliche Staat", ber auch nicht im Sicht versperenden heißen Zorn, geht es darm, analytisch und strategisch istanz zu nehmen.

Auf dem Weg zum Polizeistaat

ast erstaunt es, daß immer noch ufregung möglich wird und Poliker und ihre sicherheitspolitichen Informanten wenigstens berflächlich und in dieser oder ener Person verunsichert. Denn ie Gewöhnung an den Sicherheitspparat und seine sanften, nur ab nd zu scharf hervorschießenden rallen wächst. Nicht nur die Geöhnung freilich wächst, sondern ehr noch der Sicherheitsapparat elber. Man nehme nur das jüngste eispiel. Aufregung herrscht, weil Traubes Wohnung widerrechtch, mit Berufung auf einen übersetzlichen Notstand eingebrohen wurde. Eine Aufregung freich, die von der Regierung und em herrschenden Parteienkarell selbst nicht geteilt wird. Wie ollte auch. Jedoch selbst in den issigen Kommentaren und selbst Traubes Selbstbezeugungen wird gelassen hingenommen, daß schon seit Sommer 1975 "nachrichtendienstliche Mittel" eingesetzt worden sind, die gemäß § 3 des Verfassungsschutzgesetzes insbesondere umfassen:

"– das heimliche Beobachten (Observieren)
– das geheime Fotografieren
– die Anwerbung und Führung von geheimen Mitarbeitern in Beobachtungsobjektiven (V-Leute)
– die Post- und Telefonkontrolle (schon in Art. 10 GG geregelt)
– das "einfache" und "technische" Belauschen des nichtöffentlich gesprochenen Wortes."

Abgesehen davon, worauf Robert Jungk zurecht aufmerksam machte, daß der deutsche Verfassungsschutz trotz guter technischer Ausstattung (die bundesdeutschen Sicherheitsinstanzen sind in den letzten Jahren technologisch geradezu aufgerüstet worden) der neuen technischen Mittel entbehrt und fast dilettantisch zu Werke ging, ist doch keine Frage, daß diese nachrichtendienstlichen Mittel quer zu allen Grundrechten der Verfassung stehen. Ein V-Mann (oder eine V-Frau) – hier haben die Autoren der lesenswerten Studie "The lawless State" (Der gesetzlose Staat) recht – kommt gegebenenfalls in die engste Wohnung, er/sie kommt gegebenenfalls noch weiter. Technische Mittel sind nicht von der Substanz der Verfassung, sondern von der Entwicklung der Technologie selbst abhängig. Die Substanz der Verfassung läßt sich durch diese technologische Entwicklung auflösen, ohne ihre Form zu verletzen. In der Tat, das Grundgesetz ist längst von den Sicherheits- und Notstandsgesetzen und von der Sicherheitstechnologie überholt worden.

Der Sicherheitsapparat ist nicht nur über das Grundgesetz hinausgewachsen und gibt demselben seinen Schatten, in dem der Bürger entbürgert, sich ruhig vor der Sonne der Demokratie ausruhen kann. Der Sicherheitsapparat hat eine Stärke erreicht, die ihn potentiell allzuständig und allanwesend macht. Diese Stärke des Sicherheitsapparats läßt sich aber weniger an seinen verfassungsdurchbrechenden Kompetenzen und an seiner Fähigkeit, die Verfassung technologisch auszuzehren, weniger auch an der beachtlichen Stärke seines Apparats ablesen, sondern mehr noch an seiner überlegalen Legitimität. Der Apparat sorgt nicht nur für Sicherheit, er bestimmt, was unter Sicherheit zu verstehen ist, er informiert, wann Sicherheit gefährdet ist, und er tritt die Funken aus, wenn die Sicherheit bedroht erscheint. Innere und äußere Sicherheit sind wesentlich politische Konzepte. Bedrohung besteht nicht als solche, sondern nur z. B. für den herrschenden Status quo und seine Kräfte.

Das schlechterdings zentrale politische Sicherheitskonzept, das wie eine Decke über aller Politik liegt und zugleich ihr Fundament bildet, wird hauptsächlich vom Sicherheitsapparat, seinen Informationen und Aktivitäten bestimmt. Es tut nichts, daß dieser Sicherheitsapparat und seine Instanzen allzu oft ihrer eigenen Sicherheitspathologie erliegen. Zeitungsausschnitte vom Vortag werden mit dem Stempel "Hoch geheim" versehen. Viel entscheidender: Die Sicherheitsdynamik ist die ihre. Sie bestimmen auch die Politiker. Arme Politiker des Staatssicherheitsapparats, der ausmacht, wann zugelangt wird und wann nicht. Der Verfassungsschutz, so sagte es Meier, der Chef-Schützer, ist nur

Erklärung von nge Hornischer

ändig praktizierte Machenschaften s bundesdeutschen Geheimdienes – das Einbrechen in Wohnunen, das Erbrechen von Briefen, das ithören von privaten und berufsbegenen Gesprächen, das Bespitzeln n Personen bis zu einsamen Strännen – sollen durch ein neues Notandsgesetz vollends legalisiert wern. Der totale Überwachungsstaat ll zum Alltag werden: das ist das sherige Ergebnis der neuerlichen bhöraffäre'.

aß dazu meine Person ganz nebenei als Vehikel benutzt wird, wobei ligend in Kauf genommen wird, ß ich im wahrsten Sinne des Wors auf der Strecke bleiben soll, macht ese Pressekonferenz und Erklärung twendig.

n Innenminister Maihofer werde als die personifizierte Staatsgehr hochgejubelt. Ich bin mit einem al 'die Drehscheibe des internatiolen Terrorismus', spiele angeblich e Schlüsselrolle in der Anarchoene' und dergleichen mehr und ll all dies bereits vor eineinhalb hren gewesen sein, d. h. zu einer Zeit, als einer meiner Freunde chgewiesenermaßen – bei den rigen bleibt dies im Dunkeln – en wegen der angeblichen Gefährkeit meiner Person permanent obrviert und abgehört wurde.

enn sich Herr Maihofer schon, wie in den vergangenen Jahren oft d oft öffentlich erklärt hat, die Bekämpfung des sogenannten internalen Terrorismus zum Hauptziel setzt hat, muß sich doch jeder einigermaßen bei Verstand befindliche Mensch fragen, warum ich als Staatsfeind Nr. 1 bis zum heutigen Tag mein Wesen treiben kann. Herr Maihofer weiß als vernunftbegabtes Wesen und Jurist, daß gegen mich tatsächlich nichts vorliegt, er weiß deswegen auch, daß er lügt. Er braucht jedoch diese Lüge wie sein täglich Brot, um seinen nunmehr offenbarten Einbruch, der mit Sicherheit nicht der einzige war und ist, auch nur einigermaßen rechtfertigen zu können.

Es ist naiv anzunehmen, daß – wenn schon bei Herrn Traube eine Wanze eingebaut wurde, weil er mich kannte – dies in meiner Wohnung und Praxis unterlassen worden sein soll, wo ich doch nach Aussage Herrn Maihofers die Drehscheibe bin und Herr Traube sich u. a. auch in meiner Wohnung aufgehalten hat. Die unglaubliche Diffamierung, der ich ausgesetzt bin, kommt einem indirekten Berufsverbot und einem Verbot des privaten Umgangs mit mir gleich. Das macht es notwendig, mein Leben und Denken offenzulegen.

Ich bin das, was hierzulande als 'linker Anwalt' bezeichnet wird. Richtig ist, daß ich links denke, handle und fühle, d. h. an dieser Gesellschaft vieles kritisiere, anders und besser machen möchte. Konsequenterweise engagiere ich mich auch in meinem Beruf für die sozial Unterprivilegierten, politisch Unterdrückten und Verfolgten, für die Rechte der Frauen, für all diejenigen, für die der Gang zum Rechtsanwalt bzw. zum Gericht eben keine Selbstverständlichkeit darstellt. Meine Tätigkeit bestand und besteht vornehmlich in Ehestreitigkeiten, Unterhalts- und Kindschaftssachen, Mietrecht, Asylrecht, Arbeitsrecht und selbstverständlich auch in Strafverteidigungen. Meine Freunde und Bekannten und Herr Maihofer wissen all dies, sie wissen auch, daß ich noch niemals die Auffassung derjenigen geteilt habe, die meinen, die Gesellschaft in der BRD mit der Waffe in der Hand hier und heute verändern zu können. Im Gegenteil, ich lehne diese Politik ab, halte sie für falsch.

Im Dezember 1975 nach dem OPEC-Überfall in Wien wurde von der Bundesanwaltschaft gegen mich ein Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts der Unterstützung einer kriminellen Vereinigung (§ 129 StGB) eingeleitet, weil ich Hans Joachim Klein gekannt habe und darüber hinaus mit ihm befreundet war. Aus dieser Tatsache habe ich niemals ein Hehl gemacht und werde es nicht tun. Weder für mich noch für andere war jedoch die Wahnsinnsgeschichte in Wien vorhersehbar. Das Ermittlungsverfahren gegen mich wurde von der Bundesanwaltschaft am 15.11. 1976 eingestellt, das OLG Frankfurt/Main hat im Februar 1977 die Staatskasse verpflichtet, mich für die unschuldig erlittenen Strafverfolgungsmaßnahmen zu entschädigen.

Was die übrigen Absurditäten an Lügen und Halbwahrheiten anbelangt, so kann ich dazu folgendes sagen: Herr Maihofer behauptet, ich habe zu Herrn Baader und anderen 'BM-Mitgliedern' seit 1968 Kontakt gehabt. Herrn Baader habe ich 1968 als Unterbevollmächtigte eines Rechtsanwalts ein einziges Mal in der Untersuchungshaft besucht und unmittelbar nach seiner Entlassung aus der Untersuchungshaft einige Male gesehen. Dies war, bevor es eine RAF überhaupt gab. Später habe ich Herrn Baader weder gesehen, noch gesprochen, noch führte ich Briefwechsel mit ihm.

Herr Maihofer behauptet weiter, ich habe Herrn Böse bei einem Zwischenaufenthalt in der BRD unterstützt. Tatsache ist, daß ich im Sommer 1975 aufgrund eines Anrufes der Kriminalpolizei Saarbrücken Herrn Böse tags darauf bei der Vorführung vor dem Haftrichter wegen eines Urkundendelikts anwaltlich vertreten habe. Der Staatsanwalt hat nach der Vernehmung meines Mandanten wegen nicht gegebener Verhältnismäßigkeit auch keinen Antrag auf Erlaß eines Haftbefehls gestellt. Danach war Herr Böse als Mandant wegen dieser Angelegenheit ein- oder zweimal in unserer Kanzlei.

Dies alles weiß Herr Maihofer, da er mich, wie zwischenzeitlich feststeht, seit Jahren observieren und abhören läßt. Da dies so ist, hat mich Herr Maihofer öffentlich und wider besseres Wissen permanent beleidigt, verleumdet und falsch verdächtigt. Ich habe deswegen bei der Staatsanwaltschaft beim Landgericht Bonn zwischenzeitlich Strafanzeige gegen ihn erstattet und werde gegen jeden, der weiterhin Herrn Maihofer diesbezüglich Beihilfe leistet, gerichtliche Schritte einleiten.

An der beispiellosen Kampagne gegen mich wird verschiedenes deutlich, das genauso zum Nachdenken, zur Empörung zwingen muß, wie das Einbauen von Wanzen. Sind wir bereits wieder einem solchen Denken verfallen,

- daß jeder Anwalt, der einen politisch mißliebigen Mandanten vertritt, dessen Rechte wahrnimmt, mit der ihm vorgeworfenen Tat identifiziert wird?
- daß Sippenhaft über die sogenannte 'Kontaktschuld' – die es, nebenbei gesagt, in unserem Strafrecht nicht gibt – über die Hintertreppe wieder eingeführt wird?

Nicht zuletzt die Presse hat hier die Aufgabe, derlei Praktiken zu hinterfragen, die Öffentlichkeit zu informieren, zu warnen, damit das Grundgesetz nicht binnen kurzem nichts weiter bleibt als ein geduldiges Stück Papier.

dem Verfassungsschutz verantwortlich. In der Tat.
Die politische Kontrolle der gewählten Politiker durch den Sicherheitsapparat fiele weniger funktionstüchtig aus, wenn dieser Sicherheitsapparat nicht mühelos alle veralteten gewaltenteilenden Ebenen in sich selbst überspringen könnte. Daß ein Schlüsselfachmann des Bundesnachrichtendienstes (BND) dem Verfassungsschutz (hinfort korrekter Staatsschutz benannt) aushelfen muß, und daß der Verfassungsschutz polizeiliche Funktionen wahrnimmt, illustriert den Tatbestand am Fall des jüngsten Lauschangriffs. Tatsächlich läßt sich belegen, wie die verschiedenen Teile des Sicherheitsapparats von der Polizei über das Bundeskriminalamt, den Bundesgrenzschutz, die Nachrichtendienste bis hin zum Militär sich nicht nur in ihrer "Sicherheitsleistung" ergänzen, sondern wie die einzelnen Teile des Sicherheitsapparates immer mehr die gesamte Fülle der Kompetenzen und Aufgaben in den einzelnen Sparten widerspiegeln. So ist es nicht nur bezeichnend, um am Fall Traube erneut den Fall Staatsschutzsystem zu illustrieren, daß auf rechtlichem Gebiet wechselweise Strafrecht, Polizeirecht, Verfassungsschutzrecht oder gar in der Verfassung nicht vorgesehenes übergesetzliches Notstandsrecht herangezogen worden ist (mit Recht ist darauf hingewiesen worden, welchen Betrug hinterher die 1968 verabschiedeten Notstandsgesetze darstellen, die angeblich jedes Berufen auf über der Verfassung liegende Normen verhindern sollten). Vielmehr greifen die Apparate ineinander über und leisten sich gesetzlich und außergesetzlich Hilfe, steht beispielsweise im Notstandsfalle, und der Notstand – das zeigt sich jetzt symptomatisch – kann jederzeit "mitten in der Stabilität" eintreten, hinter der Polizei und dem Bundesgrenzschutz das Militär.
Schließlich läßt sich eine doppelte Tendenz festmachen: Eine Militarisierung der Polizei auf der einen Seite. Ein Gutachten im Auftrag der Innenminister-Konferenz betont nachdrücklich, daß es darum gehe, daß die Polizei "ein unbefangenes Verhältnis zur Sache" zurückgewinne, d. h. "zur militärischen Komponente" der Polizeiaufgaben. Die Unbefangenheit wird bekanntlich nicht zuletzt auch in der Waffenausstattung und in der angestrebten Legalisierung des Todesschusses zurückgewonnen. Auf der anderen Seite ist eine Verpolizeilichung nicht nur der Bürokratie insgesamt, der Nachrichtendienste insbesondere, sondern auch des Militärs zu erkennen, wie sie nicht zuletzt in den Notstandsgesetzen zu fassen ist. Der Bundesgrenzschutz zeigt beide Tendenzen in einem.
Ausweitung der Sicherheitsapparate, Überlegenheit der Sicherheitsapparate über den gewöhnlichen politischen Instanzen mit ihren gewählten Vertretern und Ausbildung eines Kontinuums an Gewaltkompetenzen und Gewaltinstanzen charakterisieren die Szene: Der Polizeistaat ist auf dem Vormarsch, auf Schuhen sehr unterschiedlicher Besohlung; mal leise, mal laut, mal hart, mal weich. Deswegen muß man auch schon genau hinhören, um den Tritt in seiner Gesamtbedeutung zu erfassen. Es gehört zu den Eigenschaften des Sicherheitsapparates, um ein anderes Bild zu gebrauchen, daß er eisbergartig (wie ein Super-Eisberg) in Erscheinung tritt, bzw. sich verbirgt. Bestenfalls einige Prozente seines Wirkens sind jeweils sichtbar, und selbst diese werden normalisiert, verlieren ihr Profil und treten nur sporadisch und punktuell in Erscheinung.

Sicherheit über alles – der Staat als Staatsschutzsystem

Traube hat zu Recht darauf hingewiesen, daß es im Zusammenhang seines "Falles" zunächst nicht um eine verfassungsrechtliche Frage gehe, ob nämlich der Staatsschutz dazu berechtigt gewesen sei, in seine Wohnung einzubrechen oder nicht. Es komme zuerst darauf an, die vom Staatsschutz unterstellten Gefahren zu bestätigen bzw. zu bestreiten. Traube kann überzeugend darlegen, daß er – selbst wenn er "böse Absichten" verfolgt hätte – gar nicht in der Lage gewesen wäre, seine berufliche Stellung auszunützen, um den Terrorismus atomar zu bestücken. Dieses Argument, auf das Traube nachdrücklich und verschiedentlich hinweist, wird aber in der übrigen Diskussion kaum zur Kenntnis genommen. Die Gefahr, nicht nur allgemein, sondern auch speziell, gilt als ausgemacht. Der Minister kann bleiben, selbst wenn er alles schuldig geblieben ist. Er hat sich für die Sicherheit des Staates verdient gemacht, indem er sich wie ein staatsschützerischer Ekkehart vor den aktiven Staatsschutz stellte.
In der Tat, es gibt noch politisch
Repräsentanten; freilich "das Voll
repräsentieren sie nur, indem s
diesem Volk ihre Sicherheit au
schwatzen und aufpressen.
Die "Leidenschaft zur Sicherhei
hat sich aber nicht nur im Fal
Traube von der realen Grundlag
gelöst. Auch die reale Verbrechen
und Terrorismusbekämpfung, d
bekanntlich auf polizeilichem W
ge am wenigsten zu gescheh
vermag, dient mehr als selbst g
glaubter Vorwand, welch letzter
vor allem dem Sicherheitsbedü
nis der Bevölkerung entgegenz
kommen scheint. Die staatliche S
cherheitspathologie hat sich läng
von der Grundlage realer und a
gehbarer Risiken abgelöst u
läuft auf der Schiene des allg
meinen Verdachts und der hoc
sensiblen Vorahnung von Gefa
ren, die allüberall drohen (auf
der Gefahr, die das Sicherhei
system in sich selbst und für
ohnehin an den Rand gedräng
Demokratie darstellt). Bürger,
nicht vertrauen, werden zu pote
tiellen Feinden.
So heißt es im schon erwähnt
Polizeibericht im Auftrag der Inne
minister-Konferenz in bezeic
nender Offenheit und hier nur a
die Polizei bezogen: "... Daß
Abbau des Spannungsverhältn
ses zwischen Polizei und Bürge
in dem Maße erfolgt, wie eine Id
tifikation des Bürgers mit dem St
und eine Einsicht in die Notwe
digkeit der Ausübung von He
schaft wiederhergestellt werd
kann." Kein Wunder, daß Kriti
zu besagten Feinden werden u
Grundrechte, zugunsten des Staa
schutzes versteht sich, beschr
ten werden müssen, daß schli

Heinz Brandt: **Gegen den Atompilz und gegen den Atomfilz**

"Ich bin Rentner, mir kann doch nichts passieren ...", sagte Heinz Brandt (bis zu seiner Pensionierung Redakteur bei der IG Metall) auf einer Spanienveranstaltung im Oktober 1975 in Offenbach. Inzwischen ist dieser Ausspruch in Frage gestellt, denn wegen der nachfolgend abgedruckten Rede, die Heinz Brandt auf der Kundgebung gegen Atomkraftwerke in Itzehoe hielt, wurde nun auf Antrag der Ortsverwaltung Berlin der IG Metall ein Untersuchungsverfahren gegen Heinz Brandt, das den Ausschluß aus der Gewerkschaft zur Folge haben könnte, eingeleitet. Wer Heinz Brandt solidarisch unterstützen will, schreibe bitte einen persönlich gehaltenen Brief an den Hauptvorstand der IG Metall, Wilhelm Leuschner Str. 81, 6000 Frankfurt (vor allem Mitglieder der IG Metall sollten dies tun).

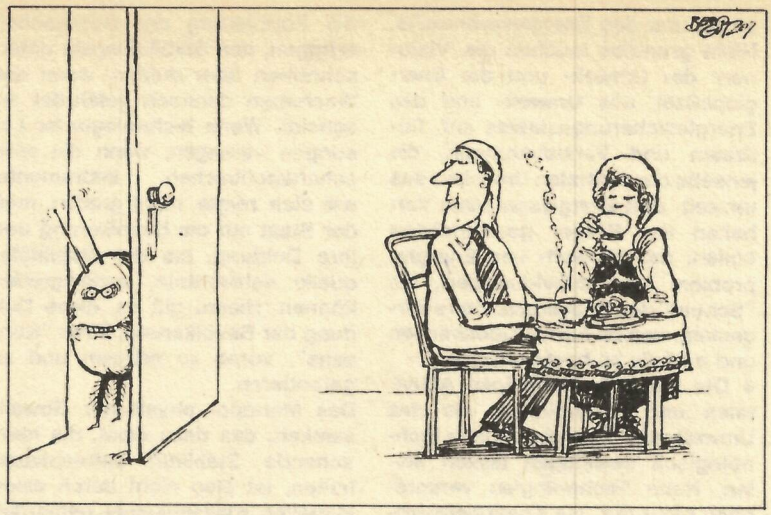
Liebe radikale Kernkraftgegner! Liebe radikale Pioniere einer neuen Lebensweise!
Neulich im Bundestag bei der Energiedebatte tobte Stoltenberg – der Nacht-und-Nebel-Akteur, der chemische Keulenschwinger –: "Was hat sich denn geändert in den letzten acht Monaten?" Graf Lambsdorff gab bittere Auskunft: "Das Bewußtsein." Ja, eben. Und Gott sei Dank. Und wir sind es, die an dieser entscheidenden Bewußtseinsänderung mitgewirkt haben. Wir können sagen, wir sind dabeigewesen. Wir haben ein wenig dazu beigetragen, wir haben endlich begonnen, uns in unsere eigenen Angelegenheiten einzumischen und denen da oben zu zeigen, daß sie mit uns nicht machen können, was sie wollen.
Sieh an, im deutschen Untertanenstaat meldet sich der Bürger zu Wort und verweigert trotz Prügel den Gehorsam, weil es ums Leben geht.

Von Wyhl und Brokdorf und Itzehoe kommt eine frische Brise in die deutsche Geschichte. Ich wollte, wir hätten schon Windstärke 9!
Seit Hiroshima wissen wir, was das ist – der Atompilz. Es gibt aber auch den Atomfilz. Gerade als Gewerkschafter möchte ich Euch vor ihm warnen. Ich spreche im Namen vieler aktiver Mitglieder und Vertrauensleute der Gewerkschaften, vieler verantwortungsbewußter Lohnabhängiger. Unter Atomfilz verstehe ich den reich bezahlten Gewerkschaftsbürokraten, der im Konzernaufsichtsrat und Konzernvorstand mit den Managern der Atomindustrie gemeinsame Sache macht, der mit der Atomlobby unter einer Decke steckt, der mit ihr widerlich verfilzt ist – zu unser aller Schaden.
Er kommt den Lohnabhängigen mit süßen Worten. Er ist es, der überall die Lüge verbreitet, den Schwachsinn, daß dies fehlgeleitete Wachstum den Arbeitsplatz sichert, daß ohne diese hochgepäppelte Energieform die Lichter ausgingen. Wir wollen uns von diesen Atomfilzen, diesen Arbeiterverführern, nicht den Verstand oder gar das Lebenslicht ausblasen lassen.
Wenn solch ein Atomfilz den Mund öffnet, so fragt ihn, was er im Jahr einnimmt und ob ihm sein 300.000-DM-Jahreseinkommen flöten geht, wenn er Euch – statt Flausen zu machen –
die Wahrheit sagt.
Wir leiden nicht an der Manag
Krankheit. Die Lobredner des m
schenfeindlichen Wachstums tun
für enorme Diäten, für unmorali
hohes Einkommen, für riesige Pro
und außerordentliche Privilegien.
wollen auf unsere Kosten unter
fährdung unseres Lebens sich ih
einträglichen Job sichern. Die in
ander verfilzte Kernenergielobby,
Große Geld, kauft sich schlechte G
achten für gutes Geld. Wir aber
nicht des Geldes wegen hier, s
dern aus Sorge um Leib und
es geht um Wohl und Weh
Kind und Kindeskind.
Nein, wir Bauern, Arbeiter, Anges
te, Lehrer, Pfarrer, Künstler, Fra
und Männer sind nicht für Geld h
her gekommen. Die einzigen, die
gen Bezahlung hier sind, sind
Denunzianten, Dunkelmänner,
im Solde des Verfassungsschut
stehen.
Noch nie in der Geschichte war
Menschheit technisch in der La
sich selbst zu vernichten. Heute a
reichen ihre Zerstörungskräfte h
zu aus – und zwar gleich zweifa
durch Umweltvergiftung – und du
Atomkrieg. Und die Atomwerke
chen beides zugleich möglich –
atomaren Umwelttod durch ih
strahlenden Betrieb, ihren strah
den Müll, die strahlende Ablage
Entsorgung, außerdem durch R

ich alle Nachsichten gesetzlicher und nichtgesetzlicher Natur ein Ende zu finden haben: "Ein bloß und ausschließlich kritisches Verhalten zur Herrschaft ist daher Anzeichen für die Nichtanerkennung der Herrschaft und damit zugleich für die Nichtanerkennung der eigenen Mitgliedschaft durch den die Kritik Äußernden. Wenn es auch richtig und berechtigt ist, daß die Bürgerrechte in einem früher unvorstellbaren Ausmaß ausgeweitet worden sind und die Polizei sich darauf trotz höherer Belastung einzustellen hat, so muß doch betont werden, daß im Hinblick auf die Erhaltung des Staates und einer Rechtsordnung Grenzen gesetzt bleiben müssen, deren Schutz nicht zuletzt der Polizei obliegt. ... Außerdem ist Nachsicht, wenn es um Feinde des Staates und der Verfassung geht – und diese Möglichkeit darf nie ausgeschlossen werden – meistens weniger angebracht als Wachsamkeit."

Von diesen symptomatischen Aussagen, die vielfach auch durch offizielle Äußerungen belegbar sind, ist nur noch ein kleiner Schritt zur Devise des seinerzeitigen FBI-Chefs Hoover, die er 1954 – noch bis heute gültig – ausgegeben hat: "... Wir müssen lernen, unsere Feinde zu untergraben, zu sabotieren und zu zerstören, indem wir geschicktere, ausgekochtere und effizientere Methoden finden als sie gegen uns zu benützen vermögen".

Der überall gerochene innere Feind, ob er nun im Rahmen einer behaupteten fünften Kolonne auftritt oder 'im eigenen Recht' erscheint, legitimiert ein Sicherheits-



system, in dem, wie auch das höchste deutsche Gericht, das Verfassungsgericht, bestätigt hat, der Staatsschutz sans phrase im Vordergrund steht. Der Feind-, Gefahren- und Sicherheitsbegriff, der sich an der Wirklichkeit nicht mehr festmachen lassen muß, bildet die Dunstglocke, hinter der der Herrschaftskomplex verschwindet: das zugleich gesetzlose, wenn auch gewöhnlich in der Form des Rechts operierende geheime Staatsschutzsystem. Obwohl die verschiedenen Herrschaftssysteme im Verlauf der Geschichte – gerade was ihre Polizei- und Sicherheitsapparate anbelangt – äußerst erfinderisch waren, kommt heute eine in ihrer Wirkungskraft nicht zu unterschätzende technologische Komponente hinzu. Das pathologisch gewordene, freilich seine Pathologie 'bürgernah' vermittelnde Sicherheitsverständnis und das dementsprechende System verfügen über einen Kranz leiser Instrumente, von der Datenspeicherung über Abhörungsmöglichkeiten bis zur Dauerbeobachtung (von den direkt repressiven Instrumenten zu schweigen), die verwundern lassen, wieviel Geräusche der Apparat immer noch macht. Das zuletzt genannte Argument gilt allerdings auch umgekehrt. Man kann, weil es hier keine Öffentlichkeit gibt, nicht einmal im Hinblick auf einigermaßen genaue Ausgabenziffern, nur ahnen, was alles verborgen bleibt und wieviel fortlaufende demokratische und persönliche Kosten der Sicherheitsapparat verschlingt.

Die Scheinalternative: Technofaschismus oder ökonomische Krise

Die öffentliche, bürokratisch gestützte, sich selbst erfüllende und dauernd bestätigende Prophetie der Sicherheitspathologie entstand und wächst nicht von ungefähr. Denn ohne Frage haben sich nicht nur in der Bundesrepublik in den letzten Jahren die Bereiche ausgedehnt, in denen die gegenwärtige kapitalistische Gesellschaft verwundbar ist. Entsprechend diesem Zuwachs bestandsgefährdender Bereiche wächst nicht nur die Sensibilität der Herrschenden, sondern dehnt sich auch notgedrungenermaßen der Bereich des staatlichen Monopols physischer Gewaltsamkeit aus: Kurz, Anfälligkeit, Sensibilität und wachsende Repression sind einander zugeordnete Größen. Die materiellen Ressourcen der Produktion und der allgemeinen Lebensbedingungen, die nicht zuletzt Produktionsbedingungen darstellen, galten bis vor wenigen Jahren, einem Jahrzehnt erst, im großen und ganzen als unfraglich gegeben.

Erst neuerdings wird die Situation der Knappheit und der Gefährdung mit den pauschalen, auch gerade in ihrer Pauschalität nützlichen Schlagworten der Umwelt- und der Energiekriese deutlich und allgemein bewußt. Knappheit und Gefährdung der materiellen Ressourcen bedrohen aber das wirtschaftliche Wachstum ebensowohl, wie die wachstumsvermittelte, klassenspezifische und zugleich sozialpartnerisch überformte Stabilität. Eine dreifache Kontrollanforderung drängt sich den herrschenden Instanzen auf und weitet damit das Staatsschutzsystem qualitativ aus, eine dreifache Kontrollanforderung, die die Knappheit, wenn nicht beheben, so doch so bewältigen lassen soll, daß Wachstum und Stabilität als herrschende gewährleistet bleiben:

- Die Kontrolle der Umweltbela-

---

en, Unfälle, gar als Sabotage- und rpresserobjekte, – den atomaren riegstod aber ermöglichen sie als ombombenziel und als verdeckte, otentielle Atombombenproduzenten. e Kernkraftwerke sind also doppelt egen das Leben gerichtet: Sie beeuten eine doppelte Kriegserklärung die heutige Generation, alle künftien Geschlechter, die auf unabsehare Zeit mit unserem Giftmüll leben llen. Ein Arbeitsplatz in der Todesdustrie ist ein Arbeitsplatz, der mit em Menschen auch die Arbeit vom atz fegen kann: Von diesem Arbeitsatz aus ist jederzeit die Himmelhrt auf dem Atompilz möglich. Und r Arbeitsplatz in der Atomindustrie rringert, bedroht heute schon vorndene und potentielle Arbeitsätze in umweltfreundlichen Indurien. Er kann uns morgen die Luft m Atmen nehmen, das Wasser m Trinken, die Wurzeln vergiften, e Lebewesen, Mensch und Vieh, aum und Frucht, Pflanze und Feld, nd und Meer. Wäre den Atomzen tatsächlich an sicheren Arbeitsätzen gelegen, so müßten sie ansichts der Millionen-Arbeitslosigit bei fehlgeplantem Wachstum sich nächst einmal gegen die Überstunn wenden, gegen die Sonderhichten, sich für Arbeitszeitverkürng einsetzen und Urlaubsverlängng, vor allem aber dafür, daß die lliardeninvestitionen für lebensfreundliche Technologien eingesetzt werden, statt für Zerstörung und Verschwendung.

Es heißt, daß Adam und Eva durch eigene Schuld aus dem Paradies vertrieben wurden. So bekamen sie einen Arbeitsplatz. Wir, ihre Nachfahren, sind drauf und dran, uns durch eigene Schuld aus dieser Welt vertreiben zu lassen, nicht von Gott, sondern von den wahren Chaoten, den wahren Gewalttätern. Ich meine die Profiteure des wahnwitzigen Atomwachstums, das Große Geld bei uns, aber auch die privilegierten Monopolbürokraten im Osten: Sie alle zusammen organisieren das allgemeine Irrenhaus um ihres privaten Interesses wegen, und wie zum Hohn nennen sie das auch noch Energiesicherung und Arbeitsplatzbeschaffung.

Wir aber sind hier aus Verantwortung für diese unsere Welt, vor der Schöpfung Mensch, Schöpfung Natur. Wir verweigern den Wahnsinnigen den Gehorsam und erklären laut und deutlich: Wir spielen nicht mit in Eurem Atomverein.

Angesichts des unkalkulierbaren Risikos des atomaren Abenteuers fordern wir unsere Entsorgung, Befreiung von der atomaren Sorge durch sofortigen allgemeinen Baustopp und Zurücknahme der erteilten Betriebsgenehmigungen. Kein Kernkraftwerk in Brokdorf und anderswo – auch nicht in der DDR! Wir haben keinen Bedarf am Atom, am Kloakenwachstum.

Das Leben soll wachsen, sinnvoll wachsen. Wir wollen nicht haben, sondern sein, wollen nicht mehr, mehr und mehr, sondern alles, wollen nicht Mammon, sondern Wert. So rufen wir zum Umdenken, zur Umkehr auf. Und wir werden ein wenig nachhelfen dabei.

Wir wollen das Rad der Geschichte nicht zurückdrehen, sondern die Weiche anders stellen. Sonst landen wir auf dem Todesgleis. Das wäre der eigentliche Irrweg, aber von diesem hat der Bundeskanzler nicht gesprochen. Wenn wir all unsere Schöpferkraft und Energie, all unser Können auf neuartige, umweltfreundliche Energie richten, den Wind und das Wasser, die Sonne und das Erdinnere, den Wasserstoff und die Photosynthese, was können wir da nicht alles erreichen! Als die USA ihre ganze Kraft auf die mörderische Atombombe konzentrierte, schaffte sie das in wenigen Jahren. Warum sollten wir nicht all unser Trachten auf ein der Menschheit würdiges Ziel richten? Wir leben doch in einer Welt, in der die Bäume nicht in den Himmel wachsen. Wir sind berechtigt anzuklagen, den wir bezweifeln, ob das so weiter gut gehen kann, und in diesem Fall gilt: Im Zweifel – für den Ankläger.

Auch ziviler Ungehorsam ist eine wirkungsvolle Gegenkraft. Gerade deshalb, weil er den Nacht-und-Nebel-Tätern eine Kraft entgegensetzt, die grundsätzlich anderer Art, die nicht militärisch ist. Wenn junge, engagierte Menschen immer wieder ohnmächtig am wirtschaftlichen und staatlichen Gewaltapparat abprallen, so können sie leicht in Versuchung geraten, einen falschen Weg zu gehen. Wir grüßen von hier aus alle Demonstranten gegen den Kernkraftwahnsinn, gleichgültig wo sie demonstrieren, hier oder woanders, ob in Grohnde, Itzehoe oder Wilster, ob es Christen sind, Demokraten, Sozialisten, Kommunisten. Uns ist jeder willkommen, der sich mit uns für das Leben und für ein lebenswertes Leben einsetzt. Gleichzeitig aber erklären wir auch: Es ist Wahnsinn, für die Bürgerkriegsmanöver der Atomenergielobby das Menschenmaterial zu liefern und ihrer psychologischen Kriegsführung am falschen Platz und mit falschen Mitteln ungewollt Vorschub zu leisten.

Wer auf Leben aus ist, kann der Zerstörung nicht Gegenzerstörung entgegensetzen. Der Widerstand gegen die Zerstörungskräfte muß in sich selbst den Gegensatz zum Todesprinzip enthalten. Da die Menschheit von Vernichtung bedroht ist, muß der Widerstand gegen diese Gefahr die Gewaltfreiheit zum Lebensprinzip erheben.

Elleinstein — ein Antikommunist?

Die Sowjetische Zeitschrift „Nowoje Wremja“ schreibt über den Wissenschaftler, Mitglied der KPF, er habe es sich offenbar zum Ziel gemacht, die antisowjetischen Verleumdungen der bourgeoisen Ideologen zu übertrumpfen. **Grund:** Statt die Errungenschaften des Sowjetsystems zu beschreiben, gelte sein Interesse den negativen Aspekten, den mit dem Persönlichkeitskult verbundenen Abweichungen von sozialistischen Prinzipien.

Jean Elleinstein
Geschichte des „Stalinismus“
228 Seiten; DM 16,80
Jean Elleinstein ist stellvertretender Direktor des „Instituts für marxistische Studien und Forschungen“ (CERM) der Französischen Kommunistischen Partei.

Eine Kritik an der politischen Position Elleinsteins findet sich auch bei

Etienne Balibar
Über die Diktatur des Proletariats
Mit Dokumenten des 22. Parteitages der KPF

POSITIONEN 2 VSA

Etienne Balibar ist Mitglied der KPF Mit Dokumenten des 22. Parteitages der KPF. Reihe „Positionen“, Hrsg. von Peter Schöttler, Nr. 2; 185 Seiten; DM 16,–

Außerdem:

Freiheit der Kritik oder Standpunktlogik Diskussion in der KPF
Mit Beiträgen u.a. von Lucien Seve, Francis Cohen, Waldeck Rochet, Christine Buci-Glucksmann, Nicole F. Thevenin, Dominique Lecourt, Etienne Balibar, Georges Labica.
196 Seiten; DM 14,80

Allen Hutt / John Gollan
Die Gewerkschaftsbewegung in Großbritannien
220 Seiten; DM 16,–

VSA, Koppel 14, 2000 Hamburg 1
Telefon 040/24 45 73
Herstellung und Vertrieb:
VSA, Erkelenzdamm 7
Postfach 360 307
1000 Berlin-West 36
Telefon
030/614 60 10

stung und des Energieverbrauchs. Nicht grundlos tauchen die 'Visionen' der Umwelt- und der Energiepolizei, des Umwelt- und des Energiesicherungsstaates auf, Polizeien und Versicherungen, die jenseits der zentralen Ursachen das umwelt- und energiesparsame Verhalten der Bürger gewährleisten sollen; das Umwelt- und Energieproblem wird individualisiert, als "Schuld" des Endverbrauchers dargestellt, den es nun zu überwachen und notfalls zu bestrafen gilt.

• Die Kontrolle derjenigen Aktivitäten und Institutionen, die das Umwelt- und Energieproblem technologisch bewältigen lassen sollen. Neue Technologien versprechen nicht nur, die Knappheitsprobleme wenigstens teilweise zu lösen, sie schaffen auch eine Schicht 'technologischer Monopolisten' und verletzlicher, mißbrauchbarer Apparaturen. Mit der 'Schicht technologischer Monopolisten' ist die schwer genau eingrenzbare Gruppe derjenigen gemeint, die die Kenntnis der und den Zugang zu den neuen Technologien haben, deren nicht systemkonforme Verwendung für das System bestandsgefährdende Folgen haben kann. Die Einrichtungen zur Herstellung beispielsweise atomarer Energie, enthalten darüber hinaus kaum abschätzbare natürliche und mehr noch soziale Risiken, so daß der Sicherheitsbedarf im Hinblick auf beteiligte und zugangsberechtigte Personen, im Hinblick auf den Zugang der Einrichtungen und die Struktur ihrer Umgebung ein schier unbegrenzter zu werden verspricht bzw. als solcher schon auftritt.

Es gilt also nicht nur, diese neuen 'technologischen Monopolisten' ins herrschende Monopol krisensicher einzugliedern, d. h. ihr Verhalten staats- und unternehmensgemäß auszurichten, es gilt auch, die technischen Apparaturen zugriffsfest zu machen. Ein verhältnismäßig kritischer Bericht über die Ergebnisse einer Regierungskommission (royal commission) in Großbritannien mit dem Thema der Umweltverschmutzung durch Atomkraftwerke formuliert den zuletzt genannten Sachverhalt: "Ich glaube nicht, daß es eine Frage ist, ob jemand absichtlich Plutonium zum Zwecke des Terrorismus oder Erpressung erwerben will, sondern daß es nur eine Frage ist, wann und wie oft".

• Die Kontrolle des gesamten Verhaltens der Bevölkerung und einzelner Gruppen, um für eventuelle Krisenzeiten gewappnet zu sein, wenn Energieersparnis und Energieersatz z. B. nicht so gewährleistet werden können, wie im Hinblick auf das profitable Wachstum nötig erscheint (damit die Unternehmen investieren). Der Konsens muß notfalls mit allen Mitteln erzwungen werden können, damit die Bevölkerung, "der Bürger", nicht nur die neuen technologischen Institutionen und ihre sozialen Seiteneffekte akzeptieren (und die prinzipiell nicht ausschließbaren natürlichen Gefährdungen), sondern auch je nach Situation die Formierung der Gesellschaft ertragen, den Stabilitätspakt unterschreiben oder dulden, wenn das Wachstum dennoch gefährdet erscheint. Wenn technologische Lösungen versagen, wenn die wirtschaftspolitischen Instrumente, wie sich zeigte, nicht greifen, muß der Staat auf die Bevölkerung und ihre Duldung, als die Stabilitätsquelle schlechthin, zurückgreifen können. Hierzu gilt es, diese Duldung der Bevölkerung, ihren "Konsens", vorab zu erzielen und zu garantieren.

Das Monopol physischer Gewaltsamkeit, das dazu dient, die herrschende Stabilität aufrechtzuerhalten, ist also nicht durch einen aktuellen Klassenkampf gefährdet, sondern durch strukturelle Ursachen. Diese strukturelle Gefährdung, die der Möglichkeit nach neue, z. B. 'technologische Monopolisten' schafft, bringt es mit sich, daß zum einen alles getan wird, um technologische Ersatzquellen zu erschließen, zum anderen wird aber auch jede heftige Interessen- und Bedürfnisartikulation, die die vorgeschriebenen Bahnen verläßt, zur potentiellen Gefährdung. Deshalb gilt es ebensowohl, die Technologie zu sichern als auch die Bedürfnisse in den Griff zu bringen. Bestimmte Konsumbedürfnisse, das Motiv kapitalistischer Gesellschaft schlechthin, können je nach Situation zum gesellschaftlichen 'Verbrechen' werden.

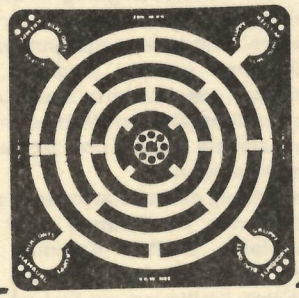
So wenig die Sicherungsvorkehrungen, die z. B. für Kernkraftwerke erforderlich scheinen, unterschätzt werden dürfen, so ungenau wirkt die Warnung vor einem "Techno-Faschismus". Denn nicht nur wird damit allzu leicht der Eindruck einer technologischen Selbstbewegung vermittelt, sondern es kommt auch nicht in den Blick, daß die soziale, d. h. polizeilich-staatsschützerische Sicherung der Kernkraftwerke oder ähnlicher Vorhaben nicht zuletzt einem auch ökonomisch bedingten staatsschützerischen Sicherheitsfetischismus entspringt, der von den zu schützenden Objekten der Sache nach nicht gleichermassen erzwungen wird.

Mit dieser Eingrenzung der Charakteristik des Techno-Faschismus (s. Jungk im "Spiegel") soll kein Wort für die "Plutonium-Ökonomie" eingelegt werden. Es gilt nur, alle Argumente eines "reinen" technologischen Sachzwangs von vornherein zu bestreiten. Außerdem gilt es, die letzten Ursachen dort zu finden, wo sie zu suchen sind: In der Krise der profitorientierten Wachstumsökonomie, die durch den Ausbau der repressiven und sozialpartnerschaftlichen Komponente bei den Spitzeninstanzen zu balancieren versucht wird. Aus dem Versagen der wirtschaftspolitischen Instrumente erklärt sich ja nicht nur, wie aus der marktwirtschaftlichen Devise "laßt die Eigeninteressen los" ein staatlich befördertes "laßt uns technologische Erfindungen machen" geworden ist. Daraus erklärt sich auch, warum, wenn Erfindungen ausbleiben,

KKW NEE!

Die Verhinderung eines Atomkraftwerkes ist nur auch am grünen Tisch möglich!
Die Elmshorner Gruppe der BUU hat ein Spiel entwickelt, bei dem es darauf ankommt, den Bau eines Akw's zu verhindern. Das Besondere dieses Spiels ist die erforderliche Solidarität. Nicht gegeneinander, sondern miteinander ist die Devise.

Preis: DM 1o pro Spiel
+ DM 5 pro Bestellung
Mindestbest.: 1o Stck
Überweisung auf
Kto.-Nr. 33 766
Sparkasse Elmshorn
/Sonderkto BUU-Spiele
Sonderrabatt für BI's
auf Anfrage
tel. o4121 / 74729



SOZIALISTISCHES OSTEUROPAKOMITEE

Wir haben uns zur Aufgabe gestellt, Berichte und Dokumente von und über die linke Opposition in den osteuropäischen Ländern und Analysen der gesellschaftlichen Entwicklung dieser Länder abzudrucken.

INFO 17/18: DDR: Wolfgang Harich, Kommunismus ohne Wachstum? Umweltzerstörung in Osteuropa. Jugoslawien: 'Stalinistische Opposition'. Bulgarien: Verfolgung von Anarchisten. Polen: Memoranden poln. Intellektueller. DDR: Auftrittsverbot für die Klaus-Renft-Combo. Rezensionen u.a. ..... DM 3,o

INFO 19: ČSSR: Prozesse gegen Rockgruppen. Polen: Arbeiteunruhen 1976. DDR: Zum 'Fall Biermann', KP-Konferenz in Ostberlin u.a. ..... DM 2,5

INFO 2o/21: Kuba: Repression. Berichte, Dokumente, Analysen. UdSSR: Linke Opposition - Roj Medwedew, A.M. Levitin-Krasnov, A. Kolman. Texte, Interviews, Kommentare. DDR: Brief oppositioneller SED-Mitglieder. Repression nach der Ausbürgerung Biermanns u.a. ..... DM 3,5

Bezug: Abo (6 Nummern jährlich DM 12,oo; Einzelhefte: Bestellsumme + 15% Versandkosten a

Vereinigung zum Studium internationaler Probleme der Arbeit und Gesellschaft
Postfach 231, 3o5o Wunstorf
Lieferung nach Eingang des Betrages auf das Postscheckkto. 391Q 2o-3o5 der 'Vereinigung zum...', Hannover.

us dem Ruf "laßt die Eigenintessen los" und "laßt uns Erfindungen machen" der Ruf nach Repressionen wird, warum sich schließlich losgelassene Profitinteressen, technologische Innovationsbeförderung und Unterdrükkung fast ununterscheidbar vermischen. Ebenso wie es falsch wäre, einen technologischen Sach- und Sicherheitszwang zu konstruieren und das Ausmaß und die Art der nachgefragten neuen Technologien nicht im Zusammenhang der kapitalistischen Ökonomie zu sehen, ebenso wäre es falsch, die neuen Probleme und Gefährdungen, die durch diese Technologien zusätzlich aufgebracht werden, zu unterschlagen.

Gibt es noch politische Ansatzpunkte wider das Sicherheitskartell?

Der Repressionsapparat – so wurde anzudeuten versucht – wächst auch im technologischen Gewande und mit technologischem Vorwand krebsartig. Es wäre perspektivlos und fahrlässig, aus der Stärke des nötigen oder notwendig erscheinenden Repressionsapparats auf das Zerfallen der gegenwärtigen Herrschaftsstrukturen zu schließen. Das Monopol physischer Gewaltsamkeit und die herrschende Stabilität sind gefährdet, aber es sind nicht kollektive Bewegungen, die beides gefährden. Die Möglichkeiten der unterschiedlichen Kombination von sozialpolitischem Zuckerbrot und repressiver Peitsche, über die die herrschenden Interessen verfügen, können kaum überschätzt werden. Aus diesen Möglichkeiten und ihrer Anwendung folgt nicht zuletzt, daß gesellschaftliche Probleme und Kosten individualisiert werden, daß es kaum zum kollektiven Interessenzusammenschluß kommt.

Dennoch verfiele man in kulturkritische Schwarzmalerei, die allenfalls entpolitisierender Resignation zu dienen vermöchte, würde man unterschlagen, wie viel auch aktuell nicht ins Muster der allseits angepaßten, sicherheitspolitisch wohlgeölten Gesellschaft paßt (von den prinzipiellen Widersprüchen einmal zu schweigen). Nicht nur ist bedeutsam, in welches Rechtfertigungsgedränge Minister und Regierung angesichts der Lauschaktion kamen. Freilich, sie haben ihr radebrechendes Rechtfertigungsgestotter schnell zugunsten der staatsschützerischen und so gut einstudierten Geste überwunden. Zum Rücktritt des Ministers reichte es schon nicht mehr. Dennoch kommt in der Art der Rechtfertigungsversuche und in den Widersprüchen, in die sich die Beteiligten verwickelten, eine allgemeine Unsicherheit zum Ausdruck. Letzere wird auf der einen Seite sicherheitspolitisch überzukompensieren versucht; auf der anderen Seite aber weist sie auf Splitter liberaler Öffentlichkeit und liberaler Interessen hin, die nicht ohne Gewicht sind.

Die in Brokdorf und anderwärts aufgebrochenen Konflikte zeigen darüber hinaus, wie sehr die staatlich durchgepaukte Politik herrschender (ökonomischer) Interessen mit den Bedürfnissen der Bevölkerung zusammenprallt. Der Widerspruch und Gegensatz als solcher sind bekannt. Doch erschienen sie in den letzten Jahrzehnten mehr als ein Konstrukt "linker Ideologen". Neu ist deshalb, daß sich Gruppen der Bevölkerung aus sich selbst heraus ihrer Interessen bewußt werden, sich dieselben zu artikulieren und zu organisieren wagen, daß sie jenseits des Interessen unterdrückenden Parteienkartells aus eigenen Mitteln politisch agieren. Trotz des gegenwärtigen Versuchs, die Sicherheitsgrenze in die Gesinnung vorzuverlagern, ja, übt man bestimmte Berufe aus, von der Vermutung des berechtigten Verdachts auszugehen, wird die herrschende Unfähigkeit sichtbar, alle eigenen Bedürfnisse der Bevölkerung zu Bedürfnissen angepaßter Staatsdiener zu machen, alle eigenen Bedürfnisse entweder auszusparen oder auszusondern oder ökonomisch zu entfremden. Hier gilt es, ohne falsches Wunschdenken stetig und systematisch anzusetzen. Noch stört lebendige Unruhe den sicherheitspolitischen Friedhof. Laßt uns die Unruhe vermehren und die Alternativen fördern.

WOLF-DIETER NARR

Klug-Rücktritt: Liberale Positionen geräumt

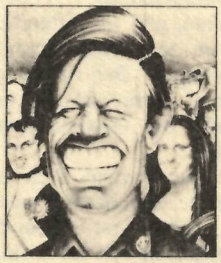
Während Innenminister Maihofer und sein Verfassungs-Meier weiterhin im Amt bleiben, mußte ein Maihofer-Parteifreund seinen "Dienst" als Minister quittieren: Hamburgs Justizsenator Ulrich Klug.

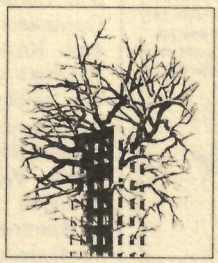
Der Anlaß: Klug hatte gebilligt, daß ein Foto aus einer Personalakte an den "stern" weitergereicht wurde, das den Hamburger Richter Günther Schultz konterfeite. Dieser Richter hatte sich in der Nazizeit an mehreren Terror-Urteilen wegen geschlechtlicher Beziehungen zwischen Juden und Nichtjuden beteiligt – Urteile, die oft mit dem Tod der Verurteilten im KZ endeten.

Ausgerechnet Schultz war Ende 1976 vom Präsidialrat der Hamburger Gerichte zum Vorsitzenden Richter am dortigen Oberlandesgericht vorgeschlagen worden. Gegen diese Ernennung hatte sich der linksliberale Justizsenator ausgesprochen. Der Richter verzichtete schließlich auf die Beförderung.

Bemerkenswert ist nun: Nicht über die geplante Beförderung des ehemaligen Nazirichters ereiferte sich Hamburgs CDU-Opposition, sondern über deren vorzeitige Veröf-

Wenn Sie pardon kaufen, kaufen Sie zwölf Zeitschriften:


Eine Spaß-Zeitschrift


Eine Grafik-Zeitschrift

Das Organ der Königstreuen

Ein Männer-Magazin

Ein Freiheits-Manifest

Unter anderem mit Beiträgen von:
Mitscherlich ● Härtling ● Lettau ● v. Weizsäcker ● Rühmkorf ● Kluge Lenz ● Zwerenz ● Steffen ● Fetscher

Eine Literatur-Zeitschrift

Ein Organ für Durchblicker

Ein Emanzipationsblatt

Ein Cartoon-Weltblatt

Das Nonsens-Zentralorgan

Ein Film-Magazin

Ein Foto-Magazin

...und eine Menge Spaß!

olle&wolter

DIE LINKE OPPOSITION
IN DER SOWJETUNION
1923–1928

Herausgegeben und eingeleitet von Ulf Wolter

Diese Anthologie dokumentiert an Hand der Originaltexte die grundlegende Debatte um den Aufbau des Sozialismus in der SU. Damit wird es erstmals einem breiten Publikum ermöglicht, sich selbst ein Bild von dieser zentralen Auseinandersetzung zu machen. In ihr wurden die Weichen für die politische und soziale Entwicklung der SU gestellt und gleichzeitig entscheidende Signale für die internationale kommunistische Bewegung gesetzt. Denn die sich in jener Periode herausbildende Ideologie des Marxismus-Leninismus setzte sich nicht allein in der SU als Herrschaftsdoktrin durch, sondern wurde zur offiziellen Doktrin der III. Internationale. Außerdem entstand in dieser Zeit jenes Modell sozialer und politischer Strukturen, das immer noch – wenn auch in modifizierter Form – kennzeichnend für die bestehenden Übergangsgesellschaften ist.

Band I
Texte von 1923 bis 1924
540 Seiten, DM 26.80

Band II
Texte von 1924 bis 1925
560 Seiten, DM 26.80

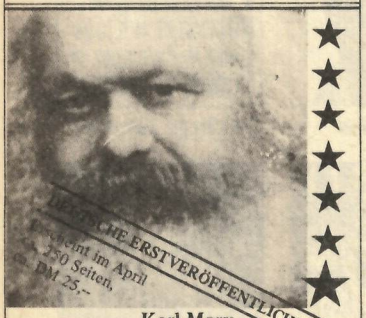
Band III
Texte von 1925 bis 1926
620 Seiten, DM 29.80

Band IV
Texte von 1926 bis 1927
520 Seiten, DM 26.80

Band V
Texte von 1926 bis 1928
600 Seiten, DM 29.80

Band VI
Texte von 1927 bis 1928
ca 600 Seiten, ca. DM 29.80

Bei Bestellung des Gesamtwerkes pro Band DM 1.– Ermäßigung.



DEUTSCHE ERSTVERÖFFENTLICHUNG

erscheint im April
ca. 250 Seiten,
ca. DM 25.–

Karl Marx
DIE GESCHICHTE DER
GEHEIMDIPLOMATIE
IM 18. JAHRHUNDERT

ÜBER DEN ASIATISCHEN URSPRUNG
DER RUSSISCHEN DESPOTIE

Die Brisanz des Marx-Textes und der darin enthaltenen Problemstellungen liegt darin, daß in der scheinbar spezialisierten Diskussion über die Analyse der russischen Produktionsverhältnisse und Überbauformen die Grundlagen für eine radikale Neuinterpretation der sowjetischen Übergangsgesellschaft, des Stalinismus – samt seiner ideologischen Zersetzungs- und Abfallprodukte – gelegt werden, die über eine ideologiekritische Position hinausgeht und zu der Frage vorstoßt, ob nicht in den russischen Produktionsverhältnissen und ihrer Einbettung in den Weltmarktzusammenhang die Tendenz zu Formen der ökonomischen und politischen Despotie angelegt ist.

Mit einem ausführlichen Kommentar von D. B. Rjasanov:
„Karl Marx über den Ursprung der russischen Vorherrschaft in Europa".

Mit einer Einleitung von Bernd Rabehl:
„Die Kontroverse innerhalb des russischen Marxismus über die asiatischen und westlich kapitalistischen Ursprünge von Gesellschaft, Kapitalismus und zaristischem Staat in Rußland".

Bitte fordern Sie unseren Katalog unter Beifügung einer 50-Pf-Marke an: Verlag Olle & Wolter, Postfach 4210, 1000 Berlin 30

Brief an Biermann

Lieber Wolf, wir mußten in der Zeitung lesen, daß Du nach dem Willen einiger Frankfurter DGB-Vorstands-Kollegen am 1. Mai nicht in Frankfurt singen darfst. Zwar wurde uns, den normalen, beitragzahlenden Gewerkschaftsmitgliedern, bisher keine Begründung dafür gegeben, wir wurden auch nicht gefragt, ob wir die Meinung des DGB-Kreisvorstands teilen, aber es ist doch klar, was passierte: antikommunistische sozialdemokratische Gewerkschaftsfunktionäre, zusammen mit DKP-Gewerkschaftern, wollen uns auch am 1. Mai vorschreiben, was wir hören, was wir sehen, was wir diskutieren und was wir tun dürfen.

Wir wehren uns gegen solche Zensur- und Berufsverbotspraxis in unseren Gewerkschaften, und wir werden unsere Kritik in den entsprechenden Gremien vortragen. Der Kampf gegen politische Unterdrückung muß auch innerhalb der Gewerkschaften geführt werden.

Lieber Wolf, wir fordern Dich auf, dennoch am 1. Mai nach Frankfurt zu kommen. 1973 warst Du bei den Weltjugendfestspielen in Berlin auch nicht von den "offiziellen Stellen" eingeladen – und warst doch da, auf dem Alex, auf der Straße und hast gesungen.

Das Auftrittsverbot am 1. Mai in Frankfurt sollte Dich und uns nicht dazu bringen, daß wir uns damit abfinden. Bekämpfen wir diese Entscheidung, und praktizieren wir den Widerstand. Wolf, komm am 1. Mai auf den Römer und demonstriere, sing und diskutiere dort mit Kollegen und Genossen. Du weißt ja, "es ist dort am schwierigsten zu leben, wo man wirklich lebt, das heißt kämpft und sich einmischt."

8. März 1977
Mit solidarischem Gruß
Sozialistisches Büro Frankfurt

nem anderen aktuellen Ereignis liegen nahe: Als die Abhör- und Einbruchspraktiken im "Fall" Traube aufgedeckt wurden, gab es eifernde Politiker-Stimmen, die eine Untersuchung darüber in Gang gesetzt sehen wollten, wie denn die Informationen an den "Spiegel" gelangt seien, und die entsprechende Sanktionen forderten.

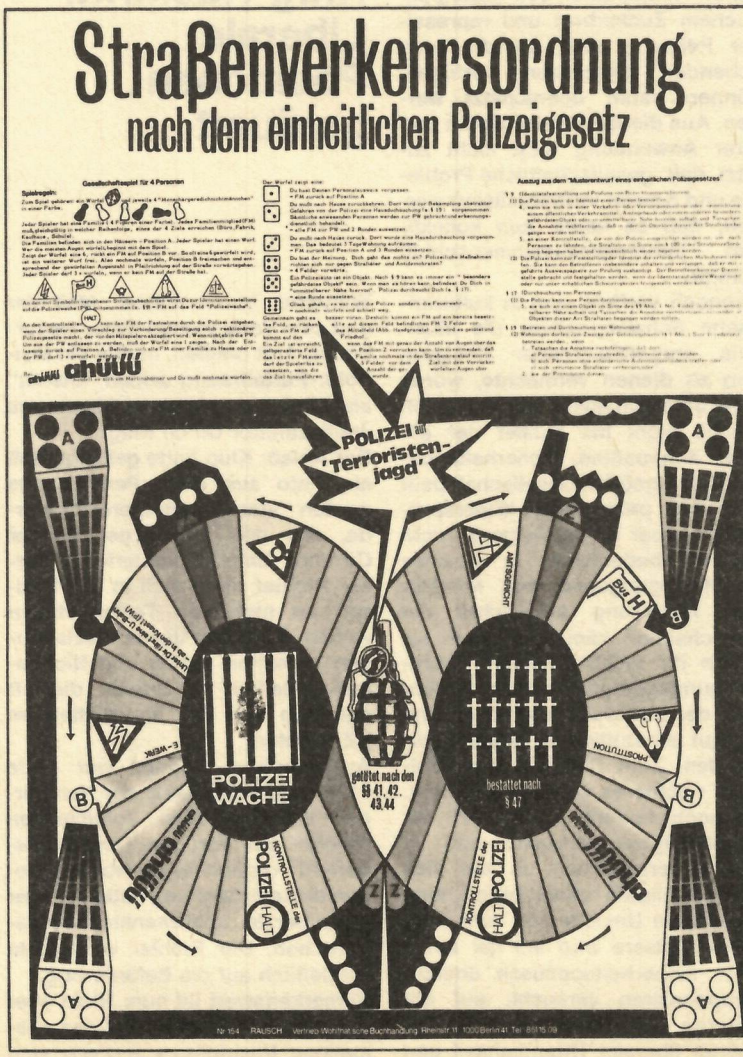
Der CDU gelang es, indem sie den "Formfehler" Klugs aufgriff, die Begünstigung von Altnazis aus der öffentlichen Diskussion zu drängen. Der CDU – wie übrigens auch Mitgliedern der sozialliberalen Parteien – geht es jedoch dabei nicht um die Einhaltung von Rechtsstaatlichkeit, sondern um die Verhinderung von Reformen: Als Klug in einer Routinesitzung dem zu lebenslänglicher Haft verurteilten Naziverbrecher Rosenbaum einen Strafurlaub genehmigte, protestierten die Konservativen lautstark. Der Justizsenator hatte jedoch – wie schon in anderen Fällen – eine seiner rechtspolitischen Vorstellungen realisieren wollen, nämlich im Strafvollzug dem Resozialisierungsgedanken gegen das Sühneprinzip zum Durchbruch zu verhelfen.

Ulrich Klug versteht sich, so fragwürdig dies auch im Fall Rosenbaum ist, als ein "radikaler Fan des Rechtsstaats". So versuchte er, sich z. B. gegen die geplante bundesweite Einführung des Todesschusses und gegen die "willkürliche" Ausweitung der "Extremistenjagd" zu wehren und äußerte Bedenken gegen die Möglichkeit zur Zensur durch den neuen § 88a Strafgesetzbuch.

Freilich, am Beispiel des Justizsenators Klug zeigen sich auch die Grenzen einer Politik, die es mit dem liberalen Rechtsstaat ernst meint: Zwar findet Klug die Zahl der Überprüfungen durch den Verfassungs"schutz" erschreckend, zwar lehnte er den Radikalen-Erlaß ab. Indes gesteht er dem Staat durchaus zu, gegenüber Bewerbern für den öffentlichen Dienst unter bestimmten Umständen "Bedenken" zu haben. Mit anderen Worten: Berufsverbote gegenüber Linken sind auch nach Klugs Auffassung durchaus möglich. Nur reichte – so Klug – das bisherige Beamten- und Strafrecht dazu aus.

Damit befindet sich Klug in Übereinstimmung mit zahlreichen Liberalen und Sozialdemokraten, die zwar gegen die "Auswüchse" der Berufsverbotspraxis wettern, nicht aber an die Wurzel des Übels – Beendigung der Berufsverbots- und Überwachungspraxis – wollen. Ihre Position wurde 1975 in der "Zeit" deutlich zum Ausdruck gebracht: Die Anstellungsbehörde müsse "unterscheiden lernen zwischen Extremisten, die dieser Republik wirklich ans Zeug wollen, und Radikalen, die es im Sinne des Wortes danach drängt, unserer Verfassungswirklichkeit auf den Grund zu gehen".

Straßenverkehrsordnung
nach dem einheitlichen Polizeigesetz



Plakat, 50 x 70 cm, vierfarbig, DM 5,--. Vertrieb: Wohlthatsche Buchhandlung, Rheinstr. 1000 Berlin 41, Tel. 030/8511509

fentlichung in Presse und Fernsehen. Als jetzt die Weitergabe des Fotos publik wurde, konnte die CDU nicht mehr an sich halten: Sie forderte die Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses. Die SPD/FDP-Senatskoalition, auf die Bürgerschaftswahlen 1978 schielend, wich zurück und ließ den liberalen Reformer Klug fallen.

Der Fall des Justizsenators Ulrich Klug ist durchaus nicht untypisch für die Bourgeoisrepublik Deutschland: Daß einer wie Ulrich Klug sich gegen Karrieren von Altnazis wendet, wird in diesem Land als störend empfunden. Denn die Kontinuität (das Funktionieren des bürgerlichen Staates) muß gewahrt bleiben.

Eben darum wird der eigentliche Skandal, die vorgesehene Ernennung eines Nazirichters, schnell unter den Teppich gekehrt und stattdessen ein "Nebenkriegsschauplatz" eröffnet (Weitergabe von Informationen und Bild an die Presse, ein durchaus begrüßenswerter Vorgang). Parallelen zu ei-

Nach der Logik dieser Politiker soll fürderhin kontrolliert, verhört und berufsverboten werden. Nur soll dies alles weniger exzessiv, mehr "rechtsstaatlich" geschehen. Allerdings bleibt es den Instanzen des bürgerlichen Staates weiterhin überlassen zu bestimmen, wer "guter" und wer "böser" Linker ist.

An dem erzwungenen Rücktritt von Ulrich Klug wird jedoch auch deutlich: In zunehmendem Maße sind SPD und FDP bereit, selbst solche gemäßigten politischen Positionen wie die von Ulrich Klug zu räumen – Positionen, die der zunehmenden Verbiegung des rechtsstaatlichen Rahmens wenigstens noch etwas Widerstand entgegensetzen würden.

JAN KUHNERT
HANFRIED SCHERER

CDU fordert Radikalenerlaß im Rundfunk

Am 7. März 1977 hat der Bundestagsabgeordnete der CDU, Hans Hugo Klein, eine Anfrage an die Bundesregierung gerichtet, in der er auf die Tätigkeit von "ehemaligen Extremistenführern" in öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten hinwies und Maßnahmen dagegen forderte. Klein nannte namentlich den "Extremistenführer" Hannes Heer, der vom WDR "Aufträge für Propagandasendungen" erhalte. Der Abgeordnete berief sich dabei auf "Zeitungsberichte". Dabei handelt es sich um die CDU-nahe Medienkorrespondenz "tele-control" und den "Rheinischen Merkur", die vor einiger Zeit eine Diffamierungskampagne gegen Hannes Heer gestartet hatten. Sie nahmen Anstoß an einer Sendung, die sich kritisch mit den ökonomischen Theorien des Nobelpreisträgers Milton Friedman und deren Wirkung für Chile beschäftigte und an einem Beitrag, der über die Absicht der Russell-Foundation informierte, ein Tribunal über die politische Unterdrückung in der BRD durchzuführen. Dabei war die Auseinandersetzung mit dem Inhalt nur ein Vorwand. Wichtiger schien dem "Rheinischen Merkur" die Tatsache, daß für den WDR ein Journalist arbeitet, der als Lehrer nicht zugelassen worden war. Die Zeitung forderte die Anwendung des Radikalenerlasses auch im Rundfunk.

Auch der Medienexperte der CDU stellte diese Forderung in den Mittelpunkt seiner Erklärung. Abgesehen davon, daß die berufliche Existenz von Hannes Heer, der bereits einmal vom Berufsverbot betroffen wurde, zerstört werden soll, stellt dieses Vorgehen einen weiteren Höhepunkt in der Jagd auf angebliche Radikale dar. Der Radikalenerlaß soll auch für den nichtstaatlichen Bereich gelten, z. B. für die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten.

Um die Angelegenheit propagandistisch hochzuspielen, wandte sich Klein zudem an die in keiner Weise zuständige Bundesregierung. Das Herausgreifen einzelner Personen und das Hochspielen eines solchen "Falles" soll auf die große Mehrheit der Rundfunkmitarbeiter – auch auf die (noch) nicht unmittelbar Betroffenen – einschüchternd wirken.

Kleins Initiative reiht sich ein in die seit einiger Zeit forcierte Kampagne, mit der versucht wird, mißliebige Sendungen zu unterdrükken oder einzelne kritische Rundfunkmitarbeiter zu disziplinieren. Beispiele aus jüngster Zeit sind die Eingriffe Stoltenbergs in die Berichterstattung über Brokdorf oder die Zensurmaßnahmen gegen

Hatz auf Hannes Heer

Die Mitarbeit von Radikalen am Programm der Rundfunkanstalten stößt auf zunehmende Kritik. Nachdem von der "Welt" aufgedeckt worden war, daß der wegen Beihilfe zur Gefangenenbefreiung verurteilte Peter Homann eine NDR-Sendung mit entsprechender Tendenz über den einäugigen KP-Vorsitzenden Reimann machen durfte, ist nun auch bekannt geworden, daß der noch vor wenigen Jahren in Bonn als gewalttätiger Extremisten-Anführer berüchtigte und mehrfach verurteilte Hannes Heer Fernseh-Aufträge vom WDR erhält und dort seine Tendenzen nicht verhehlt. Heer war führendes Mitglied des "Unikollektivs der Roten Zellen", Mitinitiator der Sprengung des Satzungskonvents und Mitglied des Kommunistischen Studentenbundes. Bemerkenswert aber ist der Fall nicht wegen dieser Vergangenheit, sondern deshalb, weil Heer in einer Sendung des "Kritischen Tagebuchs" den Nobelpreisträger Milton Friedman des Mordes an einer Million Chilenen beschuldigen lassen konnte. (Rheinischer Merkur vom 5.2. 1977).

Der als Extremistenanführer bekannte Hannes Heer erhält, wie diese Zeitung bereits berichtete, vom WDR Rundfunkaufträge für politisch brisante Sendungen. Inzwischen ist Heer im "Kritischen Tagebuch" wieder aktiv gewesen. Am 3. Februar sendete der WDR eine von ihm verfaßte Propaganda-Sendung für ein geplantes Tribunal, das "Berufsverbote" und "andere Einschränkungen der Menschenrechte" in der Bundesrepublik untersuchen soll. Als ständiger freier Mitarbeiter könnte sich Heer unter Umständen in die Festanstellung einklagen. Heer, der bei einer Bewerbung um eine Lehrer-Anstellung auf Grund des Extremistenbeschlusses abgelehnt worden war, findet beim öffentlich-rechtlichen Rundfunk keinerlei Mißtrauen.
(Rheinischer Merkur vom 11.2.1977)

das da

Jetzt auch in der DDR*)

Nach langem Zögern – im Geist von Helsinki:
Deutschlands größte Zeitschrift für Politik und Kultur (und Sex) jetzt auch in der Deutschen Demokratischen Republik.

Aus dem April-Heft:

Exclusiv-Interview mit Stasi-Chef Micha Wolf:
Warum wir Wolf Biermann in den Westen schickten.

Gastkommentar von Erich Honecker:
„Gegen amerikanischen Schmuddelsex – für eine sozialistische deutsche Liebeskultur!"

Vierfarb-Poster
Die Traktoristin des Monats

Nachts wurden sie munter:
Die lustigen Mädchen von der LPG Klein-Machnow

Unter vier Augen
Liebe mit den befreundeten Armeen: „Sind Russen bessere Liebhaber?"

Atomkraftwerk? Ja bitte!
Warum die DDR noch mehr Kernkraftwerke braucht.

Bautzen
Der fidele Knast

Ferner laufen:
Test: HO-Essen, Häschenwitze aus Sachsen, Filme, Bücher, Plattentips

Falls Sie gerade nicht in der DDR sind. Auch in der Bundesrepublik an jedem Kiosk. DM 4,–.

*)Nur in Exquisit-Läden.
Unverbindliche
Preisempfehlung: 12,80 DMO.

Achtung:
Für „links"-Leser
Probenummern gegen
Einsendung von Briefmarken 50 Pfg. sofort

Name: .....

Ort: .....

Straße: .....

Alter: .....

Schule/Betrieb/Uni: .....

.....

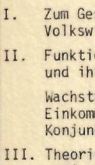
Frankfurter Gruppe Ökonomie

Kritik der Volkswirtschaftslehre

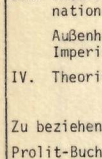
»Anti-Gabler«

Eine kritische Analyse der herrschenden volkswirtschaftlichen Lehrmeinungen vom Standpunkt des materialistischen Verständnisses von Ökonomie und Gesellschaft.

Geschrieben nicht nur für Studenten der VWL, sondern auch für alle anderen, die sich in Ausbildung und Beruf mit VWL befassen müssen.



Gedacht als Grundlage für Arbeitsgruppen, als Sammlung von Argumenten und Quellen für Vorlesungs- und Unterrichtskritiken, aber auch als kritisches Kompendium für einsame "VWL-Geschädigte".



INHALT

I. Zum Gesellschaftsverständnis der Volkswirtschaftslehre

II. Funktionsprobleme des Kapitalismus und ihre Abbildung in der VWL

Wachstum - Konzentration - Einkommens- und Vermögensverteilung Konjunktur und Stabilität

III. Theorie und Realität der internationalen Beziehungen

Außenhandel - Entwicklungstheorien Imperialismus und Abhängigkeit

IV. Theoriekritik und politische Praxis

Zu beziehen über:

Prolit-Buchvertrieb
Dammstr. 11 , 63 Lahn-Gießen

Ladenpreis: 13.50 DM

Verlag Neue Kritik

Neuauflagen

Hans-Jürgen Krahl, Konstitution und Klassenkampf, 406 Seiten, DM 19,80

Peter-Paul Zahl, Eingreifende oder ergriffene Literatur, 98 Seiten, DM 7,80

Alice Rühle-Gerstel, Die Frau und der Kapitalismus, 436 Seiten, DM 19,80

Alexandra Kollontai, Die Situation der Frau in der gesellschaftlichen Entwicklung, 264 Seiten, DM 16,80

Karl Retzlaw, Spartakus. Erinnerungen eines Parteiarbeiters, 446 Seiten, DM 25,00. Studienausgabe, 330 Seiten, DM 14,80

Otto Rühle, Illustrierte Kultur- und Sittengeschichte des Proletariats, 606 Seiten, DM 32,00

Verlag Neue Kritik 6000 Frankfurt
Myliusstrasse 58, (0611) 72 75 76

die geplante Betriebsrätesendung im NDR.
Der Vorstoß des Bundestagsabgeordneten ist darüber hinaus ein weiterer Schritt zu der von der CDU/CSU offensichtlich intendierten Einrichtung einer "Reichsrundfunkzensur" nach dem Muster der Weimarer Republik. Gegen diesen Versuch einer Gleichschaltung der Rundfunkprogramme muß sich der massive Widerstand all derer richten, die nicht bereit sind, auf das Grundrecht der Informationsfreiheit zu verzichten.
Solidaritätsadressen für die unbehinderte Weiterarbeit von Hannes Heer beim WDR sind zu richten an: Jürgen Roth, 6 Frankfurt, Hermannstr. 8.

Streikwelle in den Niederlanden und in Belgien

Streik in Rotterdamm

Reallohnabbau und soziale Demontage bedrohen mit anhaltender Krise zunehmend die Arbeiterklasse in allen EG-Staaten. Während in der Bundesrepublik bis heute kein breiter Widerstand gegen die Angriffe seitens des Staates wie der Unternehmer existiert, erleben die Nachbarländer Belgien und die Niederlande in den letzten Wochen die größten Streiks seit vielen Jahren.
Nach dem 7. Februar dehnte sich in den Niederlanden die Streikbewegung für Beibehaltung des automatischen Teuerungsausgleichs bei gleichzeitiger realer Lohnerhöhung zur größten Streikwelle seit dem 2. Weltkrieg aus. Das Philips-Werk in Eindhoven, die VFW-Fokker Flugzeugwerke und Unilever wurden ebenso bestreikt wie die Häfen in Rotterdam und Amsterdam, die öffentlichen Nahverkehrssysteme und die Druckereien. Drei Wochen dauerte der Streik im Rotterdamer Hafen. Bereits nach der ersten Streikwoche wurde die Forderung nach automatischem Lohnausgleich für das ganze Jahr 1977 durchgesetzt. Dann bewilligten immer mehr Betriebe die von den Streikenden zusätzlich geforderten Reallohnerhöhungen von 2 Prozent.
In Belgien weiteten sich die Streiks aus Protest gegen den Wirtschaftsplan der Regierung ("Egmont-Plan") zu dem wohl größten Arbeitskampf seit dem Generalstreik 1960/61 aus. Am Freitag, den 25. Februar legten über 300.000 Beschäftigte in zwei belgischen Provinzen die Arbeit nieder. Im gesamten Land kam der Eisenbahnverkehr zum Erliegen. Der Fährverkehr nach England ruhte. Bis zum 25. März soll – so die Strategie der sozialdemokratischen und christlichen Gewerkschaften – an jedem Freitag in zwei anderen Provinzen – unterstützt von punktuellen Aktionen im gesamten Land – die Arbeit ruhen. Die wichtigsten Forderungen der Streikenden sind:
– Rücknahme der für den 1. April vorgesehenen drastischen Mehrwertsteuererhöhung zur Sanierung der Staatskassen, deren Einführung die Lebenshaltungskosten der Abeiterklasse erheblich erhöhen würde;
– Beibehaltung der auch in Belgien geltenden automatischen Teuerungsausgleichsregel, die die Regierung dadurch zu durchlöchern versucht, daß sie die von der Mehrwertsteuererhöhung stark betroffenen Benzin- und Tabakwarenpreise aus dem der Indexberechnung zugrundeliegenden Warenkorb herausnehmen möchte;
– Keine Erhöhung der Beiträge zur Krankenversicherung; keine Aushöhlung des Kindergeldsystems;
– Rücknahme des von der Regierung beschlossenen "Solidaritätszuschlags" von 0,4% auf die Bruttolöhne, mit dem die staatliche Sozialversicherung saniert werden soll;
– Arbeitszeitverkürzung von 40 auf 36 Stunden, angesichts einer Arbeitslosenquote von 7,5%, die in der EG nur von Irland übertroffen wird.
Trotz dieser massiven Angriffe der Regierung schreckten die Gewerkschaften vor einem Generalstreik zurück. Die christlichen Gewerkschaften aus Loyalität gegenüber der katholisch-liberalen Koalitionsregierung Tindeman; die sozialdemokratischen Gewerkschaften unter Berufung darauf, daß bei einer Nichtbeteiligung der christlichen Gewerkschaften am Generalstreik, dieser vor allem in Flandern, der Hochburg der christlichen Gewerkschaften, schnell zusammenbrechen würde. Dahinter stand bei beiden Gewerkschaften die Furcht vor den politischen und sozialen Konsequenzen eines von ihnen möglicherweise schon bald nicht mehr kontrollierbaren allgemeinen Ausstands im ganzen Land. Verschiedentlich gelang es der Gewerkschaftsführung nicht, die Streikbewegung unter Kontrolle halten. So wurden z. B. Betrie bestreikt, obwohl die Gewerkscha ten sie vom Streik ausgenomm hatten, da sie mit "wirtschaftlich Schwierigkeiten zu kämpfen h ben". Angesichts dieser Entwic lung, die – so das Handelsbl vom 24. Februar – "die von d Gewerkschaften vorgesehenen mensionen zu sprengen" droh geriet die Regierung Tindem schnell in die Defensive. Sch nach dem ersten Streiktag mac die Regierung Konzessionen h sichtlich der Einführung der Me wertsteuer. Die Position der R gierung wurde in den darauff genden Tagen noch schwäch Tindemans Vorwürfe, die Streike den zeigten eine "mangelnde C ferbereitschaft" und durch ihr V halten "sei die Demokratie in G fahr geraten", stärkte zusätzli die Front der Streikenden. Im Mä löste Tindeman – nunmehr au unter verstärktem Druck der C position im Parlament – das P lament auf, ohne jedoch zuglei seinen Rücktritt zu erklären, w dies in Belgien traditionell übli war. Die Tendenz zum "stark Staat" wird, wie Tindemans Rea tion zeigt, auch in Belgien stärk indem Tindeman ohne das Par ment regiert, geht er einen Sch zum "Maßnahmestaat".
Das Programm zur Sanierung d Staatsfinanzen zu Lasten der A beiterklasse, von den Streikend als Programm des "sozialen A bruchs" bezeichnet, ist trotz d ser Manöver Tindemans in sein ursprünglichen Form gescheite ob es schließlich ganz vom Tis sein wird – und nicht in verä derter Form u. U. unter Einbez hung der Sozialdemokraten in e neue Regierung und dann st schweigender Duldung der Gewe schaften weiterverfolgt wird hängt von der weiteren Entwi lung der Kämpfe ab. Bereits je hat der Widerstand gegen Re lohnsenkung und Abbau der "s zialen Sicherheit" jedoch erste folge gebracht.

H. E. BRA

Zum Tod von Fritz Lamm

Willi Hoss/Heinrich Schwing

Fritz Lamm ist am 15. März 1977 m Alter von 66 Jahren an einem Herzschlag gestorben. Dieser Tod beschließt ein politisch bewußtes, von Beharrlichkeit und großer Ausdauer für die Sache des Sozialismus gekennzeichnetes Leben. Erst jetzt, nach seinem Tod, erkennen wir voll, welchen Platz er in der sozialistischen Bewegung einnahm, was er uns vermittelte und was er uns noch zu sagen hat.

Fritz Lamm, am 30. Juni 1911 in Stettin – in ein jüdisch-deutschnationales Elternhaus – geboren, kam 1929 zur Arbeiterbewegung: "kommend", so berichtet er selbst, "aus der deutsch-jüdisch-bürgerlichen Jugendbewegung über Pazifismus und Frömmigkeit zum Marxismus". Er wurde Mitglied der Sozialistischen Arbeiterjugend Deutschlands (SAJ), der Gewerkschaft, der Naturfreunde und der SPD. Er stand auf Seiten derer, die versuchten, den sozialdemokratisch-kommunistischen Gegensatz aufzuheben und beide Lager der Arbeiterklasse im Kampf gegen den Faschismus zusammenzuführen.

Seine theoretisch-marxistischen Grundlagen erarbeitete er sich in der Auseinandersetzung vor allem mit den Schriften Rosa Luxemburgs und Fritz Sternbergs. In dieser Zeit entwickelten sich bei Fritz Lamm Charakterzüge und politische Grundvorstellungen, die seine Freunde und Genossen hoch schätzen gelernt haben. Sein Bekenntnis zum Sozialismus war gleichbedeutend mit unermüdlicher Aktivität für den Sozialismus. Wer ihn kennt, weiß, wieviele Seminare, Schulungen, Vorträge er gehalten hat, wieviele Aufsätze und Briefe er schrieb. Dabei arbeitete er mit großer Sorgfalt, sichtete umfangreiches Material, studierte die einschlägige Literatur – bevor er seine Schlüsse zog. Seine Zuhörer konnten immer sicher sein: Fritz Lamm hat sich gründlich vorbereitet, er nimmt jedes Argument ernst. Seine radikale Parteilichkeit für die Interessen der Arbeiterklasse und die Unterdrückten hat er nie verwechselt mit Intoleranz gegenüber Andersdenkenden.

Wie Rosa Luxemburg ging er von dem Gedanken aus, daß die sozialistische Gesellschaft mehr Demokratie, Gleichheit und Gerechtigkeit hervorbringen muß als es die bürgerlich-kapitalistische Gesellschaft vermag. Leidenschaftlich und mit beißender Ironie hat er jeglichen Dogmatismus, diesen Anspruch auf allein seligmachende Wahrheiten, bekämpft. "Der Sozialismus ist für den Menschen da", nicht umgekehrt.

Er verstand und vermittelte den Marxismus immer als Methode zur Veränderung der kapitalistischen Gesellschaft. Er wollte den Menschen keine marxistischen Wahrheiten aufpfropfen, sondern ihnen mit Hilfe marxistischen Denkens eine Handreichung geben, sie befähigen, ihre eigene Lage selbst zu verändern. Es ist genau zu beobachten, daß er in seinem Leben an den Punkten, wo seine Parteilichkeit für die Interessen der Arbeiterklasse in Konflikt geriet mit einer Politik der Anpassung an gegebene Verhältnisse durch Vorstände und Interessengruppen, er ohne Rücksicht auf seine persönliche Lage an der konsequent sozialistischen Politik festhielt. So geriet er in den

Aus Texten Fritz Lamms

Die soziale Revolution ist ein steiger Reifeprozeß... In diesem Reifeprozeß, der durch echte Opposition beschleunigt wird, verändert sich die Struktur der Gesellschaft. Der moderne Kapitalismus gleicht dem Frühkapitalismus so wenig wie der Großvater dem Säugling. Darum ist anders über ihn auszusagen und daher ist ihm anders zu begegnen – was eben durch eine gründliche Analyse erhellt und aufgeklärt werden muß. Mit dem Steckbrief des Säuglings ist der Großvater nicht zu fangen. Daher gibt es keine starre Strategie.

Wie die Voraussetzungen für die bürgerliche Revolution im Feudalismus entstanden und herangewachsen waren, ebenso reifen die Bedingungen für eine sozialistische Gesellschaft – offenkundig für jeden Einsichtigen – in der kapitalistischen. Die ständige Veränderung und Entwicklung des Kapitalismus auf allen Gebieten (wissenschaftlich, technisch, organisatorisch, ökonomisch, politisch usw.) ist selbst der sichtbare Ausdruck für diese objektive Möglichkeit. Die soziale Revolution kommt nicht als Folge der politischen Machtergreifung. Die politische Revolution wird notwendig mit der tatsächlichen Veränderung der Produktionsweise. Der Augenblick, in dem der Wandel vollzogen wird – wenn überhaupt –, ist in keinem Geschichtskalender abzulesen; er hängt von der subjektiven Reife und Bereitschaft der Menschen ab – und diese wächst nicht automatisch mit den objektiven Gegebenheiten. Im Gegenteil: Solange mit dem kulturellen und zivilisatorischen Fortschritt als Voraussetzung für die "Gesellschaft im Überfluß" – ohne grössere politische Krisen – die Arbeitnehmer durch gewerkschaftliche Erfolge am Aufstieg teilhaben, wird das subjektive Verlangen nach einer gesellschaftlichen Umwälzung geringer. (Entsprechend ist auch die Monarchie, wo sie dem vordrängenden Bürgertum nachgegeben hat, als repräsentative Staatsvertretung erhalten geblieben.) Um so mehr müssen die Sozialisten den Massen die alle Kultur und alles Leben bedrohenden Gefahren im Spätkapitalismus, der für die einzelnen Staatsbürger immer undurchsichtiger geworden ist, aufdecken und erklären.

Erst und nur die sozialistische Machtergreifung – in welcher Form auch immer – ist die Geburtsstunde der neuen Gesellschaft, in der "die freie Entwicklung eins jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist" (Komm. Manifest). Erst dann soll und kann der Mensch aufhören, als Ware und Objekt körperlich und geistig entmenscht zu werden. Erst dann kann und wird "der Mensch das höchste Wesen für den Menschen" sein... (Fritz Lamm: Der alte Marx und die neue Linke, in: neue kritik, Februar 1964, Nr. 21, Seite 20)

Als Marx das Kommunistische Manifest schrieb, da hatte die Dampfmaschine begonnen, die Welt zu revolutionieren. In unserer Zeit haben Atomenergie und Elektronik begonnen, neuerdings die ganze Gesellschaft umzuwälzen. Wollten wir nicht nachbeten, was einst geschrieben wurde, wir würden keine "Neue Linke", sondern eine schlechte, dogmatische, sektiererische und unfruchtbare Neuauflage der alten Linken sein.

Den Sozialismus aus unserer Zeit mit unseren Erkenntnissen neu zu begründen, das ist die entscheidende Aufgabe der sozialistischen Intelligenz, sei sie nun an den Hochschulen oder an den Drehbänken oder an den Rotationsmaschinen... Die "Neue Linke" ist dem sozialistischen Gedankengut der Vergangenheit verpflichtet, weil es die Basis für die Erkenntnis der Gegenwart ist. Und im gegenwärtigen Ringen ist der Sozialist nicht nur der Vergangenheit verpflichtet – sondern auch der Zukunft!...

Die Eisenzeit weicht dem Zeitalter der Kunststoffe. Der Erdraum wird überwunden – und neue Perspektiven ergeben sich für Wissenschaft und Technik, für Phantasie und neue Utopien. Die Nationalökonomen der fortschrittlichsten Länder entdecken den Unsinn einer Verschwendungsökonomie, die den Bestand des natürlichen Lebens gefährdet – mit ihren Folgen der Abholzung der Wälder, der Vernichtung der Tierwelt, der Austrocknung der Erde und der Verseuchung von Wasser und Luft. Soziologische Umschichtungen werden notwendig mit der Anwendung neuer Energiequellen und neuer Produktionsinstrumente. Die Gefahren wachsen, wächst damit – wie Hölderlin meint: das Rettende auch?

Unsere Zeit zu erkennen, die Möglichkeit und die Gefahren aufzuzeigen, das, Genossen, ist die geistige Aufgabe, die sich aus der sozialistischen Tradition der "Neuen Linken" stellt. Zielbewußt das Leben und die lebendige Natur zu schützen und die Menschheit auf ihren nächsthöheren Entwicklungsstand zu bringen; – unsere Gegenwart begreifen und dann den Menschen schonungslos die Alternative aufzuzeigen: "Untergang der Menschheit" oder "Aufstieg zum Sozialismus", das ist: an der Spitze des Fortschritts marschieren.

Wir rühren damit an die entscheidenden Fragen der Menschheit in Ost und West, an die wirklich menschliche Entscheidung zu Freiheit und Mitbestimmung – oder Unfreiheit und Verzicht. Und in dem Maße, Genossinnen und Genossen – noch einmal will ich an ein oft erwiesenes Marx-Zitat erinnern: in dem Maße, in dem die Theorie die Massen ergreift, wird sie zur historisch-materiellen Gewalt! Um unsere Bindung an diese Massen braucht uns nicht bange zu sein, denn neue Krisen, die wir nicht wünschen, Krisen, die das Bewußtsein durcheinanderrütteln, rücken heran. Wir müssen nur die eine Angst haben, diese geistigen Aufgaben nicht erfüllt zu haben, ...und dann zu versagen, wie andere vor uns versagt haben...

(Fritz Lamm: Briefwechsel mit der SPD, Selbstverlag, o. J., Seite 8/9)

Karl A. Otto
Vom Ostermarsch zur APO

230 Seiten, DM 20,–

Whyl und Brokdorf sind zu Symbolen einer Bürgerbewegung gegen die Atomenergie geworden. In den 60er Jahren war der Kampf gegen die Atomenergie wesentlicher Bestandteil der meist verkürzt als Jugendrevolte verstandenen APO. Diese Darstellung der als Ostermarsch bekannt gewordenen Protestbewegung ist ein für die aktuellen politischen Auseinandersetzungen anschauliches Lehrstück aus der jüngsten Geschichte der BRD.

Robert L. Heilbroner
Der Niedergang des Kapitalismus
Vorwort von Jochen Steffen
117 Seiten, DM 15,–

Christian Fenner
Demokratischer Sozialismus und Sozialdemokratie
Realität und Rhetorik der Sozialismusdiskussion in Deutschland
ca. 250 Seiten, DM 24,–

Bitte fordern Sie unser ausführliches Verzeichnis „Sozialwissenschaften" an!

campus
Oeder Weg 100, 6000 Frankfurt 18

bewegten, von Klassenauseinandersetzungen geprägten Jahren 1931/32 in Konflikt mit der Sozialdemokratischen Partei, die ihn mit der Begründung, "er radikalisiere die Jugend durch Schriften von Marx und Engels" ausschloß. Er nahm teil am Gründungskongreß der Sozialistischen Arbeiterpartei (SAP) und arbeitete in der Folgezeit mit Otto Brenner, Willy Brandt, Max Seydewitz, Fritz Rück u. a. zusammen.

Am 3. Mai 1933 wurde Fritz Lamm wegen illegaler Parteiarbeit verhaftet, am 2. Januar 1934 vom Reichsgericht in Leipzig zu 2 Jahren und 3 Monaten Gefängnis verurteilt. Im Oktober 1935 aus der Haft entlassen, unter Polizeiaufsicht gestellt, setzte er dennoch die illegale Arbeit fort. Einer weiteren Verhaftung konnte er sich durch die Flucht in die Schweiz entziehen. Eine Station seiner Flucht war Stuttgart, wo er von Richard Schmid betreut wurde. Von daher rührt seine Beziehung zu Stuttgart, die ihn nach dem Krieg wieder hierher führte.

2 1/2 Jahre seines Exils verbrachte Fritz Lamm in der Tschechoslowakei, bis er 1938 nach Paris weiterfloh. Er arbeitete mit Fritz Sternberg und Jakob Walcher, dem damaligen Vorsitzenden der SAP, zusammen. Bei Kriegsausbruch wurde er im Lager Vernet interniert, bis ihm 1941 die Flucht auf ein Schiff nach Kuba gelang. Dort arbeitete er unter anderem als Diamantenschleifer.

Erst 1948 erhielt Fritz Lamm von den Amerikanern die Möglichkeit, nach Deutschland zurückzukehren. Er schilderte dies so: "Nach Kriegsende habe ich mich bemüht, nach Deutschland zurückzukehren. Das war zunächst gar nicht so einfach, weil die Amerikaner am wenigsten Interesse hatten, die Leute, die nicht in Amerika waren, nach Deutschland zurückzulassen. Und schon gar nicht linksverdächtige Leute. Ich mußte erst eine Arbeitsgenehmigung haben, dann eine Aufenthaltsbescheinigung des Landes Württemberg, eine Zulassung von der interalliierten Kommission in Bielefeld, wo alle vier saßen. Als ich die endlich hatte, war die württembergische Arbeitserlaubnis schon abgelaufen. Es begann alles wieder von vorne ... Das dauerte 2 1/2 Jahre."

Am 1. November 1948 zurück in Deutschland, begann er seine Arbeit bei der "Stuttgarter Zeitung" als Redaktionssekretär. Diese Tätigkeit dauerte bis Dezember 1952. "Nach dem Zeitungsstreik 1952", so sagte er, "wurde ich strafbefördert zur Vertriebsabteilung, weil die Firma gesagt hat, Redaktionssekretär sei ein Vertrauensposten, und jemand, der mehr zur Gewerkschaft hält als zur Firma, der könne keinen Vertrauensposten haben." – 1954 wählten ihn die Kollegen der Stuttgarter Zeitung zum Betriebsratsvorsitzenden. Bis zu seiner Pensionierung erfüllte er ihren Auftrag.

Bei seiner Rückkehr nach Deutschland 1948, fand Fritz Lamm eine Situation vor, in der die Weichen schon längst in Richtung Restauration des Kapitals gestellt waren. Seine Meinung dazu war: Es ging den Besatzungsmächten hauptsächlich um die Wiederherstellung einer kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, nicht aber um die Entwicklung einer wirkungsvollen Demokratisierung. Die westlichen Besatzungsmächte versuchten von Anfang an, die Neuentwicklung einer deutschen sozialistischen Arbeiterbewegung zu bremsen oder zu unterdrücken.

Die im Gefolge der Restauration schnell einsetzende Wandlung der SPD kommentierte Fritz Lamm mit einem Wort Tucholskys so: "Wie in der Weimarer Republik: 'Was der sozialdemokratische Parteivorstand nicht verhindern kann, das segnet er wenigstens.' Immer wieder stellte sich die SPD auf den Boden der sogenannten Tatsachen. So folgte sie der allgemeinen Restauration in der Bundesrepublik immer mehr nach rechts. Mit Schumachers Tod verlor sie auch jeglichen kämpferischen Elan. Mehr und mehr schämte sie sich der Tradition, drängte sie zur kleinbürgerlichen Volkspartei."

Fritz Lamm war sofort den Naturfreunden, der Gewerkschaft und der SPD beigetreten. Zu seinem Beitritt in die SPD sagte er später: "Ich wollte den Versuch machen, die Linken in der sich nach rechts entwickelnden SPD zu sammeln." In diesem Sinne entfaltete er eine unermüdliche Aktivität: Schon 1949 gab er die "Thomas Münzer"-Briefe heraus, denen sich dann nahezu ein Jahrzehnt die Zeitschrift "Funken" anschloß.

Nach 1959, nach der Verabschiedung des Godesberger Programms, wuchs die Opposition gegen diesen Weg der Partei insbesondere im Sozialistischen Deutschen Studentenbund (SDS), der organisatorisch an die SPD angegliedert war. Fritz Lamm und sein "Funken"-Kreis hatten durch ihre jahrelange mühsame theoretische Gruppenarbeit einen wesentlichen Anteil an diesem Entwicklungsprozeß. 1961, nachdem die Linken im SDS die Mehrheit erlangt hatten, trennte sich die SPD von ihren Studenten. Um der Absicht, der SPD zu begegnen, den SDS zu isolieren, gründeten Linke in der SPD, wie Wolfgang Abendroth, Heinz-Joachim Heydorn und Fritz Lamm die "Förderergesellschaft des SDS", den späteren Sozialistischen Bund. Fritz Lamm wurde daraufhin 1963 ein zweites Mal aus der SPD ausgeschlossen.

Im vergangenen Jahr hat Fritz Lamm seine Einstellung zur SPD in einem Zeitschriftenaufsatz dargelegt: "Irgendwo steckt bei allen Linken im Hinterkopf die Vorstellung, die SPD sei – doch – eine sozialistische Partei. Sie selbst betont, sie sei eine Volkspartei und Partei der Mitte. 1793 im Konvent hieß die Mitte – Gironde – 'der Sumpf'. Durch ihre enge Verbindung mit den ebenfalls von Sozialismus freien Gewerkschaften ist die SPD bestenfalls genau das, was ihr Name sagt: eine soziale demokratische Partei, wobei demokratisch nicht den inneren Aufbau, sondern nur das Bekenntnis zum bürgerlichen Parlamentarismus bedeutet. Die 'Linke' in der SPD hat sozialistische Tendenzen, bleibt aber bestenfalls oppositionell links, weil die Partei reformistisch ist." Die SPD hat an Fritz Lamm beispielhaft gezeigt, daß sie in ihren Reihen an Marxisten, die ihre Vorstellung in die Tat umsetzen, nicht interessiert ist. Das Wissen und Können Fritz Lamms, seine Fähigkeit als Redner, als marxistischer Denker als kluger und verständlicher Autor wurden jetzt noch mehr von den verschiedenen Organisationen in Anspruch genommen. In den Gewerkschaften, der Gewerkschaftsjugend der Sozialistischen Jugend "Die Falken", bei den Naturfreunden, beim Deutschen Freidenkerverband, in allen diesen Organisationen hat er gewirkt und seinen Einfluß geltend gemacht. Ebenso in zahlreichen Aktionskomitees, Sammelbewegungen und Arbeitskreisen. Besonders wirksam hat er sich in den letzten Jahren in Stuttgart im Sozialistischen Zentrum und im Parteifreien Bündnis Eugen Eberle, sowie überregional im Sozialistischen Büro engagiert.

In Stuttgart, in vielen Orten der Bundesrepublik, arbeiten Genossinnen und Genossen, die unter dem Einfluß von Fritz Lamm Sozialisten geworden oder die unter seinem Einfluß zu einem neuen, undogmatischen Sozialismusverständnis gefunden haben.

Das konnte er nur erreichen, weil es bei ihm eine Einheit zwischen Theorie und Praxis, zwischen Reden und Handeln gab. Auf seine Solidarität konnte man sich verlassen. Es war sehr wichtig, wenn er sich zum Beispiel in einem Stuttgarter Gewerkschaftskonflikt an den Vorsitzenden einer Industriegewerkschaft wandte und schrieb: "Die Einheit und Aktivität der Gewerkschaften ist wenig von den Mitgliedern bedroht, die ohne Rücksicht auf eigene Nachteile den Mut zu offener Kritik und selbständigem Handeln aufbringen, als durch diejenigen, die – auch dies ein Begleiterscheinung vieler Konjunkturjahre – die Organisation und ihre Positionen für ein erworbenes Privileg halten. Wenn diese allein auf die Dauer den Geist der Gewerkschaft als Pachtgut bestimmen, dann wächst die Gefahr ständig, daß die mächtigen Organisationen sich gerade dann, wenn ihre Kampfkraft sich bewähren soll, als Kolosse auf tönernen Füßen erweisen werden."

Wenn es stimmt, was Fritz Lamm immer wieder sagte, daß das Leben nur dann einen Sinn hat, wenn es uns gelingt, ihm einen Sinn zu geben, so können wir sagen – ohne Pathos – er hat seine Zeit genutzt. Wir vermissen einen Mitkämpfer, uns fehlt seine Kritik, wir trauern um einen Freund. Ob wir ihn vergessen werden, ob wir ihn im Hegelschen Sinne vergessen können, wird sich darin zeigen, ob wir seine Vorschläge, Anregungen, Hilfen zu nutzen wissen.

Der vorstehende Text ist eine Rede der Gedenkveranstaltung vom 20.3. 1977 in Stuttgart zum Tod von Fritz Lamm. Die Herausgabe einer Sammlung von Schriften, Aufsätzen und Reden Fritz Lamms 1937 – 1977 ist in den nächsten Monaten geplant. In diese Sammlung soll auch die Rede von Oskar Negt auf der Stuttgarter Gedenkveranstaltung aufgenommen werden.

Zum Wesen der stalinistischen Bürokratie

Leo Kofler

Nach der Revolution und vor allem seit Beginn der Herrschaft der stalinistischen Fraktion verband sich dieser vulgärmarxistische Mechanismus mit dem bürokratischen Formalismus, der seinerseits verstärkt wurde durch das Einfließen des gleichfalls formalistischen Technizismus der Planwirtschaft in das Denken der Bürokratie. Nicht nur erfuhr hierdurch die vulgärmarxistische Entstellung der sozialistischen Ideologie eine ungeahnte Verstärkung, sondern es wurde auch nach der Seite der bürokratischen Praxis hin eine Konsequenz und eine Vollendung der bürokratischen Tendenzen erreicht, die einzig in der modernen Geschichte Europas dasteht.

Denn was den bürokratischen Formalismus in extremer Weise auszeichnet, das ist seine undialektisch rationalistische Beschränktheit hinsichtlich des Begreifens der gesellschaftlichen Wirklichkeit als eines allgemeinen Zusammenhangs, dessen Wesen in dem aufgezeigten dialektischen Umschlagen des Subjektiven ins Objektive und umgekehrt liegt. Nur das Durchschauen des Charakters der Realität, wesentlich dialektische Totalität zu sein, macht Praxis als Form eines vollendet bewußten und auf der richtigen Erkenntnis der Elemente des realen Geschehens beruhenden Handelns möglich. Wo diese erkenntnismäßige Voraussetzung nicht erfüllt ist, da klammert sich das Denken und das von ihm bestimmte Tun an das Einzelgebiet, das es in extremer Weise rationalisiert bei gleichzeitigem Versinken in einen abstrusen Irrationalismus (entweder mechanistischer oder metaphysischer Prägung) hinsichtlich des Ganzen der gesellschaftlichen Welt.

Es ist hier nicht der Ort, um den eben ausgesprochenen Gedanken näher auszuführen. Aber es wird durch ihn doch eines offenbar: nämlich, warum im Denken der stalinistischen Bürokratie der Begriff des »Spezialistentums« eine so große Rolle spielt. Ist doch dieser Begriff nichts anderes als der konsequenteste Ausdruck der mechanistisch-rationalistischen Zerteilung der Objektwelt aus der Unfähigkeit heraus, diese als Totalität zu begreifen. Selbstverständlich darf nicht übersehen werden, daß der Sozialismus in seinen Anfängen, d. h. solange die für seinen vollendeten Aufbau notwendigen Produktivkräfte noch nicht genügend entwickelt sind, sich des Spezialistentums mit allen seinen Einseitigkeiten und negativen Auswirkungen für den Menschen wird bedienen müssen. Aber es ist ein großer Unterschied, ob man sich des damit verbundenen Mangels voll bewußt ist oder ob man aus einer bürokratischen Beschränktheit heraus dem Spezialistentum ideologisch und praktisch unterliegt.

Davon, ob das Denken der entscheidenden und führenden Schicht in der sozialistischen Gesellschaft der Verbürokratisierung in dem hier dargelegten Sinne unterlegen ist oder nicht, hängt nichts weniger als das Schicksal dessen ab, was man die sozialistische Planwirtschaft nennt. An sich schafft die planmäßige und damit unmittelbar durchsichtige Ordnung der ökonomischen Sphäre zum ersten Male in der neueren Geschichte – in früheren Epochen war das wirtschaftliche Geschehen an sich und von vornherein klar und durchsichtig – die Grundlage für das problemlose Begreifen des gesellschaftlichen Prozesses in seinem inneren Zusammenhang, in seiner Totalität. An sich bedeutet die Planwirtschaft also ein Faktum, das wenigstens von dieser Seite her der Bürokratisierung des Seins gerade entgegenwirkt.

Wo aber die Bürokratie sich der Planwirtschaft bemächtigt und sie ohne die Gegenwirkung einer tiefgreifenden demokratischen Kritik beherrscht, da schlägt diese positive Tendenz in ihr Gegenteil um. Dann wird das rechenhafte Prinzip der Planordnung zu einem Faktor der Verstärkung des bürokratischen Formalismus, der seinerseits alle Ansätze zu einem dialektisch-ganzheitlichen Begreifen des Prozesses vernichtet und an seine Stelle den vulgär-rationalistischen Aspekt der oberflächenhaften Zerteilung des Ganzen in spezialistische Teilgebiete setzt, auf die sich das Interesse und das Handeln einseitig orientiert. Daß hierbei ein gewisser Rest der Sicht auf das Ganze gerade wegen der tatsächlichen Existenz der dieses Ganze umfassenden Planmäßigkeit erhalten bleibt, hat nichts zu bedeuten; denn im bürokratischen Alltag siegt jene bürokratische Schranke, die wir als Formalismus, in der Unmenschlichkeit, im pessimistischen Menschenbild und im Spezialistentum bestehend nachgewiesen haben. Selbstverständlich verstärkt die spezialistische Denkweise ihrerseits wiederum die Unfähigkeit der Bürokratie, hinter dem Oberflächenschein die den Menschen und die Gesellschaft bewegenden Kräfte zu erkennen. Es entsteht dann das, was man als »Tatsachenfetischismus« zu bezeichnen pflegt...

Die Rolle des Hängenbleibens des Bewußtseins am Oberflächenschein der »Tatsachen« als Folge der Unfähigkeit, den gesellschaftlichen Prozeß in seiner Totalität zu erkennen, ist noch wenig in ihrer Bedeutung erkannt worden. Der vulgäre Materialismus hat mit dem vulgären Rationalismus das Gemeinsame, daß beide die äußere Erscheinung für das Wesen der Sache nehmen, weil sie nicht bis zu dem Zusammenhang des Ganzen, durch dessen Erkenntnis allein sich auch das Moment in seiner wirklichen Bedeutung und Wesenheit erschließt, vorzudringen in der Lage sind. Was in der kapitalistischen Welt eine Folge der Zersplitterung des Prozesses in zahllose Teilakte ist, nämlich die darauf beruhende Zerrissenheit und Spezia-

Leo Kofler zum 70. Geburtstag

Man kann Leo Kofler nicht für irgendeine Gruppe reklamieren. Dazu ist Leo Koflers Weg zu unabhängig und eigenwillig gewesen. Der Marxist Leo Kofler, der den strikten Zusammenhang von Sozialismus und Demokratie, die beide ohne einander nicht existieren können, in keiner Phase seines Lebens verleugnete, mußte deshalb dreimal in seinem Leben emigrieren: aus dem faschistischen Deutschland, aus der stalinistischen DDR (1951) und innerhalb der BRD, die ihm in den Jahren des Kalten Krieges nur eine Randexistenz erlaubte.

Genosse Kofler ist also nicht aus eine Institution oder Organisation heraus zu begreifen. Dennoch ist er in seinem unabhängigen Marxismus, der das Hegelsche Erbe betonte und der vor allem den geschichtsphilosophisch nach vorne gerichteten Aspekt unterstrich, eine Institution geworden. Und trotzdem könnte keine zureichende Geschichte der sozialistischen Linken (z. B. auch des SB) erscheinen, ohne Koflers Arbeit und seine oft eher verborgenen Einflüsse zu erwähnen. Ohne die unnachgiebige, keine Resignation kennende, marxistischer Theorie auch in repressiver Gesellschaft nicht entsagende Arbeit, während der antikommunistischen 50er und 60er Jahre, ohne die Arbeit der Kofler u. a., der so wenigen, wäre auch der schon wieder geschwächte Aufbruch Ende der 60er Jahre nicht denkbar, nicht durchhaltbar gewesen.

Es ist hier nicht der Ort, die theoretische und praktisch-bildungsbezogene Arbeit Koflers, des Unermüdlichen, zu würdigen, sich auch mit diesem oder jenem Aspekt seiner umfangreichen Arbeiten kritisch auseinanderzusetzen. Uns bleibt hier nur, Leo Kofler dankbar zu gratulieren.

Um zur Lektüre Koflers anzuregen, zur Kenntnisnahme und zur Auseinandersetzung, drucken wir an dieser Stelle einige wenige Passagen aus seiner 1952 erstmals erschienenen Schrift: "Das Wesen und die Rolle der stalinistischen Bürokratie" (wieder abgedruckt in: Leo Kofler, Stalinismus und Bürokratie, Sammlung Luchterhand 1970). Anders als in der gegenwärtigen Diskussion über die ökonomisch-soziale Struktur der "Übergangsgesellschaft" stand in den 50er Jahren die Deformation marxistischer Denkstrukturen im Vordergrund der linken Kritik an der Sowjetgesellschaft. Dieser Aspekt sollte u. E. auch heute nicht außer acht gelassen werden.

Zur eingehenden Lektüre empfehlen wir vor allem auch Koflers Hauptwerke "Zur Geschichte der bürgerlichen Gesellschaft" (Neuwied und Berlin 1966), "Zur Theorie der modernen Literatur" (Neuwied und Berlin 1962), "Die Wissenschaft von der Gesellschaft" (Bern 1944 unter Pseudonym Stanislaw Warynski, wieder gedruckt Frankfurt 1971) und "Geschichte und Dialektik – Zur Methodenlehre der dialektischen Geschichtsbetrachtung" (Hamburg 1955). Diese Werke zeigen nicht nur ein breites Interessenspektrum, sie vermitteln dem Leser vor allem Koflers nicht mechanistisch verkürzten Marxismus.

Genosse Kofler wird sich über die Grüße seiner Freunde und all derer, die von ihm gelernt haben, freuen. Er begeht seinen 70. Geburtstag am 26. April 1977.

Adresse: Leo Kofler, Lassellestr. 44, 5000 Köln 80. **KLAUS VACK**

★

lisierung des Denkens, das ist bei der stalinistischen Bürokratie eine Folge des unmittelbaren Befangenseins im Spezialistentum, wie es sich zunächst als ideologisches und dann als praktisches Phänomen aus der formalistisch-technizistischen Beschränktheit der Bürokratie heraus in der bereits geschilderten Weise ergibt.

In der bürgerlichen Welt, in der die Bürokratie nicht oder nicht unmittelbar die ganze Gesellschaft beherrscht, ist es das Moment der Zersplitterung des Prozesses in viele unabhängige Teilakte, das letzten Endes das einseitige Spezialistentum zur Folge hat (vgl. darüber Georg Lukács an vielen Stellen seines Schrifttums, besonders aber »Geschichte und Klassenbewußtsein«). Unter der dieser Zersplitterung prinzipiell entgegenwirkenden Planwirtschaft ist es der, die ganze Gesellschaft durchdringende stalinistische Bürokratismus, der diese heilsame Tendenz zunichte macht und objektiv ein ähnliches Ergebnis wie in der bürgerlichen Welt zeitigt. Beide Formen der praktischen und gedanklichen Spezialisierung, sowohl die bürgerliche, wie die stalinistisch-bürokratische erzeugen die »Tatsachen« in den Köpfen ihrer Träger als Resultate eines scheinhaften, weil das Wesen der Wirklichkeit verhüllenden Verhaltens zu dieser Wirklichkeit, und sie unterliegen gleichzeitig auch den so von ihnen selbst erzeugten »Tatsachen«, indem sie sie als empirisch schlechthin gegeben erleben.

Die, trotz aller nicht zu übersehenden sonstigen Verschiedenheit, innere Verwandtschaft zwischen diesen beiden Formen der Unfähigkeit, die Realität in ihrer Existenzweise als Totalität zu bewältigen und daher dem Spezialistentum und dem Tatsachenfetischismus zu verfallen, bildet den Erklärungsgrund dafür, wieso es möglich war, daß nach der Revolution, d. h. auf sozialistischem Boden, die vulgärmarxistische Soziologie eine solche Verbreitung finden konnte. Der Vulgärmarxismus stellt zunächst nichts anderes dar, als eine Form der Anpassung der marxistischen Denkweise an die bürgerliche Umgebung. Nach der Revolution wurde mit der Verbürokratisierung der gesellschaftlichen Verhältnisse in Rußland die Durchsetzung der vulgären pseudomarxistischen Ideologie in verstärktem Maße ermöglicht. Einmal herrschend, wirkte der vulgäre Materialismus selbständig in der ihm innewohnenden Richtung weiter und verstärkte seinerseits die bürokratischen Tendenzen des Denkens und der Praxis.

Nicht nur methodisch verfiel deshalb dieses Denken in steigendem Maße dem Tatsachenfetischismus, sondern es erhob überdies die sture, d. h. die Oberfläche der Erscheinungen formaldeskriptiv widerspiegelnde und daher an deren Wesen blind vorbeigehende »Tatsache« zum obersten Richtmaß der praktischen Beurteilung der sozialen, politischen und theoretischen Gegebenheiten der Gesellschaft. Es entstand damit jene, für die stalinistische Bürokratie so bezeichnende oberflächenhafte Denk- und Urteilsweise, die in ihrer vulgären Phrasenhaftigkeit einzig dasteht und sich entsprechend der beherrschenden gesellschaftlichen Stellung der Bürokratie unendlich verheerend für das politische und kulturelle Leben der Sowjetunion auswirkte...

Natürlich bemerkt auch der Bürokrat die Schwierigkeiten und Widersprüche, die in einer für ihn sehr schmerzlichen Weise seine mechanische »Ordnung« stören. Aber er begreift sie nicht als notwendig dem Prozeß selbst zugehörig, sondern als zufällig und von außen kommend, d. h. von vorher nicht in Rechnung zu stellenden böswilligen »Reaktionären« und »Agenten« veranlaßt. Durch diese völlig falsche Beurteilung der subjektiven Gegebenheiten zu einer irrigen Einschätzung ihrer Rolle im Prozeß verleitet, begegnet er ihnen in einer vollkommen falschen Weise und trägt selbst das Entscheidende dazu bei, um diese Schwierigkeiten und Widersprüche ins Maßlose zu vergrössern. Sich so in seine eigenen Fallstricke hoffnungslos verwickelnd, beweist die bürokratische Praxis die Richtigkeit des Wortes, daß der größte Feind der Bürokratie die Bürokratie selbst ist.

Das Hinüberschieben der Schuld für das Mißlingen der bürokratischen Pläne auf die Schulter von subversiven und renitenten Elementen, die von der Absicht besessen sind, den sozialistischen Aufbau zu stören, ist deshalb ein besonders interessantes Moment in der bürokratischen Ideologie, weil hier in vollstem Widerspruch zur mechanistischen, die Rolle des Subjektiven unterschätzenden Auffassung des Prozesses plötzlich und unvermittelt eine Überbetonung subjektiver Gegebenheiten zum Vorschein kommt. Ein solches Verfallen in kontradiktorische Extreme ist überhaupt charakteristisch für jedes nichtdialektische Denken.

Aber diese Haltung finden wir bei der stalinistischen Bürokratie nicht nur da, wo sie vor das Problem der Lösung heftiger Widersprüche und großer Schwierigkeiten sich gestellt sieht, sondern sie ist bezeichnend für das gesamte Denken und die gesamte Praxis der Bürokratie. Der pessimistisch vergorene und ungesunde bürokratische »Optimismus«, der die dialektische Beziehung zwischen der subjektiven Tätigkeit und dem objektiven Prozeß infolge seiner formalistischen und spezialistischen Beschränktheit nicht zu begreifen vermag, geht einerseits notwendig an den konkreten Erscheinungsformen der Erlebnisse der Menschen, die sich in einen ganz neuen Entwicklungsprozeß hineingezogen sehen, blind vorbei; er ist nicht in der Lage, die individuellen Schwierigkeiten und tragischen Schicksale, die komplizierten seelischen und geistigen Kämpfe zu verstehen, denn er faßt das Individuum als ein mechanisches Kalkül in einem mechanischen Prozeß. Andererseits und gleichzeitig aber ist er aus derselben Ahnungslosigkeit der dialektischen Beziehung zwischen Individuum und Gesellschaft gegenüber und aus der praktischen Notwendigkeit heraus, der subjektiven Tätigkeit den entsprechenden bedeutenden Platz zuzuweisen, geneigt, die tätige Seite in Widerspruch zu seiner mechanistischen Grundhaltung phrasenhaft aufzubauschen und ihr maßlose schöpferische Kräfte zuzusprechen. Es wird die tätige Seite, die das bürokratische Denken nicht als Element des objektiven Prozesses nachzuweisen in der Lage ist, vollständig in den Bereich der individuellen Spontaneität, die hier überbetont und versubjektiviert wird, verlegt.

Das hindert nicht, daß der konkrete Begriff dieser Spontaneität entsprechend der oben bezeichneten Unfähigkeit, das Subjektive und Individuelle in seiner wahren Kompliziertheit zu verstehen, nicht weniger hohl und leer ist als alle übrigen Begriffe des bürokratischen Denkens, er wird zur tönenden Phrase, mit der sich geduldige Zeitungsspalten endlos füllen, aber keine praktischen Wirkungen erzielen lassen. Was dann an Wirkung fehlt, wird durch den Terror »nachgeholt«. Ebenso wie in der Denkweise des alten mechanischen Materialismus der geschichtliche Prozeß nach einem mechanisch begriffenen »Naturgesetz« abläuft, deshalb einerseits die individuelle Tätigkeit zum bloßen Schein herabsinkt, um andererseits eine »freie« Sphäre zugestanden zu bekommen, ganz ebenso wird auch die stalinistisch-bürokratische Denkweise vom gleichen Widerspruch durchzogen. Mechanisches Gesetz und voluntaristisch zugespitzte Aktivität stehen einander hier wie dort unvermittelt und beziehungslos gegenüber.

Dieser Widerspruch, der in der Denkweise der stalinistischen Bürokratie zwischen Gesetz und Tätigkeit besteht, zieht den anderen zwischen Theorie und Praxis nach sich. Indem er nämlich für das bürokratische Denken unauflösbar bleibt, werden von ihm Gesetz und Tätigkeit, um eine Scheinlösung zu erzielen, den entgegengesetzten Sphären der Theorie und der Praxis zugeteilt: in der vulgären Theorie des stalinistischen »Marxismus« wird das Gesetz undialektisch, und das heißt in mechanischer Weise überbetont; in der Praxis dagegen, wo die tätige Seit entscheidend bleibt, die Rolle d individuellen Leistung übertriebe voluntaristisch eingeschätzt.

Ähnlich wie in der Vorstellungswe der kapitalistischen Praxis der g danklich unaufgelöste Gegensatz zw schen dem Walten überindividuell Mächte und der individuellen Täti keit einen zwar nur scheinhaften, ab die Praxis ermöglichenden Ausglei findet im Begriff der »Kalkulation so überwindet die Ideologie der st linistischen Bürokratie den für s charakteristischen Widerspruch n Hilfe des Begriffs des »Spezialiste tums«. Der »Spezialist« erscheint hi als jener individuelle Punkt im o jektiven Geschehen, in welchem si mechanische Notwendigkeit und t tige Initiative kreuzen und zur Ei heit gelangen, d. h. er erscheint a eine Art deus ex machina im kl nen, der gleichzeitig sowohl als Ba stein, als passives Element in eine mechanischen Gefüge kompliziert technischer Abläufe, wie auch a der Initiator, der auf dem, ihm vo Prozeß zugewiesenen eng umgrenz ten Platz tretend das Energieklüm chen darstellt, das die Entwicklu »tätig« vorwärtstreibt.

Jeder erfahrene Soziologe merkt s fort, daß hier die Übereinstimmu zwischen Subjektivität und Objekti tät nur scheinhaft gewonnen, nur e schlichen ist. Denn die individuel Tätigkeit existiert hier im Grunde n zum Schein, weil ihr die Richtu und der Inhalt vom mechanistis begriffenen Gesetz vorgeschrieb werden. Von einer richtigen Einsic in den Zusammenhang von Subje tivität und Objektivität besteht hi keine Spur...

(aus Leo Kofler: Stalinismus u Bürokratie, Seiten 57 - 66, gekür Sammlung Luchterhand 6, Neuwi und Berlin, 1970).

NEU!

PSYCHOLOGIE UND GESELLSCHAFT

INHALT DES HEFTES:
Intelligenztheorie
Kritik Holzkamp
Proletarische Subjektivität
Aneignungsbegriff

ZEITSCHRIFT ZUR KRITIK BÜRGERLICHER PSYCHOLOGIE

1977 - 1. JAHRGANG - HEFT 1

„Psychologie und Gesellschaft"

ist eine Zeitschrift gesellschaftskritischer Psychologen und Sozialwissenschaftler, die es sich zur Aufgabe macht, bürgerliche Psychologie in Theorie und Praxis zu kritisieren und Alternativen zu nennen, die aus dieser Kritik hervorgehen.

Sie richtet sich an Psychologen innerhalb und außerhalb der Hochschule an Studenten, Lehrer, Sozial- sowie Erziehungswissenschaftler.

Ich bestelle ein Jahresabonnement **„Psychologie und Gesellschaft" zum Preis von 16,- DM plus Porto.**

Name

Vorname:

Straße **Nr.:**

PLZ: **Ort:**

An den
MAULWURF-VERTRIEB
Waldemarstraße 24 1000 Berlin 36
PROLIT-VERTRIEB
Dammstraße 11 6300 Gießen

Bestellungen aus den Postleitbereichen 1, 2 und 8 bitte an den Maulwurf-Vertrieb. Die übrigen an Prolit

Nicht Zutreffendes streichen.

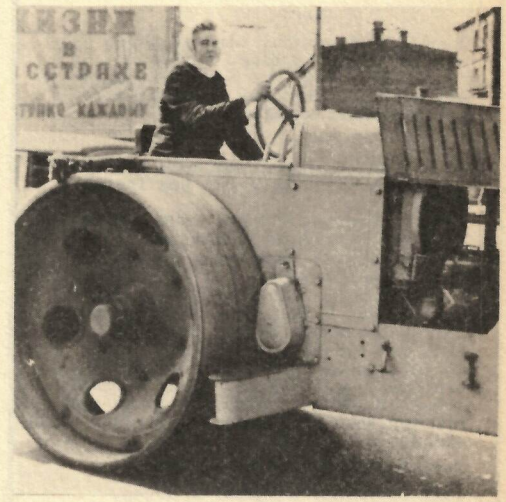
diskussion

Zur Kritik der Sowjetgesellschaft

Hansgeorg Conert

Seit Monaten sind die Protestaktivitäten in den staatssozialistischen Systemen, die Äußerungen (noch) in diesen Ländern verbliebener wie emigrierter oder abgeschobener ‚Dissidenten' bevorzugtes Thema der bundesrepublikanischen Massenmedien. Die Ursachen verstärkter Protest- und Widerstandsformen sind zu unterscheiden von den Gründen forcierter Publizität in der BRD. Zu ersteren hier nur ganz allgemein und verkürzt: sie liegen einerseits, wie die Arbeiterproteste im vergangenen Jahr in Polen, in manifesten wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die durchaus nicht zufälliger Art sind, sondern ökonomische Struktur- und Systemmängel signalisieren. Das mutigere und selbstsichere Auftreten – vorwiegend intellektueller – Opponenten ist andererseits eine möglicherweise von der Sowjetführung nicht vorausgesehene Konsequenz der von ihr, im Interesse völkerrechtlicher Sanktionen des territorialen und machtmäßigen status quo (vor allem in Europa) nachhaltig forcierten Helsinkier Konferenz und deren Schlußakte. Die Berufung auf die hier von der UdSSR und den anderen Unterzeichnerstaaten anerkannten Grundsätze von Menschen- und Bürgerrechten kann von den sowjetischen Machtträgern, nicht zuletzt infolge ihres Bestrebens, mit den maßgeblichen kapitalistischen Staaten zu ökonomischen, wissenschaftlich-technischen und abrüstungsmäßigen Vereinbarungen zu gelangen, nicht absolut negiert und unterbunden werden. Insoweit sind – im historischen Vergleich übrigens kein überraschendes Phänomen – die verstärkten Artikulationsformen staatssozialistischer Systemopposition nicht Folge generell wachsender Repression, wie die westliche Presse zuweilen suggeriert, sondern eher, zwar nicht förmlich gewährleisteter, in beschränktem Maße aber faktisch zugestandener Möglichkeiten, kritische Positionen zum Ausdruck zu bringen.

Was nun die hohe Publizität sowohl der sich in den staatssozialistischen Ländern entwickelnden oppositionellen Ansätze, der repressiven Reaktionsformen der Führungen, sowie der Aktivitäten der abgeschobenen oder freiwillig emigrierten ‚Systemkritiker' im Westen angeht, so sollte sich in ‚links' der Hinweis auf den Kontrast zum Verschweigen oder zur Verharmlosung politischer Unterdrückung, wirtschaftlicher Verelendung, offenen Massenterrors und der Anwendung von Foltermethoden, die – das muß auch einmal gesagt werden – in der Sowjetunion heute nicht angewandt werden (siehe z. B. amnesty international: Politische Gefangene in der UdSSR) z. B. im Iran, in der Türkei, in Indonesien und in fast allen lateinamerikanischen Ländern durch unsere Massenmedien erübrigen. Diese Praxis gezielt selektiver Information und einseitiger Wertung ist durchgängig und überrascht nicht; es sollte jedoch darüber hinaus nicht verkannt werden, daß in der Phase der schärfsten ökonomischen Krise der kapitalistischen Welt nach dem 2. Weltkrieg mit ihren breiten und tiefreichenden sozialen Auswirkungen die Ablenkungsfunktion jener Meinungsmanipulationen eine besondere Bedeutung erhält.



dpa

Glucksmann bringt uns nicht weiter

Mit dem Abdruck eines Artikels aus dem "Langen Marsch" von Manfred Scharrer in der Januar-Ausgabe hat "links", so im Untertitel zum Ausdruck gebracht, die 1973/74 geführte Diskussion über die Sowjetgesellschaft wieder aufgenommen. Bei Scharrers Artikel handelt es sich um eine – mit Ausnahme einiger Schlußbemerkungen – positive Besprechung des Buches "Köchin und Menschenfresser. Über die Beziehung zwischen Staat, Marxismus und Konzentrationslager" von André Glucksmann (Wagenbach, Politik 67, Berlin 1976). Das hätte im redaktionellen Vorspann vermerkt werden sollen, denn der Leser, der das Buch nicht kennt, kann nicht unterscheiden, wo Scharrer Glucksmann referiert und wo er selbst argumentiert.

Es soll hier nicht im einzelnen auf Glucksmanns Buch eingegangen werden (siehe die Besprechung 'Ein Koch, der den Brei verdirbt' von Lothar Baier in der FRANKFURTER RUNDSCHAU vom 30.10. 1976). Sein Thema ist die stalinistische – mit Glucksmann müßte man verallgemeinern: die sowjetische – Gewaltherrschaft. Sie wird – häufig durch Zitierung Solschenizyns und anderer sowjetoppositioneller Autoren – schlaglichtartig dargestellt; vor allem eine das Stalinsche Unterdrükkungssystem kennzeichnende Institution: die Arbeitslager. Darüber hinaus sucht Glucksmann nach einer Erklärung und glaubt sie zu finden in der Prädominanz einer auf die II. Internationale zurückgehenden Version des Marxismus, die nicht konsequent anti-etatistisch ist, sondern eine zentrale gesellschaftliche Machtorganisation in einer Übergangsphase zum "Verein freier Menschen" für erforderlich hält und legitimiert. Dieser Erklärungsansatz der bürokratisch-etatistischen und gewaltherrschaftlichen Deformation des Sowjetsystems ist idealistisch: die schlechte Realität soll falschem Denken geschuldet sein. Die materiellen Bedingungen der gesellschaftlich-politischen Entwicklung des bolschewistischen Staates bleiben dabei ebenso außer Betracht, wie z. B. die fraktionellen Kontroversen über die Strategie des sozialistischen Aufbaus der Sowjetunion in den zwanziger Jahren, für die Glucksmann allenfalls einige sarkastische Nebenbemerkungen erübrigt, handelte es sich ja nach seinem Verständnis um intellektualistische Gedankenakrobatik innerhalb jenes marxistischen Denkens, das mit Notwendigkeit den Archipel GULAG hervorbrachte. Damit fällt Glucksmann weit hinter Erklärungsansätze der Deformationen der Sowjetgesellschaft zurück, die ungeachtet ihrer Schwächen im einzelnen und Differenzen untereinander, z. B. von Trotzki über Deutscher zu Merleau-Ponty, Carlo, Bettelheim bis Medwedew und Elleinstein reichen. Das gilt auch für den Scharrer-Artikel, der nicht nur der Intention, sondern auch dem methodischen Ansatz und der Argumentationsrichtung nach, nicht an die 1973/74 in "links" geführte Diskussion anschließt.

Es sei zunächst klargestellt: der von Glucksmann/Scharrer mit hohem emotionalen Engagement vertretenen Forderung, eine moralisch begründete Position auf der Seite der Opfer des stalinistischen Terrors einzunehmen und auch die Herrschaftsformen der Sowjetgesellschaft der Gegenwart einer konsequenten Kritik zu unterziehen, stimme ich zu. Nur wird diese Kritik eben nicht schon mit moralischer Empörung geleistet, wie berechtigt diese immer sei. Für Marxisten ist die Forderung nach einer materialistisch angeleiteten Analyse ebenso unverzichtbar. In dieser Hinsicht steht die Glucksmannsche Position, die Scharrer zu der These komprimiert: "Die Stalinschen KZs sind der Schlüssel zum Verständnis der Sowjetunion" allerdings auf dem Kopf. Auf die Füße gestellt, müßte die These etwa lauten: die Summe der historischen Überlieferungen und der ökonomisch-gesellschaftlichen Verhältnisse Sowjetrußlands am Ende des Bürgerkrieges 1920 sind zusammen mit der außenpolitischen Lage, dem Ausbleiben proletarischer Revolutionen im Westen, mit bestimmten Eigenheiten bolschewistischer Marxismus-Rezeption und mit spezifischer Konstellationen des subjektiven Faktors der gesellschaftlichen Entwicklung der Schlüssel zum Verständnis der bürokratischen und gewaltherrschaft-

THEMA:
Männeremanzipation
Männersexualität

144 Seiten DM 10.

az - die andere Zeitung
Alexanderstraße 49
6 Frankfurt/Main 90

Absender:
Name:.....
Str.....
Wohnort.....

Datum.....
Unterschrift.....

Willi Münzenberg
Buchversand GmbH

2900 Oldenburg · Bergstr. 1

– Neuer Buchversand in der Provinz –

Zur Biermann – Diskussion

Jürgen Fuchs: Gedächtnisprotokolle
Mit Liedern von Gerulf Pannach u. einem Vorwort von Wolf Biermann.
Rowohlt Verlag, 118 S., kart., 4,80

++++

Über Wolf Biermann. Herausgegeben von Andreas W. Mytzke. Verlag europäische ideen, 166 S., kart., 10,–
Das Buch dokumentiert Pressestimmen zur Ausbürgerung Biermanns.

++++

Wolf Biermann-Liedermacher und Sozialist. Herausgegeben von Thomas Rothschild.
Rowohlt Verlag, 252 S., kart., 5,80
Will man Biermanns Lieder und Gedichte richtig verstehen, so muß man sich auch mit seiner Kritik am DDR-Sozialismus auseinandersetzen, einer Kritik, die keinen Zweifel läßt an seinem unveränderlichen Bekenntnis "für den besseren deutschen Staat". So ist dieser Band mit Aufsätzen verschiedener Autoren und ihrer verschiedenen Sichtweisen eine kritische und solidarische Würdigung des Liedermachers und des Sozialisten.

neu+neu+neu++++++neu+neu+neu

Wolf Biermann: Nachlaß 1. Noten, Schriften, Beispiele. Verlag Kiepenheuer & Witsch, 480 S., Ln., 28,–
Nachlaß 1 stellt eine vollständige chronologische Sammlung aller bisher erschienenen Bücher von Biermann dar. Im Vorwort äußert Biermann sich zu der Frage, weshalb er seine Werke unter dem Stichwort Nachlaß zusammenfaßt.
neu+neu+neu+++++++neu+neu+neu

Wolf Biermann: Ich bin ein staatlich anerkannter Staatsfeind. Aufsätze, Gespräche, Interviews. Verlag Kiepenheuer&Witsch, 250 S., Br., 19,80.
Diese Texte belegen Biermanns ständige leidenschaftliche Auseinandersetzung mit den aktuellen und langfristigen Problemen von Gesellschaft, Politik und Ideologie.

Bitte fordern Sie unser BUCH – INFO 1 zur Repression in der DDR an!! (Rückporto bitte beilegen.)

lichen Deformationen des Sowjetsystems. Zugestanden: diese Formulierung ist weniger handlich als die Scharrers. Dafür ist sie richtiger. Ich betone das deshalb: Glucksmann/Scharrer kritisieren die Abstraktheit linksintellektueller Analysen der Sowjetgesellschaft. Sie sehen darin eine Flucht in die Theorie, in formale Kategorien und ein Ausweichen vor eindeutiger moralisch-politischer Parteinahme an der Seite der Beherrschten, vor der klaren Benennung der konkreten Realität der Herrschaftsverhältnisse. Meines Erachtens spielen jedoch, verzichte ich auf Spekulationen über das Unbewußte, bei den Angesprochenen derartige politisch-intellektuelle Blockierungen keine Rolle. Die teilweise zu Recht kritisierte, weil gelegentlich überzogene Abstraktheit jener Analysen, ist eine Konsequenz materialistischen Theorieverständnisses: der Gegenstand – hier die Sowjetgesellschaft – soll eben nicht nur in den vielfältigen konkreten Erscheinungsformen, sondern in der sozioökonomischen Kernstruktur, den Produktionsverhältnissen, erfaßt werden. Und es geht nicht nur um deren vergangenen und gegenwärtigen Zustand, sondern um das Erkennen gesellschaftlicher Entwicklungstendenzen, die den Funktionsgesetzen des Systems der materiellen Produktion und Reproduktion entspringen.
Daß eine entsprechende Analyse der Sowjetgesellschaft bereits geleistet ist, kann nicht behauptet werden. Dem stehen z. B. noch ungelöste methodologische Fragen entgegen. So analysieren manche marxistische Untersuchungen die Sowjetgesellschaft mit der Methode und den Kategorien der Marxschen Kritik der politischen Ökonomie des Kapitalismus und der materialistischen Gesellschaftstheorie, wie sie Marx beim Studium der bürgerlichen Gesellschaft entwickelte. Dabei wird nicht zureichend berücksichtigt, daß für Marx gesellschaftlich-historische Bewegungsgesetze der *je spezifischen* Struktur und Funktionsweise des Systems der materiellen Produktion, der Verteilung und des Austauschs entspringen, und daß universale, für alle Gesellschaftsformationen gültige Strukturregeln und Entwicklungsgesetzmäßigkeiten von geringer Aussagekraft für die Erhellung konkreter Gesellschaften sind. Es ist deshalb fraglich, ob die gleichen Methoden, die für die Analyse von Gesellschaften, in denen die Produktions- und Akkumulationsbedingungen von Privatkapital den gesellschaftlichen Prozeß prägen und steuern, anwendbar sind auf Produktionsverhältnisse, in denen eine direkte – wenn auch durchaus minoritär machtförmige – Verfügung über Produktionsmittel und -ergebnisse erfolgt. Diese wiederum reichlich theoretische These sei hier nur als Beispiel ungelöster Fragen der Analyse von Gesellschaften sowjetischen Typs angeführt.
Glucksmanns Buch erfüllt, lassen wir den Anspruch materialistischer Gesellschaftsanalyse beiseite, nicht einmal die Bedingungen einer auf Erfassung der Totalität empirischer Erscheinungen und Strukturen ausgerichteten Untersuchung. Allerdings trifft dieses Urteil Glucksmann kaum: er will gar nicht analysieren: "...dieser Intellektuelle der Neuen Linken pfeift plötzlich auf alle Ansprüche theoretischer Art. Im Angesicht der Lager verschlägt es ihm die Sprache, das heißt die Sprache, die Instrument und Ausdruck theoretischer Anstrengung ist." (Baier, aaO.)

Zum Verständnis der Sowjetgesellschaft heute

Massenterror war konstitutives Merkmal des stalinistischen Herrschaftssystems und noch heute, nach einer "Entstalinisierung", die diese Bezeichnung nicht verdient, spielen breit gefächerte und vielfältig abgestufte Repressionsmethoden eine wichtige Rolle für die Bewahrung der Machtstruktur der Sowjetgesellschaft. Glucksmann/Scharrer sehen jedoch ausschließlich die gewaltförmigen Faktoren des Fortbestands der Sowjetgesellschaft und versperren sich damit den Blick stärker als die immerhin nicht selten materialreiche Untersuchungen hervorbringende bürgerliche "Sowjetologie". Wenn man wie Scharrer behauptet, das sowjetische Herrschaftssystem stelle "die gesellschaftlichen Beziehungen der Arbeiter überwiegend terroristisch, d. h. mit Polizeigewalt" her, findet man nicht einmal Zugang zu den wesentlichen Fragen, die sich heute für die Erkenntnis der Sowjetgesellschaft stellen. Zu ihnen gehört gerade die nach den nicht gewaltförmigen Mechanismen der Gewährleistung von Massenloyalität.

edition etcetera

ADNAN AMAD
WALTER HOLLSTEIN
ELI LOBEL
MAXIME RODINSON
U.A.

NAHOSTKRISE
STRUKTUREN · PROBLEME · LÖSUNGEN

edition etcetera

BASSEM SIRHAN
DIE GENERATION DER BEFREIUNG
PALÄSTINENSISCHE KINDER

edition etcetera

POSTFACH 572
CH-4001 BASEL

Selbst in der terroristischsten Phase des Stalinismus wurde die Repression der Arbeiterklasse wie der anderen Schichten der Sowjetgesellschaft ergänzt durch ein differenziertes System materieller und ideeller Gratifikationen. Ein Merkmal der veränderten Formen der Machtausübung nach 1955/56, für die die Bezeichnung ‚Entstalinisierung' allerdings euphemistisch ist, ist eine im ganzen fortschreitende Schwergewichtsverlagerung von den gewaltförmigen zu interessenmanipulativen Formen der Herrschaftssicherung. Gerade wer wie Glucksmann/Scharrer so nachdrücklich Mitgefühl für die Opfer des stalinistischen Terrors postuliert, wird diese Entwicklung positiv werten müssen, selbst wenn sie keine gesellschaftlich neue Qualität anzeigt. Sie stellt in der Tat nicht, wie anfangs von der Linken im Westen erhofft, eine sichtbare Tendenz in Richtung der Herausbildung sozialistischer gesellschaftlicher Beziehungen dar. Die ‚politische Expropriation der Arbeiter' (Trotzki) bleibt bestehen, als Kompensation werden verstärkt Formen materieller Entschädigungen eingeführt und die Perspektive auf deren allmähliche Erweiterung eröffnet. Die für diese Tendenzen mancherseits benutzte Kennzeichnung ‚Liberalisierung' ist in historischer Analogie und inhaltlicher Bedeutung nicht so falsch: gesellschaftliche Herrschaftsverhältnisse werden aufrecht erhalten, die Formen ihrer Sicherung jedoch ve

Junggenossen beim Eintritt in die Parteischule

lagert von direkter Repression auf Methoden, die auf Internationalisierung der Herrschaftsbeziehungen abzielen.

Das Ergebnis dieser Entwicklung ist ein Gesellschaftssystem eigener Art. Dazu müssen doch noch einige kategoriale und analytische Anmerkungen eingeschaltet werden: In der in "links" 1973/74 geführten Diskussion bestand, wie in der Neuen Linken überwiegend, Einigkeit darüber, daß die sowjetischen Produktionsverhältnisse der Gegenwart weder kapitalistische noch sozialistische sind. Da aber, abgesehen von historischen Gesellschaftsformationen, in der Tradition marxistischer Gesellschaftstheorie kein Platz für moderne Produktionsverhältnisse ist, die weder dem einem noch dem anderen Typus zugehören, steht eine materialistische Analyse des sowjetischen Gesellschaftssystems vorab schon vor terminologischen Fragen. Deren Lösung durch Hilfskonstruktionen wie "staatskapitalistisch", "bürokratisch", "staatssozialistisch" bleibt unbefriedigend (obgleich sich für die letztgenannte Kennzeichnung, die ich verlegenheitshalber selbst benutze, einige plausible Argumente finden). Das gilt auch für den Begriff "Übergangsgesellschaft", der entweder tautologisch ist, weil sich jede Gesellschaft im Übergang befindet, oder der eine bestimmte Entwicklungsrichtung suggeriert, die erst nachzuweisen wäre. Was vor allem fehlt, ist die empirische Durchdringung der sozialen Realität, soll unser Verständnis der Sowjetgesellschaft weniger durch kategoriale Etikettierung und fragwürdige Subsumtionen und mehr durch Kenntnis der realen und konkreten Gestaltungen der gesellschaftlichen Prozesse geprägt werden.

Zu den Widersprüchen der Sowjetgesellschaft heute

Anzunehmen, die Artikulation und die Unterdrükkung oppositioneller politischer Standpunkte vorwiegend intellektueller "Einzelkämpfer" in der SU drücke heute einen Hauptwiderspruch dieser Gesellschaft aus, heißt m. E., zumindest partiell der bürgerlichen Sichtweise aufzusitzen. Ob die sich mutiger und nachdrücklicher zu Worte meldende Opposition auf der Ebene der staatlich-politischen Machtbeziehungen vorantreibend oder regressiv wirkt, bleibt abzuwarten; Masseneinfluß wird sie auf absehbare Zeit hin nicht gewinnen. Das ist vor allem Konsequenz der weitgehenden Entpolitisierung der Sowjetbürger, die bis heute hin im Westen auch von der Linken verkannt wird.

In der Breite der sowjetischen Gesellschaft wird jedoch ein anderer Widerspruch, der wirklich zentral ist, an Wirksamkeit gewinnen: der zwischen der sozialen Verfassung und der institutionalisierten Funktionsweise des ökonomischen Systems und der Fixierung der Führung auf kapitalistische Formen und Inhalte der Produktivkraftentwicklung. Letzteres hat nicht nur die Übernahme von Produktionsmitteln und -technologien zur Folge, die ihrer kapitalistischen Funktionsbestimmung, zur Steigerung von relativem Mehrwert beizutragen, entsprechen, die Adaption erstreckt sich darüber hinaus auf Formen und Gegenstände der Konsumtion. Der Preis der politisch-gesellschaftlichen Entrechtung der Massen ist die kompensatorische Geltendmachung wachsender ökonomischer Ansprüche, die notwendigerweise ausgerichtet sind auf das Beispiel kapitalistischen Massenkonsums. Die Befriedung der entsprechenden Erwartungen überfordert jedoch die quantitative und qualitative Leistungsfähigkeit des sowjetischen Wirtschaftssystems, das auch den übrigen Anforderungen, etwa an die eigenständige Entwicklung rationeller Produktionstechnologien und Arbeitsmittel, augenscheinlich nicht gerecht zu werden vermag.

Diese Feststellung schließt jedoch nicht die Behauptung der Notwendigkeit nahe bevorstehenden katastrophischen Aufbrechens dieses Widerspruchs ein. Sowohl wirtschaftlich wie politisch verfügt das sowjetische System ohne Zweifel noch eine Zeitlang über die Fähigkeit, die Folgen des bezeichneten Widerspruchs innerhalb der bestehenden Strukturen zu pazifizieren. Gelingt dies jedoch nicht mehr, muß eine Lösung gesucht werden, die erstens in Richtung der Umgestaltung

Anzeige

Der metzger

ALTERNATIV-ZEITSCHRIFT
herausgegeben (seit 1968)
von Helmut Loeven

"...ist auch nicht mehr das, was er mal war..."(ein Leser)

"...möchten Sie meiner minderjährigen Tochter bitte nicht mehr zusenden, anderenfalls ich mich gezwungen sehe..." (ein Vater)

"...gefährdet die Sicherheit und Ordnung in der Justizvollzugsanstalt..."(ein Richter)

WAS SOLL'S?
Ein PROBEEXEMPLAR erhalten Sie für 1,50 DM, die NEUESTE AUSHABE für 2 DM (in Briefmarken) bei:

Helmut Loeven
Finkenstraße 56
4100 Duisburg 1

kleinanzeigen

(4/0) **Rotaprint-Offsetmaschine,** Druckformat DIN A 4, Baujahr 1972 für DM 2.500.-- zu verkaufen. Offizin-Druckerei GmbH, 3 Hannover 1, Stiftstr. 1, Tel. 0511/17622

(4/1) **Neue Stadtblätter: a) Delmenhorster Rundschau** Bezug: Rundschauverlag, Orthstr. 8, 287 Delmenhorst; **b) Dortmunder Volksblatt** Bezug: Osternärschstr. 3 (Laden), 46 Dortmund 1; **c) Der Maulwurf** – Zeitung für Hochheim, Bezug: Unabhängiges Forum c/o Michael Prantl, Burgeffstr. 17, 6203 Hochheim; **d) Stadtzeitung Saarbrücken** Bezug: Jens Jacobi, Postfach 176, 66 Saarbrücken

(4/2) **Neue Jugendzentrumszeitungen: a) Komm-Zeitung** – Jugendeigene Zeitung des Kommunikationszentrums Nürnberg, Königstr. 93; **b) Schnürschuh-Zeitung** – Jugendeigene Zeitung des Zentrums Fedelhören 43, 28 Bremen

(4/3) **Heim- und Erzieherzeitschrift** bringt monatlich Informationen und Berichte aus der Heimpraxis, dem Gewerkschaftsbereich. Bezug: HEZ, Urbanstr. 126, 1 Berlin 61

(4/4) **Knipperdolling – Sondernummer über Jugendpolitik und -arbeit in Münster.** Eine Dokumentation über institutionelle und organisatorische Grundlagen, Erfahrungsberichte und Ergebnisse aus einzelnen Einrichtungen und Veranstaltungen, sowie Organisierungsversuche usw. Gegen Voreinsendung von DM 1,50 + Porto zu beziehen über: Dieter Schnack, Schillerstr. 74a, 44 Münster

(4/5) **ESG-Nachrichten** Nr. 89 enthält Berichte aus den Studentengemeinden – Acht Fragen von Helmut Gollwitzer an die ESG – Acht Fragen an Helmut Gollwitzer – ESG Hochschulkongreß etc. Bezug: ESG-Geschäftsstelle, Kniebisstr. 29, 7 Stuttgart 1

(4/6) **Bücher aus der Praxis für die Praxis** insbes. Bücher zu Wohngemeinschaftsproblemen, Alternativprojekten, Antimilitarismus etc.; Katalog anfordern: Direkt-Verlag, Bremerstr. 11, 6236 Eschborn

(4/7) **Göttinger Betriebs-Express;** alle bisherigen Ausgaben (1-25) in einer Sammelmappe für DM 10.--. Gegen Voreinsendung in Briefmarken über GBE c/o Buchladen, Rote Str. 10, 34 Göttingen

(4/8) **Alternativen zur Rechtspresse** – eine Dokumentation über Zeitschriften (von der Schülerzeitschrift bis zur Betriebszeitung); Gegen Voreinsendung von DM 5,90 zu beziehen über G. Kunz, Jägerweg 5, 7517 Waldbronn 1

(4/9) **Spiegel Jahrgang 1962 -1972** vollständig gegen eine Spende von DM 150.-- an den Rotarbeitsfonds des SB abzugeben. Karsten Ringel, Danzigerstr. 3, 2857 Imsum

(4/10) **Deutschland! Deutschland!** – 12 Karten (Bild-Wortmontagen von Christian Schaffernicht). Gegen Voreinsendung von DM 5.-- zu beziehen über Wohltat'sche Buchhandlung, Rheinstr. 11, 1 Berlin 41

(4/11) **Anti-AKW-Postkarte** (Motiv: Kuh mit Gasmaske und der Aufschrift "Dr. Stoltenbergs-Marsch-Milchschokolade von strahlenden Kühen"); Stck. -,40 DM/bei Abnahme von 30 Stck./DM 9,-- + DM 1,70 Porto, zu beziehen über: Basisgruppe Oberstufenkolleg c/o Hartmut Ciesla, Wertherstr. 432, 48 Bielefeld 1. Der Erlös geht an die BUU

(4/12) **Geschichte der Pop-Musik** Bd. 1 von Kuhnke/Miller/Schulze, erste materialistische Darstellung, 472 S./DM 22,50 und Revolutionäre Musik in der VR China – eine Bibliographie deutschsprachiger Schriften, 538 Titel/64 S./DM 7.--; Bezug: Archiv für Populäre Musik, Ostertorsteinweg 3, 28 Bremen 1

(4/13) **Theorie und Praxis des politischen Lieds** – Ansätze zu einer produktionsorientierten Didaktik. Auszuleihen bzw. zu erwerben (DM 35.--) bei C. Haas, Charlottenstr. 82, 741 Reutlingen Tel. 07121/42106

(4/14) **Militär, Rüstung, Krieg und Ökologie** – Sonderheft der ami-Information enthält Beiträge zum gemeinsamen Kampf von Militärgegnern und Ökologiebewegung u. a. von Theodor Ebert, Reiner Steinweg, Roland Vogt, 50 S./DM 2,60. Bezug: B. Grünling, Nördl. Auffahrtsallee 20, 8 München 19

(4/15) Blätter des IZ3W enthält als Schwerpunktthema **"Dritte Welt Handel und Aktionen"** und Beiträge zur Ausländerpolitik des KBW, Atomgeschäft mit Brasilien u. a.; 50 S./DM 2,50, IZ3W, Postfach 5328, 78 Freiburg

(4/16) **Chile-Solidarität** – Kalender 1977 mit alten und neuen Bildern des südamerikanischen Widerstandes (12 S.); Bezug: Voreinsendung von DM 7.-- über MAPU/BRD c/o Enrique Hamel, Jahnstr. 19, 6 Frankfurt

STELLENANGEBOTE/STELLENSUCHE

(4/17) Evangelische Studentengemeinde Kiel sucht zum Winter-Semester 77/78 **Studentenpfarrer.** ESG Kiel, Westring 385

(4/18) **Grundschullehrer(in)** für Eingangsstufenversuch mit sozialpädagogischer Qualifikation und Praxis gesucht. Anfragen: Prof. Arnulf Hopf, Universität Oldenburg, Ammerländer Heerstr. 67-69, 29 Oldenburg

(4/19) **Ärzte** (Allgemeinmed., Kinder- und Gyn.) und **Krankengymnastin** für Projekt "Gruppenpraxis" in Bielefeld gesucht. Karin Hoffmann, Ravensbergerstr. 47, 48 Bielefeld 1

(4/20) Selbstverwaltetes Jugendzentrum in Neunkirchen/Saarland sucht **2 Sozialarbeiter/Sozialpädagogen** zum 1. April oder später. Kontakt über Michael Burkert, Wilhelmstr. 4, 668 Neunkirchen/Saar

(4/21) **2 Sozialpädagoginnen** suchen Möglichkeit zur Kindergruppenarbeit in Obdachlosensiedlung oder Arbeiterviertel. Teamarbeit erwünscht. Renate Drechsel, Webergasse 2, 8833 Eichstätt

ARBEITS-/WOHN- UND FREIZEITKONTAKTE

(4/23) Wer hat Interesse, mit mir (23 J., m., Sozialarbeiterstudent) in Gelsenkirchen eine **Wohngemeinschaft** aufzubauen. Willi Lemmert, Saatbruchstr. 5, 43 Essen 13

(4/24) Suche Anschluß an **Wohngemeinschaft** im Großraum Bremen. Wolfgang Kapp, Bardowickstr. 185, 28 Bremen 41

(4/25) **Zentral-Film-Verleih** sucht Kontakte zu arbeitenden Gruppen zur Verbesserung der Informationsarbeit und der Organisierung von Gegenöffentlichkeit. ZFV, Karl-Muck-Platz 9, 2 Hamburg 36

(4/26) Nichtraucher kann bei mir in der Heide seinen **Urlaub** ruhig verleben. Privat, kein Heim. Alvary Grewe, 211 Buchholz 7, Hubertusweg 21

(4/27) **Theater im Jugendzentrum** – UJZ Glockseestr. 35, 3 Hannover 1 plant im Mai und Juni eine Theaterveranstaltungsreihe, an der sich möglichst viele Gruppen (Kinder- u. Jugendgruppen und politisches Theater) beteiligen sollen.

MATERIALIEN GESUCHT

■ Wer kann mir "Psychologie Heute" Okt. 75/Juli 75/April 75 ausleihen? Leonardo Grundhöffer, Isenburg 15, 54 Koblenz 1

■ Thema: Selbstorganisierte Wohn- und Arbeitsmöglichkeiten – theoretische Einschätzungen und praktische Beispiele kollektiver Lebensformen. Kosten werden erstattet. Hans Haug, Reichenseckerstr. 39, 741 Reutlingen 17

■ Thema: Landkommunenbewegung in den USA und BRD, Andreas Wojak, Reuterstr. 43/44, 1 Berlin 44 und Axel Deprins, Alteburgstr. 13, 741 Reutlingen

■ Gruppe arbeitsloser Volkswirte sucht Materialien zum Thema "Akademikerarbeitslosigkeit" und Kontakt mit anderen Gruppen arbeitsloser Hochschulabsolventen. Roland Arnold, U 6, 9, 68 Mannheim

■ "Auswirkungen der Jugendarbeitslosigkeit auf Jugendliche in FE/FEH" – Wer arbeitet im Raum Erlangen/Nürnberg an/in einem ähnlichen Projekt? Petra Rückert, Marloffsteinerstr. 19, 8521 Uttenreuth

■ Thema: "Jungendwohnkollektive in der Fürsorgeerziehung", Christine Staffler, Reisenbergerstr. 18, A 5020 Salzburg/Österreich

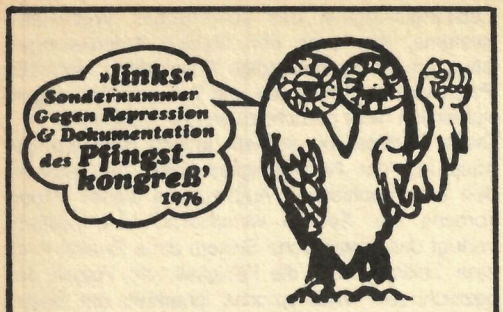
■ Thema: "Situation der Erzieher in Kinder- und Jugendheimen" Manfred Sälter, Erlenweg 4, 4531 Lotte

TERMINE

■ 29.4. - 1.5. Medienseminar, AG SPAK, Elsässerstr. 9, 8 München 40

■ 29.4. - 1.5. Regionaltagung "Jugendwohnkollektive" (Nord)
6.5. - 8.5. Regionaltagung "Jugendwohnkollektive" (Süd)
Informationen: Elisabeth Glücks, Flaesheimerstr. 10, 4358 Haltern

■ 16.4. - 17.4. Sozialpolitisches Treffen für Gruppen im Raum Heidelberg, Kontakt: AG SPAK c/o Pinocchio, Plöck 71, 69 Heidelberg



★★★★★★★★★★★★★★★★★★

Mit dieser "links"-Sondernummer wird der Pfingstkongreß 1976 gegen politische Unterdrückung und ökonomische Ausbeutung dokumentiert und sollen die Antirepressionsarbeit des Sozialistischen Büros und die mit dem Pfingstkongreß mobilisierte sozialistische Linke in der BRD neue Impulse erhalten. Folgende Themenbereiche werden in den Beiträgen dieser "links"-Sondernummer behandelt und mit Materialien vom Pfingstkongreß dokumentiert: Im ersten Teil wird eine Einschätzung gegeben und werden Vorschläge zur Fortführung der Antirepressionskampagne gemacht. Vor allem die Konzeption zur Rotarbeit und des Solidaritätsfonds sind weiterführende praktische Konsequenzen. Im zweiten Abschnitt sind fast vollständig die Redebeiträge dokumentiert, die auf den zentralen Veranstaltungen des Kongresses gehalten wurden. An dritter Stelle sind Referate, Auszüge von Diskussionsbeiträgen und Protokollen sowie analytische Beiträge aus den zahlreichen Arbeitsgruppen, die am Pfingstsonntag stattfanden, dokumentiert. Im letzten Teil sind Beiträge versammelt, die teils von Ansätzen und Aktionen berichten, die sich in der Kontinuität der Antirepressionspolitik verstehen, teils aktuelle Kommentare zur Repressionsproblematik darstellen. Um auch die Stimmung des Pfingstkongresses zu vermitteln, wurden zahlreiche Bilder, Gedichte, Lieder in die Sondernummer aufgenommen. Die "links"-Sondernummer enthält 104 Seiten und kostet 5 Mark. Bezug gegen Vorauszahlung: Verlag 2000 GmbH + Sozialistisches Büro, Postfach 591, 6050 Offenbach 4.

★

★★★★★★★★★★★★★★★★★★

des ökonomischen Systems im Sinne besserer funktionsmäßiger Gewährleistung der kapitalistisch vorgegebenen Produktionsziele liegen kann. Erst dann setzte ein Prozeß ein, den die chinesische Polemik und die ihr folgenden minoritären Gruppierungen im Westen für bereits abgeschlossen halten: die Herstellung (vermutlich staats-)kapitalistischer Produktionsverhältnisse. Die Alternative dazu liegt zweitens in der (sicher eher prozessualen als schlagartigen) Rücknahme der "politischen Expropriation"; positiv formuliert: in der Einräumung realer politischer und gesellschaftlicher Teilhaberechte für alle Werktätigen bei gleichzeitiger Umorientierung der gesellschaftlichen Produktionsziele und entsprechender Veränderung der gesellschaftlichen Beziehungen im Prozeß der materiellen Produktion. Die auf Lenin zurückgehende Annahme, kapitalistische Produktionskraftentwicklung sei mit sozialistischen Gestaltungsformen der Produktionsprozesse zu vereinbaren oder könne doch immerhin die materiellen Vorbedingungen für diese schaffen, wird von der realen sozioökonomischen Entwicklung als Irrtum erwiesen.

Es ging hier nur noch einmal darum, gegen Glucksmann und Scharrer gerichtet zu verdeutlichen, welche sozioökonomischen Grundbedingungen ein Verständnis der Sowjetgesellschaft heute eröffnen, das zwar die latent stets verbliebenen und punktuell immer wieder aktivierten Formen unmittelbarer Gewaltförmigkeit der Beziehungen zwischen Führung und Massen nicht negiert, aber eben auch nicht verabsolutiert.

Zu den Kräften der Veränderung

Die beiden letzten hier vermerkten Aspekte sollten konkreter und differenzierter entwickelt werden. Da das der verfügbare Raum nicht zuläßt, muß es bei Andeutungen bleiben, die auch nur als solche zu verstehen sind.

Welches sind die Kräfte der sowjetischen Gesellschaft, die eine Entwicklung in die zuletzt skizzierte Richtung vorantreiben könnten? Wir können zunächst nur eine negative Vermutung aussprechen, nämlich daß es die gegenwärtig im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit stehenden "Systemkritiker" nicht sind. Die russischen politisch-ideologischen Traditionen, die gewaltsame Unterdrückung alles lebendigen politischen Lebens in den zwanziger und dreißiger Jahren, der anschließende Prozeß breitester Entpolitisierung erklären, weshalb es sich hier ganz überwiegend um eine nicht sozialistische Opposition handelt. Über deren positive Funktion in der Sowjetgesellschaft von heute sind u. a. von Dutschke und von U. Schmiederer in "links" zutreffende Aspekte angesprochen worden. Wir haben einmal jenen Frauen und Männern Respekt zu zollen, die unter den ja noch immer rigiden repressiven Bedingungen sowjetischer Machtverhältnisse offen abweichende Positionen unter Einsatz ihrer bürgerlichen und physischen Existenz bekunden. Und man kann darüber hinaus dafürhalten, daß alle Formen republikanischen Engagements, die die Herrschaftsträger verunsichern, angesichts der verfestigten Machtbeziehungen, der sterilen Uniformität des öffentlichen Lebens, zu begrüßen sind. Aber das ist nur ein Aspekt. Ein anderer ist die politisch-ideologische Orientierung der sowjetischen Opposition. Und diese ist offensichtlich überwiegend im genuinen Begriffssinn reaktionär, fixiert an Traditionen russischer Religiosität, der slawophilen, teils volkstümlerischen, Bewegungen. Für die Herausbildung derartiger Strömungen in Anbetracht der Verhältnisse Verständnis zu finden, ist etwas anderes als sie zu begrüßen und gleichsam für bündnisfähig zu halten. Im übrigen ist evident, daß die Entstehung solcher Tendenzen 60 Jahre nach der Oktoberrevolution das vernichtendste Urteil einer ihrem obrigkeitlichen Selbstverständnis nach realsozialistischen Gesellschaft bedeutet. Jedoch zugleich: die westliche Linke hegt vermutlich viel weniger Illusionen als z. B. Glucksmann und Scharrer unterstellen, über den sozialistischen Charakter der Sowjetgesellschaft, als über den ihrer Systemopposition. Um es deutlich zu sagen: für mich gibt es keine Gemeinsamkeit, und zwar auch nicht in der Kritik am heutigen Sowjetsystem, mit den Lobhudlern Pinochets und den Befürwortern und Herausforderern jeglicher antikommunistischer Gewaltmethoden; nicht nach, aber auch nicht vor ihrer erzwungenen oder freiwilligen Emigration aus der UdSSR.

Es widerspricht nicht der eindeutigen Einschätzung der Sowjetgesellschaft der Gegenwart als nichtsozialistischer, wenn in ihr selbst bestimmte vereinzelte und fragile, sich nicht schon zu einer Tendenz verdichtende, Einzelphänomene registriert werden, die zu Ansatzpunkten gesellschaftlichen Wandels in sozialistische Richtung werden können. Zu unterstellen, sie würden sich notwendig durchsetzen, halte ich für ebenso voreilig-illusorisch und platt-deterministisch, wie es uninformiert oder borniert ist, sie zu übersehen. So sind etwa in den Bereichen der Gesellschaftstheorie und der empirischen Sozialwissenschaften vereinzelt Arbeiten zu registrieren, die legitimationsideologisch untauglich sind. Oder die wenn auch nicht forcierte, so doch geduldete Sozialkritik in der Presse bezieht sich nicht selten auf Zustände, die nicht Rand-, sondern Kernphänomene gesellschaftlicher Fehlentwicklung ausdrücken. Auf ähnlich gerichtete Einzeltendenzen mehr zu verweisen, bleibt hier nicht der Raum. Sie sollten nicht überschätzt und nicht überinterpretiert werden. Sie zu negieren, wie Glucksmann und Scharrer, verschafft uns bestenfalls ein beruhigtes moralisches Gewissen, hilft uns aber nicht dabei, die Menschenfresser abzuschaffen und die staatlichen Funktionen den Köchinnen anzuvertrauen.

★

express
Zeitung für sozialistische Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit

"express"-Extrablatt zum 1. Mai

Beiträge zu: Arbeitslosigkeit und Rationalisierung + Jugendarbeitslosigkeit + Lohnabbau + Ausländer in der BRD + Soziale Demontage + Welchen Weg gehen die Gewerkschaften? + Kampf gegen Atomkraftwerke + Berufsverbote im Öffentlichen Dienst und im Betrieb + Gewerkschaftsausschlüsse + Unterdrückung von Frauen + Widerstand ist möglich. Das Extrablatt hat einen Umfang von 4 Seiten und sollte vor und am 1. Mai an Kollegen, Genossen und Interessierte vor Betrieben, Dienststellen, bei Mai-Feiern und Demonstrationen verteilt werden. Der Abgabepreis beträgt für 10 Ex. DM 2.--; 20 Ex. DM 3.--; 50 Ex. DM 5.--; 1000 Ex. DM 40.-- Lieferung erfolgt nur gegen Vorauszahlung (Briefmarken/Scheck oder Bargeld der Bestellung beilegen) durch Verlag 2000 GmbH, Postfach 591, 605 Offenbach 4. Das Extrablatt ist ab 18. April 1977 lieferbar und kann ab sofort bestellt werden.

diskussion

Italien – der diskrete Charme des Eurokommunismus?

Detlev Claussen/Heinrich Grün/David Wittenberg

Um die "fortgeschrittenen Klassenkämpfe in Italien" hat es in der bundesrepublikanischen Linken seit den späten sechziger Jahren eine Reihe von Mythen und Illusionen gegeben. Sie sollten dazu dienen, die Verhältnisse in der BRD durch das Vorspielen italienischer Melodien zum Tanzen zu bringen. Man lese daraufhin noch einmal das "Kursbuch" 26, "Politikon", "Wir wollen alles" – und auch "links". Allerorten die Aufforderung, "italienisch zu lernen", allerorten die Begeisterung für die italienische "Militanz der Basis" in der Arbeiterklasse und auch in anderen gesellschaftlichen Schichten. Unter Mythen und Illusionen verstehen wir: das Gerede von Italien als dem "schwächsten Glied in der Kette des Imperialismus", von einer "revolutionären Situation", in der "die objektiven Schwierigkeiten... und die subjektive Stärke der Arbeiterklasse... das Problem des Übergangs zum Sozialismus konkret" unmittelbar auf die Tagesordnung stellten (so Franz Kössler in "links" Nr. 59, Okt. 1974, S. 8). Und diese Mythologie ist keineswegs zu Ende. Das "Projekt Klassenanalyse" behauptete noch vor ein paar Monaten: "Italien ist heute das schwächste Glied in der kapitalistischen Metropole... Die oben können schon nicht mehr, was sie wollen, die unten wollen bald, was sie können" ("Beiträge zum wissenschaftlichen Sozialismus", Heft 3/1976, S. 106). Was kann mit diesen leninistisch gemeinten Versatzstücken anderes gemeint sein als: Italien befinde sich in einer "revolutionären Situation" im klassischen Sinn?

Und wie sich die bundesdeutsche Linke auf die "italienische Basis" bezog und bezieht, deren "Militanz" oft über die Unfähigkeit, hierzulande etwas in Bewegung zu bringen, hinwegtäuschen sollte und zugleich die ideologisierte Vorlage für arbeiterümelnde Vorstellungen abgab, so identifizierten sich die politischen Gruppen in der BRD mit den "Avantgarde"-Organisationen Italiens: ob Potere operaio, Lotta continua, Avanguardia operaia, PDUP/Manifesto – die Struktur dieses Internationalismus blieb dieselbe: Identifikation und Imitation, Ersatz für eigene konkrete Erfahrungen. Mehr als je zuvor stellten und stellen uns aber die sozialen Bewegungen in der BRD selber, tägliche Probleme in den Betrieben und in der Gewerkschaftsarbeit, in den Universitäten usw. vor eigene praktische Probleme.

In letzter Zeit nun scheint aufgrund der Krise, in die die Organisationen der radikalen Linken in Italien seit den Wahlen vom 20. Juni 1976 geraten sind, hierzulande ein neuer "Realismus" um sich zu greifen. Das heißt, das Identifikationsobjekt wird ausgetauscht, die Kommunistische Partei Italiens (PCI) nimmt zunehmend deren Stelle ein. Das alte Schema des Internationalismus der BRD-Linken bleibt dabei dasselbe mit anderem Objekt: bewegungslose BRD hier – "fortgeschrittene" und mythologisierte Klassenkämpfe dort. Die in der letzten Zeit Mode gewordene Begeisterung für den PCI oder gar den gesamten sogenannten "Eurokommunismus" behält diese Struktur von Internationalismus bei. Das "Kursbuch" glaubt, auf fahrende Züge aufspringen zu können; zahlreiche Genossen versichern abstrakt, in Italien wären sie KPI-Mitglied; Renate Genth und Elmar Altvater fordern jetzt einen "Prozeß der genaueren Einschätzung und der politisch gerechtfertigten Begründung unserer politischen Orientierung" ("links" Nr. 84, Jan. 1977, S. 11). Das ist etwas anderes als Wolf Biermanns aus der DDR-Realität gespeiste Hoffnung: "Die BRD braucht eine

dpa

KP, wie ich sie unter Italiens Sonne reifen seh'", denn diese Hoffnung verleiht einem Bedürfnis nach einer gesellschaftlichen Alternative in der BRD Ausdruck, die für die Parteiherrschaft *in der DDR* ein Stachel wäre. Für uns muß sich der Zusammenhang anders stellen, geht es doch darum, in den sozialen Bewegungen der BRD Fuß zu fassen. Da helfen Identifikationen mit einer KP wenig, die unter ganz anderen historisch-gesellschaftlichen Bedingungen zu dem geworden ist, was sie ist. Der Versuch, sich an den PCI oder gar den gesamten "Eurokommunismus" anzuhängen, will einen fiktiven europäischen Solidaritätszusammenhang demonstrieren. Diesen gilt es aber praktisch herzustellen. Es geht mithin im folgenden nicht allein um den "links"-Artikel von Genth/Altvater, sondern um die Faszination der bundesdeutschen Linken für den "Eurokommunismus", um eine *ideologische Form* des Internationalismus.

Wenn wir die Erfahrungen mit Chile und vor allem Portugal ernst nehmen, dann muß internationalistische Politik etwas anderes werden als die Bewunderung der Basisbewegung im Ausland, die Übernahme ihrer Parolen oder die Nachahmung von strategischen und organisatorischen Konzepten von "Bruder- oder Schwesterorganisationen". Internationalistische Politik beruht nicht auf der Übernahme bestimmter "*Standpunkte*", noch geht sie in Länderkunde auf, sondern bedeutet die Entwicklung konkreter Möglichkeiten der Zusammenarbeit, die von der Analyse des internationalen Zusammenhangs ebenso abhängig ist wie von der Erkenntnis der eigenen Interessen und ihrer praktischen Artikulation. Durch *Identifikation* (mit welcher italienischen "Position" auch immer) wird keines unserer Probleme gelöst; politisch ist es völlig unproduktiv, über Italien zu schreiben und in Wirklichkeit uns zu meinen, besonders dann, wenn man unter "uns" nur noch das SB als Organisation versteht. So sehr die Kenntnisnahme des PCI als einem für die gegenwärtigen europäischen Kräfteverhältnisse wichtigen Faktor zu begrüßen ist, durchbricht doch der Artikel von Renate Genth und Elmar Altvater "Das Beispiel Italien" ("links" Nr. 84, Jan. 1977) keineswegs den fatalen Zusammenhang von Identifikation und eigener Identitätslosigkeit, wie er angesichts der Portugal-Solidarität als *abstrakter Internationalismus* kritisiert worden ist ("links" Nr. 75, März 1976). Die theoretische Form entspricht dem politisch falschen Inhalt: statt Analyse der offenen Probleme "Einschätzung" vom "Standpunkt" einer Organisation aus, statt Kritik des alten Mythos Aufbau eines neuen: des "Eurokommunismus". In Italien wird aber nicht nur über Italien entschieden, sondern: wer die Polemik über "Eurokommunismus" in den westlichen kapitalistischen Ländern verfolgt, dem wird es klar sein: es geht um die Verschiebung zumindest der europäischen Kräfteverhältnisse. Aufgabe der Analyse muß deshalb die Aufdeckung der politischen und ökonomischen Kräfteverhältnisse sein, in der auch die bundesrepublikanische Linke eine praktische Bedeutung hat. Ist theoretisch aber der Zusammenhang aus dem Auge verloren, wird aus dem "Beispiel Italien" *politisch* sehr schnell ein "*Modell Italien*".

Mit dem Begriff des "Eurokommunismus" wird ein politischer Zusammenhang und zugleich eine "politische Bewegung" (Genth/Altvater) auf europäischem Niveau suggeriert, an die man sich anhängen müßte – seit wann aber sind Abstimmungen und intensive Kontakte zwischen organisatorischen Spitzen sich sehr unterschiedlich entwickelnder kommunistischer Parteien eine "Bewegung"? Wenn wir die Erkenntnis, daß "jeder Schritt wirklicher Bewegung wichtiger ist als ein Dutzend Programme" (Marx, "Kritik des Gothaer Programms") zu einem praktischen Bestandteil unserer Politik machen wollen, müssen wir begreifen, daß internationalistische Politik etwas anderes ist als programmatische Übereinstimmung, und internationale Solidarität etwas anderes als Propagierung gemeinsamer Ziele und "Einschätzungen". Dieser Art von Internationalismus entspricht eine *traditionalistische* Art, Politik zu machen, und sie verlagert die schlechte *Organisationskonkurrenz*,

unter der wir in der BRD leiden und die wir in der Praxis aufheben wollen, auf die internationale Ebene. Es entspricht unserem Selbstverständnis, daß politische Lernprozesse durch Erfahrung und Teilnahme an sozialen Bewegungen gemacht werden, nicht durch Übernahme von "Standpunkten". Diese Kritik traditionalistischer Politik gilt national wie international.

Mit dem Hochjubeln des "Eurokommunismus" verschieben wir nur unsere eigene Selbstverständigung, für die eine Kritik des "realen Sozialismus" ebenso nötig ist wie die konkrete politische Auseinandersetzung und Diskussion mit der DKP. Wir können uns nicht um den Antikommunismus als Massenbewußtsein in der BRD durch Spekulation auf die Popularität des PCI herumdrücken. Herbert Mies versucht für die DKP, sich um die Diskussion herumzudrücken, wenn er den "Eurokommunismus" als Gespenst mit umgekehrtem Vorzeichen benutzt und ihn als antikommunistischen Trick der Bourgeoisie zu entlarven trachtet. In seinem Artikel "Die deutsche Bourgeoisie und der Eurokommunismus" (UZ vom 25.2.1977) macht er in aller Deutlichkeit klar, was ein traditionalistischer internationalistischer "*Standpunkt*" ist: "Wenn die Auseinandersetzung um den sogenannten 'Eurokommunismus' eine Herausforderung ist, dann verstehen wir diese so: Entsprechend der Linie ihres Bonner Parteitags wird die DKP jede Art von Antikommunismus und Antisowjetismus, jeden Versuch der Revision der Lehre von Marx, Engels und Lenin zurückweisen, die Prinzipien des proletarischen Internationalismus hochhalten." – Die DKP weiß, was sie will: eine klare Linie, ein Programm, Prinzipien. Sie informiert nicht, sie diskutiert nicht über den "Eurokommunismus", Leser der UZ und Mitglieder kennen den Standpunkt der Partei, aber nicht den Gegenstand. Die Partei steht auf dem Standpunkt, sie bewegt sich nicht – das ist das Kennzeichen des Traditionalismus als *Sektierertum*. Die Selbstisolation beginnt mit der Festlegung auf ein organisatorisches Zentrum. Mit ihrer Festlegung auf Moskau und Peking haben die DKP und die K-Gruppen sich selbst und der möglichen Bewegung geschadet, warum sollten wir ein neues Rom wollen? Auch Herbert Mies wird nicht behaupten wollen, daß die vietnamesischen Revolutionäre mit ihrer durch die revolutionäre Praxis ausgewiesenen Parole "Auf die eigene Kraft vertrauen" (also sich auf kein Rom, sei es Peking oder Moskau, zu verlassen) einen antikommunistischen Beitrag geleistet haben.

Nichtsektiererische Diskussion innerhalb der *gesamten* Linken – nicht nur in der einen oder anderen Organisation – schließt ein konkretes Studium der neuen gesellschaftlichen Entwicklung und Information über die Probleme ein. Der Beitrag von Genth/Altvater erweitert zwar das Spektrum, aber ist wenig hilfreich, weil er "Positionen" und Meinungen referiert, mit denen man sich identifizieren oder die man ablehnen kann. Die Verwirrung – auf der Ebene des Referierens von Positionen müssen wir jeder Sekte mit klarem

blätter des iz3w

blätter des informationszentrums dritte welt
Postfach 5328 D-7800 Freiburg Tel. 0761/74003

Die blätter des iz3w enthalten regelmäßig eine „Chronik der abhänigen Welt + geben Aufschluß über den Zusammenhang zwischen kapitalistischer Wirtschaftsstruktur und Elend der Massen in der Dritten Welt + beleuchten die „Entwicklungshilfe" + erörtern Theorie und Praxis der Widerstandsbewegungen + nehmen Teil an der Diskussion über Dritte-Welt-Arbeit in der BRD

Jahresabonnement bei 8 Nummern mit 40 - 60 Seiten: DM 28,– /öS 200,–/Sfr 28,80 (für Studenten, Zivildienstleistende und andere einkommensschwache Gruppen nach Selbsteinschätzung: DM 20,– / öS 140,– / Sfr 20,40). **Kostenloses Probeexemplar anfordern!**

dpa

Standpunkt unterlegen sein – wird umso größer, wenn man den Bericht über den PDUP-Kongreß (vgl. "links" Nr. 76, April 1976) nachliest, in dem die SB-Delegation unkritisch die dort vertretenen Positionen referiert. "Positionen" kann man eben wechseln wie das Hemd, den "Einschätzungen" mangelt es notwendigerweise an der viel beschworenen Verbindlichkeit. Verbindlichkeit wird aber nur durch eine theoretische Analyse, praktische Arbeit und Diskussion über die gesellschaftliche Wirklichkeit erreicht. Eine andere Art der Politik erfordert eine kritische Analyse, die sich mit Identifikation nicht verträgt, sondern sie gerade zerstört.

Die Politik des PCI ist kein Ausfluß eines eurokommunistischen Programms, keine feststehende Strategie, kein neues Modell sozialistischer Veränderung, sondern ist vor allem von den Widersprüchen und den Kräfteverhältnissen in Italien und Europa geprägt. Altvater hat für die Chimäre des "Eurokommunismus" als politisch-ökonomische Begründung die "Euro-Austerity" erfunden (vgl. "Zeitdienst" Nr. 46, Dezember 1976): "... auch wenn viele, die noch die großen Erfolge der Klassenbewegung in der Blütephase der Konjunktur vor Augen haben, vor lauter "Eurokommunismus" nicht sehen, daß die Bourgeoisie die "Euro-Austerity" als ihr Argument gegen den Eurokommunismus bereits brutal praktiziert." Ebensowenig wie der "Eurokommunismus" eine Realität ist, so die "Euro-Austerity"; nicht nur, daß mit dieser Konstruktion die politisch-ökonomischen Besonderheiten verloren gehen, wenn man Portugal, Spanien, England, Frankreich und Italien auf ein und dieselbe Stufe stellt, sondern die besondere politische Rolle der Bundesrepublik im europäischen Zusammenhang wird durch das einfache Nebeneinanderreihen der Problemländer aus dem Auge verloren. In Italien bedeutet die "stangata" (Knüppelschlag, gemeint ist die Politik der ökonomischen Erpressung) historisch nicht sehr viel Neues, sondern sie ist die verschärfte Reaktion auf die Kämpfe von 1968 und 1969 (1972 nannte man diese Art der Politik "frustata"). Nicht der "Eurokommunismus" steht vor den Toren Roms, sondern die italienische Arbeiterbewegung und andere gesellschaftsverändernden Kräfte sind stärkstem nationalen und internationalen Druck ausgesetzt.

Auch bei einem Artikel in strategischer Absicht dürfen die offenen Probleme nicht unterschlagen werden, die nicht in den unterschiedlichen Meinungen zu suchen sind. Diese Probleme treffen den PCI selbst. Nicht die "Position" von Amendola, Berlinguer oder Longo und die Wirkung ihrer Argumente bei der "Basis", die bei uns leicht im vertrauten Schema von "Fraktionskämpfen" mißverstanden werden, kennzeichnen die gegenwärtige Zerreißprobe der Partei, sondern die Wahrnehmung unterschiedlicher Interessen, die schnell zu widersprüchlichen werden können. Der PCI will *Regierungspartei* werden und muß, wenn er als Partei überleben will, zugleich *Partei des sozialen Konflikts* bleiben. Regierungspartei zu sein bedeutet für den PCI, Maßnahmen durchzuführen, die auch von anderen Klassen akzeptiert werden müssen als von der Arbeiterklasse. In einem Moment der internationalen Isolation, die zweifellos mit einem Eintritt des PCI in die Regierung gegeben wäre, wenn sie nicht seit den letzten Wahlen schon gegeben ist, werden aber die reaktionären Kräfte zur Attacke ermutigt, die nur von einer aktivierten und mobilisierten Basis abgewehrt werden können. Veränderungen der italienischen Gesellschaft können gewiß nicht allein auf Fabrikebene erkämpft werden, aber ebenso selbstmörderisch ist es, den aktiven Klassenkampf einzustellen, Wohlverhalten zu zeigen, die Initiative aus der Hand zu geben, weil dadurch von den Kampferfolgen der letzten Jahre binnen kürzester Frist nur die Wahlerfolge übrig blieben, die für sich allein genommen gar nichts wert sind.

Im Artikel von Genth/Altvater wird nun aber die völlig falsche Vorstellung vermittelt, der "Klassenzusammenstoß" sei in Italien "durch die zugespitzte Krise und durch die politischen Wahlerfolge auf die zentrale Ebene gehoben worden", weshalb die italienische Arbeiterbewegung "einen qualitativen Sprung machen muß", der darin bestehe, "die differenzierte Demokratisierungsstrategie in Betrieben und Kommunen jetzt auf die zentrale Ebene zu heben". Nicht nur macht die PCI seit der Resistenza auf "zentraler Ebene" Politik – sein historischer Beitrag zur bürgerlichen Demokratie in Italien und zu deren seitheriger Aufrechterhaltung wird oft unterschätzt – sondern die Vorstellung, der "Klassenkampf auf der Basis", vorzügliches "Kampfterrain" während der sechziger Jahre, müsse jetzt abgelöst werden durch den auf "zentraler Ebene", ist zu schematisch und stellt sich so nicht. Denn die Schwierigkeiten der Arbeiterbewegung als *Klassen*bewegung gehen in der *Partei*politik ebensowenig auf, wie die gesamtgesellschaftlichen Probleme sich nicht allein von der Arbeiterbewegung lösen lassen, schon gar nicht vom PCI allein. Beide sind auf gesellschaftliche Initiativen angewiesen von Kräften, die nicht in ihrem Einzugsbereich liegen, wie es etwa die Kämpfe für Ehescheidung und Abtreibung gezeigt haben.

Nur ein äußerst mechanisches Verständnis von Politik erlaubt es zu denken, man könne neue Beziehungen zu gesellschaftsverändernden katholischen Kräften durch "Abspaltung" beginnen. D

gibt keine parteipolitischen und schon gar keine raktionellen Lösungen, sondern die Interessen müssen sich in neuen Kämpfen artikulieren, wenn die "zentrale Ebene" nicht im luftleeren Raum liegen soll. Es geht nicht um "reformistische *oder* revolutionäre Positionen", aber ebensowenig geht es um "Basis" *oder* "zentrale Ebene". Der PCI selbst diskutiert den *Zusammenhang* von gesellschaftlichen Konflikten und Parlamentspolitik und weiß, daß auf der zentralen Ebene allein die Entscheidungen nicht fallen. Genth/Altvater vermitteln uns ein zu problemloses Bild der italienischen Wirklichkeit im allgemeinen und des PCI im besonderen.

Ein Blick auf die aktuellen Schwierigkeiten der Gewerkschaftsbewegung läßt den behaupteten "Klassenzusammenstoß auf zentraler Ebene" zu einer Phrase werden; denn die gegenwärtige italienische Parlamentspolitik stellt die Gewerkschaftseinheit, deren praktische Fortschritte ein Produkt der Kämpfe von 1968/69 waren, in Frage. In diesen Kämpfen haben sich die Gewerkschaften eine *Autonomie* von der Parteipolitik erkämpft, die nicht einfach wieder rückgängig gemacht werden kann, weil gerade jemand die "zentrale Ebene" entdeckt hat. Die Kämpfe waren seit 1968 wesentlich gerichtet auf eine ausgeglichenere wirtschaftliche Entwicklung des Landes, neue produktive Investitionen, Schaffung neuer Arbeitsplätze, vor allem verbunden mit Strukturreformen unter antikapitalistischem Vorzeichen. Aber in den Tageskämpfen richtete sich der Protest zunächst gegen die öffentlichen Verwaltungen, deren Dysfunktion und Pfründenwirtschaft für Parteipolitiker vor allem zu Lasten der Arbeiter gehen. Bei Streiks wurden die Beseitigung der Wohnungsmisere und neue Bauprogramme verlangt, Reform des Gesundheitswesens und Steuerreform. Es wurden Aktionsprogramme zum Transportwesen, zur Bildungsreform usw. ausgearbeitet.

Unter den verstärkten restriktiven politischen Bedingungen der letzten Jahre müssen die Gewerkschaften ihre Aktionsfähigkeit bewahren – dazu sind aber Autonomie und Einheit notwendig. Es nützt wenig, wenn man die "militante Basis" beschwört; denn noch weniger als die Einheit der Gewerkschaften ist die der Arbeiterklasse eine Tatsache. die sich an Wählerstimmen ablesen ließe, sondern eine praktische Aufgabe. Besonders an der Entwicklung der Fabrikräte ("Consigli di fabbricca") läßt sich ablesen, daß die "Basis" keine ein für allemal feststehende Größe ist, sondern die Fabrikräte zu Delegationsgremien der verschiedenen politischen Einflüsse im Betrieb degenerieren können, wenn die gesellschaftliche Initiative fehlt.

Die sogenannte "zentrale Ebene" hängt aufs engste mit den gesellschaftlichen Konflikten zusammen, die aber dort allein nicht ausgetragen werden. Eine derartige parlamentarische Fixierung braucht sich auch der PCI nicht vorwerfen zu lassen. Es geht also nicht um Lösungen, die eine Position oder Fraktion innerhalb des PCI bereit hält und die sich "eurokommunistisch" nennen läßt, sondern um eine Reihe schwierigster *offener Probleme*: Arbeitslosigkeit, Arbeitsemigration, Investitionsprobleme, Energiefragen, Fleischversorgung (die letzten beiden Punkte tragen zur "Dauerkrise der Zahlungsbilanz" wesentlich bei und wären allein eine politisch-ökonomische Analyse wert, von der wir alle lernen könnten).

Wenn man Positionen und Meinungen referiert, verliert man aus dem Auge, daß der PCI nicht handeln kann, wie er will. Das Geschick Andreottis besteht auch darin, den PCI dauernd in Konflikte zu verwickeln; die Partei verantwortet politische Maßregeln mit, die von ihr selbst nicht gemacht werden und keineswegs die Probleme lösen. Krise bedeutet nicht nur Austerity, sondern auch die Gefahr des weitgehenden Zerfalls der italienischen Gesellschaft. Dadurch wird aber die Rolle des PCI als Partei des sozialen Konflikts in Frage gestellt; parlamentarische Politik gibt den Arbeitslosen – und die Arbeitslosigkeit hat vor allem im Süden ein enormes Ausmaß angenommen – noch keine Perspektive. Aus Teilen des kommunistischen *Wähler*potentials kann bei enttäuschten Erwartungen ohne große Umstände ein konterrevolutionäres werden. Der PCI hat an den heftigen Auseinandersetzungen mit den Studenten in Rom und anderen Städten wieder einmal bitter zu spüren bekommen, daß nicht alles, was nicht in die Strategie paßt, als "provokatorisch" abgetan werden kann. Die scharfe Selbstkritik in der Partei, daß sie sich zu wenig mit den Problemen der Jugend beschäftigt habe, sollte uns eine ernste Warnung davor sein, angebliche Positionen des PCI als beispielhaft aufzufassen. Die Diskussion um Positionswechsel steht der praktischen Arbeit ebenso im Wege wie der geschichtlichen Selbstverständigung. Die Wandlung des PCI ist ein historischer Prozeß, der in keinem "eurokommunistischen Manifest" nachzulesen ist. Wir brauchen präzise wissenschaftliche Analysen über den politischen und ökonomischen Zusammenhang von Italien, EG und Nato, wenn wir uns orientieren wollen. Und gerade hier liegt manches im argen, um nicht zu sagen, fast alles. Michele Salvati z. B. hat 1972 in einem bemerkenswerten Aufsatz, den die "Probleme des Klassenkampfs" schon im September desselben Jahres übersetzt hat (Nr. 4, Sept. 1972), und dessen Thesen man nicht unbedingt teilen muß, auf eine Reihe von Problemen der ökonomischen und politischen Entwicklung Italiens seit der Befreiung vom Faschismus aufmerksam gemacht, deren historisch-materialistische Analyse noch ausstehe: die vom Faschismus geerbte industrielle Basis; die Entwicklung der Schwerindustrie mit Staatsbeteiligung, die zunächst gegen massiven Widerstand breiter Kreise der Herrschenden durchgesetzt und zur Zeit der Mitte-links-Regierungen in den sechziger Jahren noch ausgedehnt wurde (v. a. bei Eisen und Energie); die Cassa del Mezzogiorno (Kasse für die Unterstützung des Südens); die Agrarreform; kurz: "Hunderte von Gesetzen, Verordnungen und Dekreten", deren "angemessene Analyse" noch "vollkommen fehlt" (S. 10). Und wenn Salvati schreibt: "Der vollkommene Mangel an Analysen der wichtigen Probleme wirft ein bezeichnendes Licht auf das Elend der Gesellschaftswissenschaften in unserem Land" (S. 12), so gilt dies erst recht für *unsere* Beschäftigung mit Italien. Es scheint, als ob die Begeisterung für die italienischen Klassenkämpfe und für die "Militanz" italienischer Arbeiter und auch anderer gesellschaftlicher Schichten uns seit den sechziger Jahren den analytischen und kritischen Blick auf die konkreten ökonomischen und politischen Entwicklungen und Schwierigkeiten Italiens verstellt haben. Kampfinhalte und -formen wurden, wie anfangs dargelegt, ihres materiellen Substrats entledigt und willkürlich auf unsere eigene, historisch anders gewordene und darum aktuell anders geartete Situation in der BRD übertragen oder gar nachgemacht; kürzer: Identifikationen verhinderten Analysen – und statt jetzt, nachdem dieser grundlegende Mangel unseres Internationalismus allmählich ins Bewußtsein tritt (nicht zuletzt aufgrund des gerade von der BRD massiv betriebenen praktischen Internationalismus des Kapitals!), das Identifikationsobjekt auszutauschen, sollten wir uns an diejenigen Analysen heranmachen, die Salvati schon vor Jahren gefordert hat. Damit sollen die Ansprüche an "links" und an Italien-Artikel nicht so hochgeschraubt werden, daß sie nur Spezialisten vorbehalten bleiben sollen. Im Gegenteil: wir müssen lernen, anders zu diskutieren (in den Internationalismus-Rundbriefen des SB vom Sept. 1976 und vom Febr. 1977 ist ein Ansatz dazu gemacht worden, der vorangetrieben werden muß). Wissenschaftliche Analyse kann indes nur eine Seite der politischen Diskussion sein, Information über die aktuellen Probleme muß eine andere sein. Nur so gelingt es uns, aus den alten Strukturen unseres Internationalismus herauszukommen. Nicht das "Beispiel" Italien zeigt uns neue politische Möglichkeiten auf für unsere Politik in der BRD, sondern die theoretische Analyse des veränderten Zusammenhangs von Italien und BRD und die praktische Zusammenarbeit mit italienischen Genossen, hier und in Italien.

Neuer Internationalismus Rundbrief des SB

Italien und besonders der PCI stehen zur Zeit im Mittelpunkt der Internationalismus-Diskussion. Dabei kann es oft scheinen, als würde der "Eurokommunismus" als ein "Modell" verstanden, das beliebig übertragbar sei, so wie vor kurzem viele Genossinnen und Genossen die Entwicklung in Portugal auch für "ihren Weg" zum Sozialismus hielten.

Die inzwischen vorliegende zweite Ausgabe des Internationalismus-Rundbrief des SB geht –anknüpfend an den ersten Rundbrief vom Sept. 76 – mit mehreren Diskussionsbeiträgen zum Thema "Italien" kritisch auf die gegenwärtige Internationalismusdiskussion ein. Am Gegenstand, also Italien, der KPI und vor allem der Gewerkschaftsbewegung, wird in diesem Heft ausführlich diskutiert. So erhält es neben den grundsätzlichen Anmerkungen zur Internationalismusarbeit und -diskussion einen Beitrag über das Verhältnis der KPI zur VR-China, zwei Gespräche mit italienischen Gewerkschaftern über die gegenwärtigen Probleme der italienischen Gewerkschaftsbewegung und einen Beitrag über den Mezzogiorno, der zeigt, daß der Süden Italiens nicht nur ein Problem dieses Landes ist. Ein Bericht über eine Diskussion zwischen deutschen und italienischen Genossen sowie ein Beitrag über die Arbeitskonzeption der Projektgruppe Internationalismus vervollständigen dieses Heft.

Umfang 60 Seiten, Preis DM 5.--; zu beziehen über Verlag 2000 GmbH, Postfach 591, 6050 Offenbach 4, gegen Voreinsendung in Briefmarken, V-Scheck oder Bargeld. Die ersten drei Hefte des Internationalismus-Rundbriefes (also das bereits erschienene Heft 1, das vorliegende Heft 2 und das später erscheinende Heft 3) können gegen Voreinsendung von DM 10.-- abonniert werden.

"...Wenn sie dann mosert, muß sie ein paar hinter die Ohren kriegen"

Täglich werden Tausende von Frauen geschlagen, mißhandelt und vergewaltigt – nicht etwa vom "bösen fremden Mann" auf der Straße, sondern auch und vor allem vom eigenen Freund oder Ehemann, unabhängig von der Bevölkerungsschicht. Selbst in der bürgerlichen Presse spricht man von einer Zahl von 4 Millionen Frauen, die jährlich vom eigenen Mann mißhandelt werden (laut Aussage der Polizei ist die Dunkelziffer sogar noch wesentlich höher). In fast jeder Familie gibt es mindesten einmal im Monat Krach, und in 5 Millionen Familien endet er in einer Prügelei. Frauen werden mit Fußtritten, Fäusten und Gegenständen mißhandelt. Folgen davon sind Nasenbein- und Rippenbrüche, angeschlagene Zähne, Brandwunden, Schnittverletzungen durch Messer, Rasierklingen oder Flaschen, bis hin zu tödlichen Verletzungen. Dazu gehört, daß jede 5. Frau in der BRD zum Sex gezwungen, jede 3. Frau von ihrem eigenen Mann vergewaltigt wird.

Mißhandlung an Ehefrauen kommt in allen gesellschaftlichen Kreisen vor – nicht nur in Arbeiterehen, wie viele annehmen. Erin Pizzey, Gründerin des bekannten Londoner Frauenhauses in Chiswick, gibt an, daß Frauen von Polizisten, Rechtsanwälten und Ärzten das Frauenhaus am häufigsten aufsuchen.

Meistens werden die Frauen nicht nur einmal zusammengeschlagen, sondern immer wieder auf die brutalste Weise und schon bei geringsten Anlässen. Sie brauchen nur etwas zu tun, was dem Mann nicht paßt. Sehr häufig werden die Männer gewalttätig, wenn sie betrunken sind und schlagen dann auch ohne Anlaß zu.

Frauen, die solchen Mißhandlungen ausgesetzt sind, leben in ständiger Angst, vom Ehemann erneut geschlagen zu werden. Viele haben die gesellschaftliche Frauenrolle, die ihnen vorschreibt, für die Befriedigung der Bedürfnisse des Mannes im Privatleben zu sorgen, soweit verinnerlicht, daß sie die Schuld für die erfahrene Mißhandlung bei sich selbst suchen. Dazu eine betroffene Frau: "Jede Zeitschrift, die du liest, jeder Artikel, sagt dir, wie du deinen Mann behandeln sollst. Sobald wir lesen können, werden wir auf diese Weise indoktriniert – daß Männer behandelt werden müssen, daß eine Frau es lernen muß, im Umgang mit ihnen gewandt zu sein. Und das glaubst du dann auch. Wenn es nicht funktioniert, schämst du dich zutiefst, weil du glaubst, daß du gescheitert bist, wo Tausende und Tausende von Frauen es schaffen. Du schämst dich, es nicht zu schaffen, du glaubst irgendwie alles falsch zu machen, daß es alles deine Schuld ist." Aus diesem Grunde trauen sich viele Frauen nicht, andere ins Vertrauen zu ziehen, leugnen häufig sogar, selbst mißhandelt worden zu sein und bleiben beim Ehemann. Auch die Existenz von Kindern hält viele Frauen davon ab, sich vom Ehemann zu trennen, weil sie nicht wissen, wohin mit den Kindern.

Formaljuristisch gesehen kann sich jede Frau gegen den Ehemann wehren, wenn er sie mißhandelt. Sie kann die Polizei rufen, wenn er sie bedroht, sich von ihm trennen oder sich scheiden lassen. Praktisch sieht das jedoch ganz anders aus: Die Polizei greift nur ein, wenn der Mann die Frau vor ihren Augen verprügelt. Verhält er sich friedlich, so beschränkt sie sich auf Ermahnungen. Ist die Polizei dann wieder weg, so ist die Frau ihrem Mann weiter ausgeliefert.

Die Frau kann sich vor der Scheidung von ihrem Mann trennen, ohne später wegen böswilligen Verlassens schuldig geschieden zu werden, wenn sie auf dem Weg der einstweiligen Verfügung über einen Anwalt einen Antrag auf Getrenntleben stellt. Damit werden auch die Unterhaltsfrage und das Sorgerecht für die Kinder vorübergehend geklärt. Das Ganze scheitert jedoch häufig an der Tatsache, daß die Frau für sich und die Kinder keine Unterkunft findet, weil Verwandte und Bekannte sie wegen Raummangel nicht aufnehmen können.

Die Frau kann auch die Scheidung einreichen. In der Regel erklären sich die gewalttätigen Ehemänner jedoch nicht damit einverstanden. Deshalb muß sie beweisen, daß sie mißbraucht worden ist. Dazu braucht sie ein ärztliches Attest und Zeugen. Das ärztliche Attest allein wird nicht als Beweis anerkannt, nur in Verbindung mit Zeugenaussagen. Nachbarn oder Verwandte lassen sich in der Regel jedoch nicht zur Zeugenaussage bewegen, weil sie sich aus der Angelegenheit raushalten wollen, und Kinder werden erst ab 16 Jahren als Zeugen anerkannt. So kann es passieren, daß eine Frau mehrere Scheidungstermine hat und trotz wiederholter, aber nicht beweisbarer Mißhandlungen nicht geschieden wird, weil der Mann die Ehe aufrecht erhalten will. Hinzu kommt, daß der Mann die Frau während des langen Scheidungsverfahrens weiter mißhandeln kann – und häufig verstärken die Männer die Gewalttätigkeit

gegen die Ehefrau noch bis hin zu Morddrohungen und Mordversuchen. Von Ärzten, Polizisten und Rechtsanwälten erfahren die Frauen oft einen nicht anders als fahrlässig zu betrachtenden Mangel an Unterstützung angesichts der Gefährdung, in der sie sich befinden und werden sogar offen diskriminiert. Ein Kripobeamter zu einer Frau: "Ja, ich geh auch mal einen trinken, und wenn meine Frau dann mosert, muß sie ein paar hinter die Ohren kriegen."

Die Kompliziertheit der Gerichtsverfahren und der Mangel an Unterstützung, sowie das Problem, eine Unterkunft zu finden, erschweren den Frauen die Trennung vom Ehemann so sehr, daß es vielen nicht gelingt, das Verfahren erfolgreich durchzustehen.

In vielen Städten gibt es mehrere staatliche Frauenheime, die aber nicht auf die Situation mißhandelter Frauen mit Kindern zugeschnitten sind. In der Regel werden Mütter und Kinder getrennt, die Kinder kommen ins Heim. Das hält viele Frauen davon ab, sich an die Behörde zu wenden und ist tatsächlich unzumutbar, weil die Heimsituation für die Kinder denkbar ungeeignet ist, den Schock, den sie durch das Erlebte erlitten haben, zu bewältigen.

Die staatlichen Frauenheime sind in allgemeinen sehr streng durchorganisiert. Gerade diese Struktur erschwert es den Frauen, die nach der Mißhandlung durch den Ehemann meist ein stark angeknackstes Selbstbewußtsein haben, eigene Entscheidungen zu fällen und auf diese Weise selbständig und unabhängig zu werden. Die Frau kommt praktisch vom Regen in die Traufe – vom Ehemann, der ihr Verhalten kontrolliert hat, ins Heim, in dem sie ihr Verhalten den Hausregeln anpassen muß.

Das größte Problem für mißhandelte Frauen, die sich von ihrem Mann trennen wollen, ist die Schwierigkeit eine andere Wohnung zu finden.

Gerade das sofortige Verlassen der ehelichen Wohnung würde den wirksamsten Schutz für Leben und Gesundheit der Frau und der Kinder bedeuten.

In England, Frankreich, Dänemark und Holland gibt es zum Teil schon seit mehreren Jahren Frauenhäuser, die mißhandelte Frauen und ihre Kinder direkt und unbürokratisch aufnehmen. Neben dem vom Bund finanzierten Modellversuch in Berlin gibt es auch in anderen Städten der BRD, Köln, Bremen, Bielefeld, bereits Frauenhäuser, die von Frauen der Frauenbewegung aufgebaut worden sind. Dort wird mißhandelten Frauen und ihren Kindern Wohnmöglichkeit gegeben und bei der Lösung der anfallenden Probleme (Wohnraumbeschaffung, Scheidung, Arbeitsstunden, Schul- und Erziehungsfragen) geholfen.

(aus: Große Freiheit, Hamburg, Nr. vom 18.2.1977)

Folgende Häuser für geschlagene Frauen könnt ihr erreichen:

Berlin: Telefon 82 63 018

Köln: Telefon 68 79 63

Bremen: Telefon 44 68 26

Berichte über Initiativen zu Häusern für geschlagene Frauen:

S. Haffner, Gewalt in der Ehe, Wegenbach 1976

A. Schwarzer, Ein Tag im Haus für geschlagene Frauen (über das Berliner Haus) in "Emma", Heft

Initiative Frauenhaus Münster, Bericht in: protokolle, informationsdienst für Frauen Nr. 13.

Europäisches Frauentreffen

Um Erfahrungen der in verschiedensten Richtungen aktiven Frauengruppen auszutauschen, Schwierigkeiten und Fragen der Bewegung zu diskutieren und gemeinsam zu lösen, Aktionen zu koordinieren und zu planen, organisieren Frauen aus verschiedenen europäischen Ländern ein Europäisches Frauentreffen in Paris, am 28./29. Mai 1977. Diskussionsgruppen sollen sich bilden um zentrale Themen, die heute für die gesamte Frauenbewegung von Bedeutung sind: Frauenarbeit, Berufstätigkeit, Arbeitslosigkeit, Hausarbeit, Abtreibung, Verhütung, Sexualität, Familie.

Kontakt für nähere Informationen: Roswitha Rosner, Wülfrather Str. 20, 4000 Düsseldorf, Telefon 0611/ 663864.

Scheidungsratgeber

Die Hamburger Jurafrauengruppe hat einen Scheidungsratgeber fertiggestellt. Er gibt Auskunft über das alte und neue Scheidungsrecht. Bezug: Gina Holz c/o Petra Ewe, Neuenfelderstr. 4, 2102 Hamburg 93. Kosten: 1,50 DM plus 0,70 DM Porto nur gegen Vorauskasse, Konto: Pschkto HH 354329-202 (BLZ 200 100 20) Petra Ewe, Stichwort Scheidungsratgeber.

Das Ziel: Integration beider Verbände

Hajo Funke/Thomas Isensee/Christel Neusüss

Das Arbeitsfeld Schule hat in der letzten "links" eine Stellungnahme zum Berliner GEW-Konflikt abgegeben, die die Orientierung auf den Übertritt in die von Frister und einigen GEW-Rechten gegründete "GEW im DGB" als Legitimierung des Spalterverbandes bezeichnet. "Das Arbeitsfeld unterstützt ... alle weiteren Bestrebungen, die Gründung der Spalter-GEW wieder rückgängig zu machen und den legitimen Landesverband im DGB zu belassen." Leider gab das Arbeitsfeld keine Auskunft darüber, wie einem denn dies gelingen könne und welche politischen Kosten die genannte Strategie birgt. So wurde z. B. nicht erwähnt, daß die genannte Strategie einerseits die Differenzen der Linken innerhalb der GEW-Berlin vertiefen würde, daß andererseits die Mittel zu ihrer Durchsetzung wesentlich in vagen juristischen Hoffnungen bestanden.

Die von der SPD-Rechten ausgestreuten Gerüchte über die Existenz grauer Listen von Hunderten von Kollegen, die nicht in den neuen Verband aufgenommen würden, wurden wiedergegeben, obwohl als Panikmache zur Spaltung der Linken bekannt, als handele es sich um Realitäten. Daß Hoffnung bestand, durch einen möglichst schnellen und massiven Übertritt in den neuen Verband die Verabschiedung einer undemokratischen Satzung zu verhindern und die GEW-Rechten in ihrem Einfluß und in ihrer Position entscheidend zurückzudrängen, wurde nicht erwähnt. Das Arbeitsfeld tat so, als könne die "GEW im DGB" nichts anderes als ein undemokratischer rechter Spalterverband bleiben, selbst bei massivem Übertritt der Masse der fortschrittlichen Kollegen.

Die politischen Perspektiven nach der Vertreterversammlung

Die Landesversammlung der GEW-Berlin fand am 23.2.1977 statt. Am 22.2.1977 veröffentlichte das Kammergericht Berlin die schriftliche Begründung seines Beschlusses, die einstweilige Verfügung gegen den Aufbau eines neuen, bundessatzungskonformen Landesverbandes, aufzuheben. An diesem Urteil wurde klargestellt, daß der juristische Lösungsversuch für den Satzungskonflikt der Berliner GEW mit der GEW-Bundesorganisation entweder gar nicht mehr oder nur noch sehr langfristig und auf bisher nicht bedachten Wegen denkbar wäre. Politisch wurde in diesem Moment die Fragwürdigkeit einer Strategie deutlich, deren Inhalte zwar satzungs- und gewerkschaftspolitisch ausgewiesen waren, die aber zu ihrer Durchsetzung in praktischen Schritten schwerpunktmäßig auf die Entscheidung der Gerichtsinstanzen gesetzt hatte. Vor den Mitgliedern der GEW-Berlin stand nach dem Urteil nun der mühevolle Weg des Übertritts zu Bedingungen des Bundesvorstands in einen Landesverband, von dem niemand wissen konnte, inwieweit nicht die Bedingungen gewerkschaftlicher Arbeit schon von rechten Kräften vorher festgeschrieben worden waren, die in der links stehenden GEW-Berlin längst keine politische Basis mehr gehabt hatten. Der Teil der GEW-Linken, die einen verlängerten juristischen Konflikt mit der GEW-Bund ins Auge gefaßt hatten, sprachen sich nach der kammergerichtlichen Entscheidung zunächst für Auflösung und Übertritt aus und zogen damit Konsequenzen, die auch im Sinne der bis dahin tragenden Argumentation schlüssig und vielfach angekündigt waren.

Jedoch ergab sich im Laufe der Berliner Vertreterversammlung am 23.2. 1977 ein Meinungsumschwung, in dessen Verlauf fast die Hälfte der anwesenden Delegierten entgegen aller früher vertretenen Auffassungen jetzt die Entscheidung befürwortete, auch außerhalb von GEW-Bundesorganisation und dem DGB den Landesverband als selbständigen Lehrerverband weiterzuführen. Entschieden wurde jetzt aufgrund von Aussagen, daß auch ein kleiner Verband politisch viel bewirken könne und man die Mitglieder, die – unbewiesenermaßen – im neuen Verband keine Aufnahme finden würden, nicht allein lassen dürfe. Weiterhin hieß es, bei den Personalratswahlen im Herbst müsse man als alte GEW kandidieren, da sonst aktive Kollegen nicht auf Listen kämen.

Für die Entscheidung eines größeren Teils von Kollegen, die sich gegen die Auflösung des alten Verbands aussprachen, dürfte die – bei der Propagierung des Klagewegs vorgetragene und u. E. falsche – Meinung von wesentlichem Gewicht gewesen sein, im neuen Verband sei für die nächsten Jahre keine basisorientierte Gewerkschaftsarbeit mehr möglich. Zudem war man der dauernden Auseinandersetzungen mit der GEW-Bundesorganisation einfach müde und befürchtete neue Auseinandersetzungen mit der GEW-Rechten im neuen Verband. Schon vorher hatte man ja das weitere gerichtliche Vorgehen damit begründet, daß der verschwindend kleinen rechten Minderheit der Berliner GEW-Mitglieder im neuen Verband nun schier alles möglich sein würde.

Daß dies alles Resultat der Spaltungspolitik der Berliner GEW-Rechten sowie der provokativen Politik der GEW-Bundesorganisation ist, ist bekannt. Daß ein Teil der Berliner Linken ins offene Messer lief, das ist nicht als unabdingbare Notwendigkeit zu akzeptieren. Der in der Kontroverse um die Berliner GEW innerhalb des SB vertretene Standpunkt, man müsse mit allen Mitteln nach dem Motto "Unterwerfung oder Widerstand" den Konflikt um die relative Autonomie des Berliner Landesverbandes mit der GEW-Bundesorganisation und dem DGB aufnehmen und bis zum bitteren Ende führen, hat unseres Erachtens wesentliche Gesichtspunkte einer sozialistischen Gewerkschaftsarbeit unberücksichtigt gelassen (vgl. dazu "links", Nr. 76).

Unser Verhalten und die gegenwärtige Situation

Erst als feststand,

- daß die Neugründung nicht mehr zu verhindern war (etwa durch einstweilige Verfügungen), sondern eine Klage zu jahrelangen – und teuren – juristischen Querelen mit all den Folgen der Verselbständigung geführt hätte und
- daß für die konkrete Tagespolitik in der Gewerkschaft wichtige Teile der gewerkschaftlichen Linken und insbesondere ein beträchtlicher Teil der Betriebsgruppen in den allgemeinbildenden Schulen keine Perspektive in dem Konflikt sahen, sondern in die sogenannte "GEW im DGB" eintreten wollten,

sahen wir die Spaltung als nicht mehr verhinderbar an.

Daraufhin entschlossen wir uns, um die Wirkungen der Spaltung abzuschwächen, uns für einen möglichst geschlossenen Eintritt in die neugegründete GEW im DGB einzusetzen. Dabei haben wir die Zielsetzung, in möglichst kurzer Zeit durch die Wiederherstellung einer fortschrittlichen Politik und entsprechender Organisationsstrukturen wieder zu einer einheitlichen Gewerkschaft zu kommen, um mindestens mit einem Teil der Linken dort mittelfristig fortschrittliche Positionen zu gewinnen und darüber zu einer schrittweisen Integration zu kommen (wobei klar ist, daß dieses Ziel gegenüber der Erhaltung gewisser Autonomievorbehalte der Landessatzung absoluten Vorrang hat).

Nun hat aber die Mitgliederversammlung der neugegründeten GEW im DGB vom 10.3.1977, an der auch ein Teil der gewerkschaftlichen Linken teilnahm, zu einer in dieser Eindeutigkeit nicht vorhergesagten satzungsmäßigen Verankerung einer basisdemokratischen Struktur des neu-

Neuer Info Arbeitsfeld Schule

Zum zweiten Mal greift der Info Arbeitsfeld Schule die GEW als Schwerpunktthema auf. Im Heft 16 (des damaligen SLB-Info) wurde grundsätzlich mit den "Anmerkungen zur Strategie von sozialistischen Lehrern in der GEW" zu diesem Thema Stellung genommen. Die Probleme in der GEW sind seit dieser Veröffentlichung im Jahre 1974 generell die gleichen geblieben. Doch mit den Unvereinbarkeitsbeschlüssen, den Konflikten um die Übernahme der Bundessatzung durch die Landesverbände, dem "Hamburger Modell", der erhöhten Bereitschaft zum gewerkschaftlichen Engagement – etwa in Hessen und Baden-Württemberg –, der zunehmenden innergewerkschaftlichen Repression usw. sind die konkreten Bedingungen gewerkschaftlicher Arbeit für Lehrer anders geworden.

Daher gehen die Beiträge im Heft 28 umfassend auf die Landesverbände ein: In Hamburg wurde die Bundessatzung unter einigen Vorbehalten angenommen – wie sieht jetzt die Arbeit im Landesverband aus; in Hessen wurden wieder einmal Kampfmaßnahmen auf- und abgeblasen – schließlich wurden von den südhessischen Bezirksverbänden Aktionstage durchgeführt; in Berlin wurde inzwischen eine neue "GEW im DGB" mit einer Handvoll rechtssozialdemokratischer Mitglieder gegründet – es existiert also ein Spalterbund; Baden-Württemberg ist der mitgliederstärkste Landesverband der GEW – doch die Wege zwischen GEW-Führung und Kultusbürokratie sind aufgrund der jahrelangen "vertraulichen Zusammenarbeit" besonders kurz; in der niedersächsischen Provinz sieht es nicht viel besser aus – dort fordert ein DGB-Funktionär für ausgeschlossene GEW-Mitglieder auch noch das Berufsverbot.

Die zweite Hälfte des Heftes berichtet über eine Veranstaltung gegen die Repression im öffentlichen Dienst in Frankfurt, und zwar von den Teilen, die die Schule betreffen. Im letzten Beitrag des Heftes wird die Entwicklung bei b:e dokumentiert und bewertet.

Der Info Arbeitsfeld Schule 28, Einzelnummer, 80 Seiten, kann gegen Voreinsendung von DM 4.-- (in Briefmarken, Bargeld oder als V-Scheck der Bestellung beifügen) bezogen werden bei Verlag 2000 GmbH, Postfach 591, 6050 Offenbach 4.

SOPO
SOZIALISTISCHE POLITIK vierteljährlich herausgeben in Westberlin

Die SOPO nimmt teil an der wissenschaftlichen Auseinandersetzung, die von der mit der Arbeiterbewegung verbundenen Intelligenz in einzelnen wissenschaftlichen Disziplinen und zu Fragen sozialistischer Politik kontinuierlich geführt wird.
Die Orientierung auf breite wissenschaftliche Diskussion ist nicht zu trennen von breiter, wissenschaftlich ausgewiesener Erörterung unterschiedlich organisierter und ideologisch kontroverser Positionen.

SOPO 34/35 DM 10.–
Kontroversen um die marxistische Theorie
Institutionen, Verbände und Wissenschaft
Aktuelle Gewerkschaftspolitik

SOPO 36 DM 6.–
Wissenschaft als allgemeine Arbeit
Diktatur des Proletariats?
Wiss.-techn. Fortschritt und individuelle Emanzipation

SOPO 37/38 DM 8.–
Politische Krise und demokratische Bewegung
Philosophie und Politik bei Althusser
Diktatur des Proletariats

SOPO 39 April '77 DM 6.–
Neue Studentenbewegung?
Protokoll einer Diskussion zwischen UStA, ADSen, JUSO-HSG, SEW-HSG, LHV und anderen
H.J. Sandkühler
Über die logische Basis des Kommunismus oder Wie produktiv ist die Wissenschaft im Kapitalismus
F. Tomberg
Althussers antihumanistische "Kapital"-Lektüre
E. Stölting
Das soziale Bild der Wissenschaft
B. Heidtmann
Materialistische Dialektik und Theorie der Dialektik
M. Blankenburg
Konturen einer „Ideen-Politik"

Preis des Einzelheftes DM 6,–
Jahresabo (4 Hefte) DM 20,–

ausschneiden und einsenden an
verlag das europäische buch
Thielallee 34, 1000 Berlin 33

Hiermit bestelle ich die SOPO für ein Jahr (4 Hefte), beginnend mit Heft . . .

Name . . . . . .

Straße . . . . . .

PLZ/Ort . . . . . .

. . . . . .
(Datum/Unterschrift)

en Berliner Landesverbandes geführt. Die darauf gerichteten Paragraphen der alten Berliner Landessatzung – ohne die alte Autonomieklausel – wurden mit überwältigenden Mehrheiten, auf Antrag der Linken, in die neue Satzung übernommen.
Dies hat zur Folge, daß
– die Betriebsgruppen und Mitgliederversammlungen einschließlich wesentlicher Kompetenzen fest verankert sind,
– die Landesvertreterversammlung höchstes Organ bleibt und die Delegierten durch Wahlen bestimmt werden (je 30 Mitglieder 1 Delegierter),
– die Integration der Hochschulangehörigen in die Bezirksarbeit erhalten bleibt und
– daß für die anstehenden Personalratswahlen Kandidaten von bezirklichen Basisgremien vorgeschlagen und festgelegt werden.
Dies bedeutet das praktische Scheitern der mit der Neugründung durch rechte Kreise (sogenannte "Demokratische Initiative") beabsichtigten Zielsetzung in bisher allen wesentlichen Punkten.

Einige Thesen für die weitere Arbeit

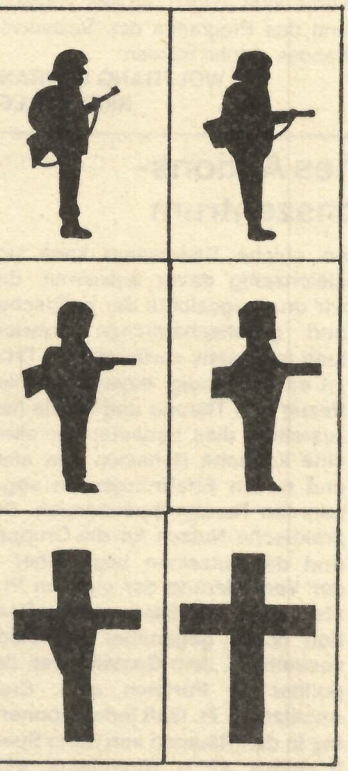
1. Bei aller Begrenztheit haben die im DGB zusammengeschlossenen Gewerkschaften in ihrer Mitgliedschaft sowie ihrer Organisation für die Entwicklung sozialistischer Positionen trotz Unvereinbarkeitsbeschlüssen und trotz gegebener zentralistischer Organisationsstruktur nach wie vor eine entscheidende Bedeutung. Denn sie stellen für die Masse der abhängig Beschäftigten die einzige Möglichkeit dar, materiell einigermaßen abgesichert und organisatorisch unterstützt für ihre Interessen aktiv zu werden und sich mit gesellschaftskritischen Vorstellungen, die auch die Legitimation des kapitalistischen Systems in Frage stellen, auseinanderzusetzen.
2. Gerade Kollegen, die einen sozialistischen Anspruch innerhalb einer Gewerkschaft von vergleichsweise Privilegierten (Höhe des Gehalts, Lebenszeitbeamter) – wie der GEW – vertreten, sollten sich fragen, ob nicht eine solche Gewerkschaft Kooperationsangebote an Mitglieder und auch Organisationen der anderen Lohnabhängigen machen soll, und weniger darauf warten soll, was diese ihr "bringen". Die Tendenz zur Interessenübereinstimmung zwischen Lehrern und den anderen Beschäftigten müßte von seiten der Lehrer verständlich gemacht werden, was am Satzungskonflikt eben schwer möglich war.
3. Bezugsgruppe von Gewerkschaftsarbeit ist nicht allein die In-group von aktiven Kollegen, mit denen man gerade zusammenarbeitet, noch auch allein das eigene Über-ich. Vielmehr muß sich diese Arbeit auch auf die Gesamtheit der organisierten Kollegen beziehen können, sowie auf die noch nicht organisierten, deren Interessen über rein standespolitische Forderungen hinausgehen. Dieses Gewerkschaftsverständnis verlangt die Fähigkeit, die eigene – z. T. informelle Basisgruppierung – nicht zum einzigen Dreh- und Angelpunkt von Gewerkschaftspolitik zu machen. Widerstand gegen Maßnahmen der Kultusbürokratie, wie z. B. Zusammenlegung von Klassen, Abbau der Errungenschaft der Förderkurse, Sparmaßnahmen, die die Lehrerarbeitslosigkeit verstärken, statt sie abzubauen, ist weniger noch als früher, ohne die breite Organisierung dieses Widerstands an den Schulen und ohne Entwicklung der Widerstandskraft der Gesamtorganisation entwickelbar. Das eine ist so notwendig wie das andere. Kollegen, die ihre Gewerkschaftsarbeit vor allem auf die ihnen bekannten aktiven Kollegen stützen und die die Mitgliedschaft in der GEW-Bundesorganisation und im DGB gegenwärtig für nicht so entscheidend halten, wissen sehr wohl, daß ihnen damit eine entscheidende Durchsetzungskraft fehlt.
Damit geben sie aber den konkreten bezug auf die materiellen und politischen Interessen der Mehrheit der Kollegen in den Schulen auf. In der Verteidigung einer Berliner Rest-GEW drückt sich damit gleichzeitig eine resignative Tendenz zur Ghettoisierung gegenüber den inaktiven, nicht so fortschrittlichen Lehrerkollegen innerhalb der eigenen Schule und auf Bundesebene aus. Ohne die Zielsetzung, auch das vorherrschende Bewußtsein unter den Kollegen noch anzusprechen, Mehrheiten auch der inaktiven Kollegen für eine fortschrittliche Politik zu entwickeln und damit die in der Schulbürokratie und in den berufsständischen Traditionen repräsentierten rechten Kräfte in der Gewerkschaft zu isolieren, ist u. E. die beschworene Perspektive kämpferischen Widerstands nicht eingelöst. Diese Perspektive hat sich bei vielen Berliner Kollegen auf den Satzungskonflikt orientiert, wobei dann die Organisierung der Konflikte mit dem Arbeitgeber von Schulebene aus und darüber hinausgehend als eigentlich vorgenommene fortschrittliche Gewerkschaftspolitik zumindest nicht mit der nötigen Intensität vorangetrieben werden konnte. Durch diese Konzentration auf den Satzungskonflikt traten gleichzeitig die einheitsbildenden Momente von Gewerkschaftspolitik zwischen den verschiedenen linken Gruppierungen häufig in den Hintergrund.
Demgegenüber liegt gegenwärtig die Chance in einer praktischen Kooperation der Gewerkschaftsmitglieder in beiden Gewerkschaftsorganisationen, die wir nunmehr anzustreben bzw. schlicht weiterzuführen haben, gerade im Anknüpfen an die sich immer mehr zuspitzenden Schulkonflikte auf der Betriebsgruppenebene. Es wird in den nächsten Monaten vor allem darauf ankommen, Ansätze einer einheitlichen Politik, insbesondere in den unteren Gremien, herzustellen, die die dazu quer verlaufende Spaltung in zwei Organisationen in ihrer Wirkung mindern und mittelfristig aufheben.
Hierzu ist allerdings eine wichtige Voraussetzung, daß von den beiden Berliner GEW-Verbänden ein auf die aktive Integration gerichtetes Selbstverständnis entwickelt wird, wofür seit dem Erfolg der gewerkschaftlichen Linken am 10. März 1977 in der Satzungsfrage verbesserte Voraussetzungen bestehen. Die Chance ist gestiegen, auf dem Weg gemeinsamer Gegenwehr gegen Klassenzusammenlegungen und der Vorbereitung der Personalratswahlen Schritte zu unternehmen, die auf eine einheitliche Organisierung aller gewerkschaftlich orientierten Kollegen in der GEW im DGB hinzielen. ★

Demonstration der GEW-Berlin gegen Sparmaßnahmen (6.11.76) Foto: V

diskussion SB und Antimililarismus

Wir möchten im folgenden einige Bemerkungen zu dem in der letzten "links" abgedruckten Papier von Egbert Jahn "Zur Funktion eines sozialistischen Antimilitarismus im Rahmen der SB-Organisation" machen. Zwei Tendenzen sind in dem Artikel nur kurz angeschnitten und nicht zu Ende gedacht: Es gibt z. Z. keinen umfassenden, überparteilichen Soldatenverband; und: Antimilitaristische Soldaten müssen sich organisieren, um politisch wirksam zu werden.

Die Gründung eines SB-Soldatenkomitees erscheint uns nicht sinnvoll; vielmehr ist es wichtig, daß antimilitaristische Soldaten in den bestehenden gewerkschaftlich orientierten Soldatenkomitees mitarbeiten (ADS, AMAK), um diese zu stärken, notwendige Diskussionen in den Komitees zu führen und um auf die Entstehung einer einheitlichen Soldatenorganisation hinzuwirken (u. U. nach dem Muster der niederländischen Soldatengewerkschaft). Dabei ist zu berücksichtigen, daß diese "Soldatengewerkschaft" unter bedeutend schwereren Bedingungen als die KDV-Organisationen arbeiten wird ausgebauter Unterdrückungsapparat in der Bundeswehr, Disziplinierungsmöglichkeiten etc.).



Unseres Erachtens bestehen keine grundsätzlichen politischen Differenzen und unterschiedlichen Interessen zwischen Kriegsdienstverweigerern und Soldaten, zwischen Dienstpflichtigen und Veteranen". Egbert Jahn macht dies an anderer Stelle selber deutlich, wenn er schreibt: die regionalen Arbeitsfeld-Gruppen sollen "Genossen aus den verschiedensten antimilitaristischen Arbeitszusammenhängen, als DFG-VK-Mitglieder, als Graswurzler, als Soldatenkomiteeler, als KDV-Berater, als Friedenspädagogen oder als SZ-Mitarbeiter ... zusammenfassen".

Wir stimmen mit Egbert Jahn überein, daß es notwendig ist, in der DFG-VK die politische Kontroverse voranzutreiben, daß Positionen offen diskutiert werden müssen, die an der gegenwärtigen Hauptlinie der DFG-VK – Beschränkung auf Massenagitation für eine radikale Regierungsentspannungspolitik – Kritik üben. Wir sind jedoch der Meinung, daß das Bild von der DFG-VK, wie es dem "links"-Leser hier entworfen wird, schief ist, weil vor allem das Problem einer Bündnisorganisation und insbesondere die Rolle der Kommunisten in ihr nicht richtig gesehen wird. Wir fürchten, daß diese Art der DFG-VK-Darstellung die angestrebte verstärkte Mitarbeit von SB-Sozialisten in der DFG-VK nicht gerade erleichtern wird, weil viele DFG-VK-Aktivisten sich durch den Artikel verarscht fühlen werden.

Der DFG-VK wird zwar zugestanden, sie sei "ein Bündnis unterschiedlicher politischer Richtungen", und bejaht wird auch, daß ein solcher Verband ein "solidarisches Gemeininteresse" zur Basis hat. Dann heißt es jedoch abwertend, die DFG-VK betreibe eine "aktionsbündlerische" Strategie, und "vorherrschende Ideologie" sei die Reduktion der politischen Unterschiede auf "eine harmonische Vereinigung von Individuen auf dem kleinsten gemeinsamen Nenner". Nun kann man der DFG-VK-Spitze sehr wohl mangelnde Diskussionsbereitschaft und Harmonisierungstendenzen vorwerfen, aber hier geht es um mehr. Der Begriff "Aktionsbündelei", als Vorwurf gebraucht (das Wort ist übrigens unsinnig, weil ein Aktionsbündnis ein punktuelles Zusammengehen mehrerer Organisationen ist), wie auch die implizite Skepsis gegenüber einem kleinsten gemeinsamen Nenner – der u. E. konstitutiv für jedes Bündnis ist – weisen an dieser Stelle auf eine ziemlich prinzipielle Infragestellung von Bündnisorganisationen. Das wird zwar wieder relativiert durch die Aufforderung, in der DFG-VK mitzuarbeiten, den Anspruch des Bündnisses ernstzunehmen etc.; aber es bleibt Unklarheit – ist so ein Bündnis eigentlich was Legitimes oder nicht?

Das Programm der DFG-VK mag man kritisieren; man mag auch gerade als Sozialist der Ansicht sein, ein linkeres Programm wäre besser – in dem Artikel von Egbert Jahn jedoch heißt es: "... aktionsbündlerische Strategie der DFG-VK, die sich vor allem an pazifistische bürgerliche Sehnsüchte wendet und sich bewußt auf allgemeindemokratische Parolen beschränkt" (das "bewußt" klingt besonders vorwurfsvoll!). Bei diesen "allgemeindemokratischen Parolen", die hier abwertend zusammen mit "pazifistisch", "bürgerlich", "aktionsbündlerisch" zu einer wohlfeilen Assoziationskette verbunden werden, handelt es sich um das politische Programm der DFG-VK, das 1974 in monatelanger intensiver und

antimilitarismus information

Die ami bringt monatlich: ★

- ▷ aktuelle Zahlen & Fakten zu Bundeswehr, Nato, Waffenhandel, Zivildienst, KDV etc.
- ▷ juristische Neuigkeiten für Soldaten & KDV
- ▷ Theorieresultate zum (Anti)militarismus

Themenhefte u.a. zu: Soldatenrechte BW & GG ∫ Abrüstung ∫ Waffenexport ∫ und: ÖKOLOGIE UND MILITÄR !!!

Probeheft bei
B. Gründing
N. Auffahrtsallee 2o
8ooo München 19

Arbeiterstimme MEHRHEITSGRUPPE

Zeitschrift für marxistische Theorie und Praxis

Nr. 1/2 (27/28) 7. Jahrgang — Die Befreiung der Arbeiterklasse muß das Werk der Arbeiterklasse selbst sein — 9.3.1977 Nürnberg

INHALT

Seite

60 Gruppe in eigener Sache
1 Kommunistische Opposition? Die Dissidentenfrage Es gibt keinen isolierten Fall Biermann
17 Buchkritik an W. Abendroth
20 Ehrendoktor für den braun getönten Bischof Graber
22 Flugblatt gegen Amoklauf in Brokdorf
23 Über die Lage in der KP Schwedens
24 Kairo: „Auf alle Fälle sterben wir vor Hunger"
25 Information: Angola
27 " Albanien
32 Nahostkrise in Permanenz Die Wurzeln des Zionismus
44 Isaac Deutscher: Die ungelöste Judenfrage
45 Juso-Strasser in Nürnberg: Von „Links" zur Mitte ?
47 Dutschke auf die Füße stellen
5o Kritik an K.H. Roth/links
51 Innenpolitik: Die ökonomische Krise zeitigt erste politische Folgen
56 VW-Arbeiter zahlen mehr Steuern als Bauern
57 Rosa Luxemburg: Freiheit der Kritik und der Wissenschaft

Kommunistische Opposition?

Die Dissidentenbewegung ist keine Frage subjektiver Moralität sondern eine Klassenfrage

Die Dissidenten in den sozialistischen Ländern können politisch richtig nur als Ganzes bewertet werden. Sie sind keine nebeneinandergestellten Einzelfälle sondern allesamt, trotz ihrer Unterschiedlichkeit, die Spitze einer breiten regimefeindlichen Oppositionsbewegung, die Ausdruck ist einer zunehmenden Gärung in der Brisanz der widersprüchlichen Entwicklung eines noch unterentwickelten und mühsam fortschreitenden Sozialismus. Die Ursache liegt in der Krise des Kommunismus als Folge der ungeheuren Kräfteanspannung – politisch, ökonomisch, militärisch – im Wettkampf und in der Konfrontation der Systeme. Die Gründe für die sich verbreitende Gärung liegen ebenso in den sozialen Folgen dieser Kräfteverausgabung wie auch in der historisch bedingten, die Fortentwicklung stark lähmenden geistigen Krise des Kommunismus. Das Problem ist nur historisch zu begreifen und nur durch die gründliche Analyse der konkreten Situation anzupacken.

Bürgerliche oder marxistische Untersuchungsmethode?

Die Urteile und Stellungnahmen zur Ausweisung Wolf Biermanns aus der DDR standen in fast allen Fällen von Anfang an fest, ohne daß man sich viel der Mühe einer eingehenden Prüfung unterzogen hätte. Das Schema ist bekannt; nicht zuletzt von der Einstellung her zur Intervention 1968 in der CSSR und zu den Arbeiterunruhen in Polen. Eine solche moralisierende, idealistische Schwarz-Weiß-Betrachtung ist leicht zu handhaben und ständig wiederholbar. Nur wird sie dadurch nicht richtiger. Für Marxisten jedenfalls sollte ein solch oberflächliches Vorgehen nicht statthaft sein, gilt es doch tiefer in Erscheinungen

5 - 6 Nummern im Jahr; Abonnement 10.-- bis 20.-- DM, je nach sozialem Können. Probeexemplare anfordern: G. Schwörer, Postfach 150 509, 8500 Nürnberg

-Irland-Info 11,1 '76; 3,-DM
-Materialien für den Englischunterricht; engl., mit Vokabelteil ca. 8o seiten; 4,5o DM
-Irland-Reader: Entw.-Geschichte der ir. Befreiungskämpfe; und Darst. der pol. Org.; 1ooS. 6,5o
-Songbuch mit Noten und deutsch Erläuterungen; 6o S. 5,- DM

außerdem Schallplatten, Plakate, Bildmaterial, Bücher, irische Zeitschriften und Periodika

Informationen aus Irland pol. Analysen im etwa 6wöchentl. erscheinenden IRLAND-Rundbrief kostenlos beim WISK

WESTDEUTSCHES IRLAND SOLIDARITÄTSKOMITEE
637 Oberursel 5
Postfach 35

Film gegen Atomkraftwerke

Der Film "Kaiseraugst" entstand 1975 in der Schweiz, als Bewohner dieser ländlichen Region in einer Notwehraktion auf die jahrelange Ignorierung der Eingaben, Einsprüche und Abstimmungen der Landbevölkerung und der Gemeinden, den Bauplatz des dort geplanten Atomkraftwerkes besetzten und so den Baubeginn verhinderten.

Der Film beginnt mit einem Überblick über die geplanten Atomkraftwerke im Bereich des Oberrheins, die die Aktion von Kaiseraugst in größeren Zusammenhang mit den vielen Bürgerinitiativen und ihren Aktionen stellt (Wyhl, Fessenheim usw.).

Der Film zeigt, wie die Besetzer das Lagerleben organisieren, wie sie solidarische Hilfe aus der ganzen Umgebung erhalten und ihre "Demokratie" auf den täglichen Vollversammlungen.

So sagt ein Arbeiter über Rechtsstaatlichkeit: "Wenn Rechtsstaatlichkeit nur darauf ausgerichtet ist, gewissen wirtschaftlichen Mächten ... als Fundament zu dienen, dann ist es eben nicht mehr Rechtsstaatlichkeit im Interesse des Volkes, sondern nur noch ein Rechtsstaat im Interesse der Trusts und Konzerne."

Über die Illegalität ihrer Besetzung und die drohende Polizeigefahr äußert sich eine Bäuerin: "Wenn die Polizei räumen kommt: ... Ich werde höchstens noch lachen, weil ich kitzelig bin, bis sie mich weggeschafft haben. Aber ich hoffe dann, bis sie mich weghaben, kommen wieder andere zu Hilfe. Und bis sie die Masse weghaben! Wo sollen sie die denn hintun, wenn vielleicht alles verstopft sein wird?"

Nach 10 Wochen wird auf einer Vollversammlung ein vorläufiger Abbruch der Besetzung beschlossen, um ein Verhandlungsangebot des Bundesrates auszuprobieren.

Der Film ist in erster Linie die Geschichte der Bauplatzbesetzung in Kaiseraugst. Doch kann er bei uns die wichtige Aufgabe erfüllen, der Verhetzung der Atomkraftwerksgegner als "Politrocker" und "Terroristen" zu begegnen. Denn der Film macht deutlich, daß die an der Besetzung beteiligten Bauern, Arbeiter, Hausfrauen und Studenten über ihre sozialen Schranken hinweg sich am Meinungsbildungsprozeß beteiligen konnten und ein besseres politisches Verständnis von der kapitalistischen Gesellschaftsordnung gewannen.

Der Film wurde von der Filmcooperative Zürich gedreht, ist 25 Min. lang und in Farbe. Der Ton ist schweizerdeutsch mit deutschen Untertiteln. Zum Vorführen wird ein 16 mm Magnettonprojektor benötigt. Die Verleihgebühren betragen 52,75 DM.

Verleihanschrift: Zentral-Film-Verleih, Karl-Muck-Platz 9, 2000 Hamburg 36, Telefon: 040/34 55 44.

breiter Diskussion erarbeitet worden ist. Es enthält in der Tat – als Programm einer breiten, auch viele fortschrittliche Bürgerliche umfassenden Organisation – im wesentlichen demokratische Forderungen, geht aber teilweise auch darüber hinaus, z. B. ist es antiimperialistisch. Für die Herrschenden enthält es übrigens schon genug Sprengstoff, wie die fünf Anhörungsverfahren in Bayern zeigen, wo DFG-VK-Aktivisten ihr Programm als verfassungsfeindlich entgegengehalten wurde.

Wie gesagt: man kann dieses demokratische Programm für unzureichend halten. Aber daß es demokratisch ist, ist Resultat der Debatte des Gesamtverbandes; bei Egbert Jahn wird es jedoch der "vorherrschenden" aktionsbündlerisch/pazifistisch/bürgerlichen Masche zugeschrieben.

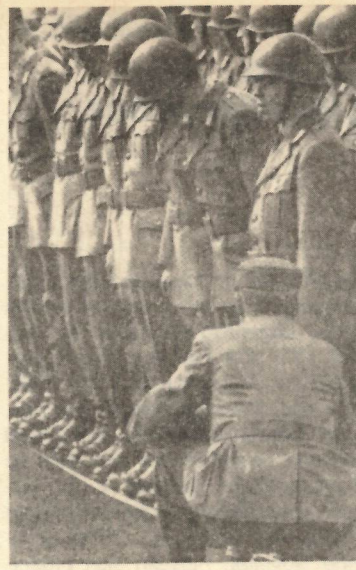
Noch gravierender und fataler scheint uns aber der Vorwurf, die DFG-VK "wende sich an pazifistische bürgerliche Sehnsüchte". In der Tat führt die Sehnsucht nach Frieden die DFG-VKler zusammen, aber diese "Sehnsucht" ist doch in einer total hochgerüsteten Welt von eminent politischer Sprengkraft! Die führt doch zum politischen Kampf um den Frieden! Diese "Sehnsüchte nach Frieden" treiben genauso die Arbeiterbewegung wie die antiimperialistischen Bewegungen – und das wird hier denunziert als "pazifistische bürgerliche Sehnsüchte", was sich dem landläufigen Vorurteil der meisten Sozialisten gegen die vermeintlich unpolitischen "Pazifisten" nahtlos einfügt. Uns erstaunt dies um so mehr, als gerade Egbert Jahn in seinen Veröffentlichungen den Sozialisten den kämpferischen politischen Pazifismus wieder ins Bewußtsein gerufen hat. Und gerade diesen Pazifismus sehen wir in der DFG-VK vorherrschend. Die DFG-VKler wissen genau, gegen welche Feinde es geht und erleben es täglich in ihrem harten politischen Kampf. Sie haben in der Regel ein durchaus klares Bewußtsein von der Weltsituation und vom Stellenwert ihres antimilitaristischen Kampfes hier in der BRD. Für den größten Teil von ihnen ist im übrigen das Ziel der abgerüsteten Welt identisch mit dem Sozialismus im Weltmaßstab. Die DFG-VK-Aktivisten sind nach unserer Erfahrung keineswegs pazifistisch-humanitäre Naivlinge, als die sie streckenweise in Egbert Jahns Artikel erscheinen, sondern in der Regel gestandene Weibs- und Mannsbilder, die wissen, gegen wen und für was sie kämpfen und die sich nichts vormachen lassen.

Auch von der DKP nicht. Damit wären wir beim Thema: DFG-VK und Kommunisten. Egbert Jahns Einschätzungen, die DFG-VK sei fast eine Vorfeldorganisation der DKP, sei im DKP-Ghetto, das Verschweigen des östlichen Militarismus sei DKP-orientiert, DKPisten verbündeten sich mit der bürgerlichen Friedfertigkeit gegen linke Dissenten usw., gehen am wirklichen Verhältnis von DFG-VK und Kommunisten vorbei; dafür befördern sie die alten Vorurteile und Berührungsängste zwischen SB und DKP.

Die DKP-Genossen arbeiten in dem Verband deswegen mit, weil sie sich auf dieselben Ziele verpflichtet haben wie die DFG-VK: Bekämpfung des Militarismus und Abrüstung. Die meisten hängen ihre DKP-Mitgliedschaft nicht an die große Glocke, was Egbert Jahn sehr zu Recht für respektierenswert hält. Viele sagen aber, daß sie Kommunisten sind, und mit denen diskutieren die nichtkommunistischen DFG-VKler hart und entschieden. Die "schärfste politische Auseinandersetzung mit der DKP-Politik", für die Egbert Jahn plädiert, findet also schon laufend statt; sie hat ihre Grenze allerdings im "solidarischen Gemeininteresse" des Verbandes, d. h. die Zusammenarbeit mit den Kommunisten zugunsten der gemeinsamen politischen Ziele bleibt immer möglich.

Es ist richtig, daß die Mehrheit der DFG-VKler keine Kommunisten sind. Egbert Jahn nennt sie "aufrechte bürgerliche Pazifisten". Wir würden für zutreffender halten: kämpferische radikale Pazifisten und Antikapitalisten. Wie Egbert Jahn richtig bemerkt, bekämpfen sie den Antikommunismus und arbeiten als nichtantikommunistische Nichtkommunisten mit DKPlern zusammen, umso mehr, als die DKP als einzige sozialistische Organisation ein Abrüstungsprogramm vertritt, das auf weite Strecken mit dem der DFG-VK identisch ist.

Daß in der DFG-VK bis jetzt die Rüstung des sozialistischen Lagers weitgehend undiskutiert bleibt, liegt daran, daß in der BRD eher der westliche Militarismus zur Debatte steht, daß eine differenzierte Beurteilung des Ostmilitarismus noch aussteht, daß die sozialistischen Länder bei den Friedenskämpfern durch ihre Abrüstungsforderungen viel Kredit haben, und daß man angesichts des antikommunistischen Sumpfs hierzulande eine Stellungnahme zur



östlichen Rüstung nicht für opportu hält. Dieses eindeutig politisch mo tivierte Verschweigen – das auc wir für schlecht halten – ist abe nicht im geringsten "DKP-orientier oder aus "allgemein-humanitären E wägungen" entspringend. Freilic kommt es den meisten DKP-Genos sen insofern gelegen, als sie in il rer irrationalen Bindung an SED un KPdSU Angst haben, Widersprüch im realen Sozialismus offen zu di kutieren.

Die Art, wie Egbert Jahn hier üb die DKP spricht, trägt die Gefa in sich, daß das gemacht wird, wa Egbert Jahn selber als das Ziel d Regierung kritisiert: "die DKPiste zu isolieren"; indem man sie a besondere Gruppe innerhalb d Bündnisses heraushebt und bevo zugt angreift. Die politische Kontr verse muß jedoch um das Vorgeh und das Programm des Gesamtve bandes geführt werden.

WOLFGANG SCHRAN
RICO MÜLLE

Sozialpolitisches Aktions- und Informationszentrum

Seit Anfang September 1976 gibt es in Heidelberg das Sozialpolitische Aktions- und Informationszentrum, kurz: SPAZ, das gleichzeitig Regionalbüro der AG SPAK ist. Das SPAZ soll allen sozialpolitisch arbeitenden Gruppen und Einzelpersonen die organisatorische Möglichkeit zur lokalen und regionalen Zusammenarbeit bzw. Kontaktaufnahme bieten. Eine Trennung von inhaltlicher und organisatorischer Arbeit läuft unseres Erachtens dem Ziel einer effektiven sozialpolitischen Tätigkeit zuwider. Die Aktionen, die vom SPAZ ausgehen, sollen vielmehr von den Initiativgruppen und den Individuen selbst getragen werden. Wir meinen, daß die reaktionären und restaurativen Tendenzen, die in immer stärker werdendem Maße im sozialpolitischen Bereich spürbar sind, nur dann wirksam bekämpft werden können, wenn sich die einzelnen (+ vereinzelten) Gruppen und Personen zusammenschließen, Erfahrungen austauschen, gemeinsame Aktionen planen und dabei ihre Forderungen durchsetzen. Eine solche Diskussion kann un gleichzeitig davor bewahren, da wir uns angesichts der politische und gesellschaftlichen Entwic lung resignativ zurückziehen. Da ist es notwendig, einen sinnvolle Bezug von Theorie und Praxis he zustellen, dies bedeutet vor alle eine kritische Reflexion von alt und neuen Erfahrungen im sog nannten Randgruppenbereich. D praktische Nutzen für die Grupp und die einzelnen liegt dabei der Veränderung der eigenen Pr xis, sowie der Stärkung der Pos tion (z. B. gegenüber der Stad verwaltung, dem Gemeinderat, d politischen Parteien etc.). Ers Ansätze: Z. Zt. läuft jeden Donner tag in den Räumen von Carlo Spo ti (Plöck 32 a, Hinterhaus, 69 Heidelberg) ab 18 Uhr ein Psych Arbeitskreis, und in absehbarer Z soll ein Arbeitskreis für Sozial beiter (vorgesehene Themen: J gendwohnkollektive, Obdachlose arbeit u.v.a.m.) entstehen.

Kontakte: Werner Knappe, Telef 06221/28436 und Wolfgang Le Telefon 06221/13210

Koordinationsstelle für Wohngemeinschaften

Hiermit wird eine Koordination und Kooperation der relativ isoliert voneinander tätigen Wohngemeinschaften angestrebt, zu deren Realisierung eine überregionale Koordinierungsstelle aufgebaut und die Herausgabe regelmäßiger Informationsrundschreiben organisiert werden sollen. Zur kurzfristigen Perspektive der Koordinierungsstelle sollen eine detaillierte Bestandsaufnahme der Jugendwohngemeinschaftslandschaft einschließlich ihrer Modifikationen sowie eine an ihrer inhaltlichen Arbeit/Zielgruppe gemessene Klassifikation gehören; daraus abgeleitet eine Informationssammlung und eine Koordination von Aktivitäten: Organisation eines kontinuierlichen Erfahrungsaustausches, Organisierung von spezifischen Tagungen, regionale Koordinations- und Informationsstellen, Öffentlichkeitsarbeit durch kontinuierlichen Bezug/Information von fachspezifischen Publikationen. Langfristig wird angestrebt, die Koordinierungsstelle auszubauen zu einem zentralen Punkt der Erfassung/Archivierung von relevantem Arbeitsmaterial, der Erstellung von Infomappen (z. B. Präzisierung und Erweiterung der Information über Rechtsgrundlagen einer Jugendwohngemeinschaftsarbeit, Katalogisierung von Förderungsmöglichkeiten, Erfassung von öffentlichen Stellungnahmen, Richtlinien, Gesetzesnovellen, Ausführungsbestimmungen im Rahmen der Jugend- und Sozialarbeit). Die Koordinierungsstelle wird hauptsächlich von einer Person zunächst angegangen. Die Arbeit wird auf ein Jahr terminiert, um danach eine Auswertung des Geleisteten vorzunehmen.

Kontakt mit der Koordinierungsstelle kann aufgenommen werden über Elisabeth Glücks, Fläsheimer Str. 10, 4358 Haltern, Telefon 02364/ 149.

Pfingsttreffen der Arbeitslosen-Selbsthilfen

...e ASH-Bonames, ehemals Heddernheim, arbeitet seit nunmehr 1 1/2 Jahren in Frankfurt. Begonnen haben wir mit 10 Leuten aus der Situation heraus, arbeitslos zu sein. Wir wollen raus aus dem Sozialhilfeempfänger- und Bittstellerdasein und unser Leben und unsere Arbeit selbst in die Hand nehmen und organisieren. Inzwischen sind wir 26 Leute. Folgende selbstverwaltete Arbeitsbereiche gibt es:

...ohmarkt (Verkauf von Möbeln, Trödel etc.)

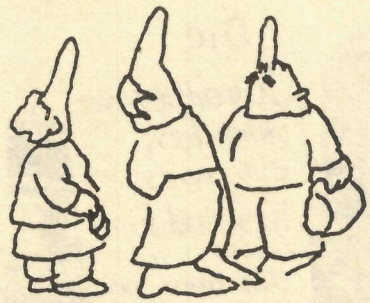
Nähstube (Produktionsbereich)

Galerie (bietet Ausstellungsmöglichkeiten für Leute, die gerne malen und Objekte machen)

Transporte, Umzüge, Haushaltsauflösungen, Entrümpelungen

Autowerkstatt (hauptsächlich für den Eigenbedarf)

Die meisten von uns leben heute in Wohngemeinschaften, Lebenshaltungskosten wie Miete und Verpflegung werden kollektiv abgedeckt. Wir haben angefangen, mit anderen Selbsthilfegruppen in der BRD Kontakt aufzunehmen. Dabei stellte sich heraus, daß die einzelnen Gruppen unterschiedliche Konzepte und Zielvorstellungen haben.



Der Schwerpunkt liegt bei anderen Gruppen etwa in der Entwicklung einer alternativen Sozialarbeit bzw. Randgruppenarbeit, Hilfestellung in der aktuellen Situation des Arbeitslosseins. Wieder andere setzen an den zwischenmenschlichen Beziehungen an und versuchen von dort her eine Alternative zum normalen vorprogrammierten Leben zu entwikkeln. Es existiert eine Vielzahl von Gruppen und Ansätzen, die für sich rumwursteln; die einzelnen Gruppen wissen nicht einmal von der Existenz der anderen.

Wir wollen dies aufheben und versuchen, soweit wie möglich mit den anderen Gruppen zu kooperieren. Wir verstehen das Ganze, das sich an tausend Ecken autonom entwickelt, als Bewegung, deren Umfang noch nicht bekannt ist. Hier bietet das gemeinsame Treffen am 28. - 30. Mai 1977 in Frankfurt eine Basis, für alle alternativen Projekte Perspektiven zu diskutieren und Möglichkeiten der Zusammenarbeit zu finden. Wir würden hier, selbst wenn wirs könnten, kein fertiges Konzept für dieses Treffen vorlegen, weil wir das für falsch halten: Erfahrungen auf anderen Treffen dieser Art haben gezeigt, daß man so nicht weiter kommt. Wir vielmehr wollen, daß sich die Gesamtheit der schließlich teilnehmenden Gruppen an der inhaltlichen Vorbereitung des Treffens beteiligt. Wir fordern daher alle interessierten Gruppen auf, uns möglichst schnell ihre Vorschläge zuzuschicken, an welchen Diskussionspunkten sie interessiert sind. Wir werden dann bis Anfang April eine erste Zusammenstellung der geforderten Diskussionspunkte machen und an die Gruppen verschicken. In einem weiteren Schritt (bis 1. Mai) kann dann die inhaltliche Vorbereitung des Kongresses auf gleichem Weg weiter verfeinert werden. Wir hoffen auf diese Weise erstmalig zu gewährleisten, daß wirklich die Punkte diskutiert werden, die von allen Gruppen gewünscht werden und nicht – wie gewöhnlich – Diskussionspunkte den einzelnen vorgesetzt werden, mit denen sie nichts anfangen können, weil sie mit ihren konkreten Problemen nichts zu tun haben. Zur Planung ist es auch notwendig zu wissen, wieviele Personen kommen werden.

Die Veranstaltung wird selbstverständlich viel Geld kosten. Wir sehen uns nicht in der Lage, die Kosten alleine zu tragen, wollen den Kongreß aber unabhängig (von den Institutionen) organisieren und uns deshalb nicht über zweckgebundene Zuschüsse kontrollieren lassen. Wir bitten um Spenden auf das Konto Dresdner Bank, Ffm, Kontonummer: 4.331.278, Bankleitzahl: 500 800 00, auf den Namen: Beate Nilsson.

Gegen Einsendung von DM 2,50 in Briefmarken schicken wir Euch unsere erste Dokumentation. Kontaktadresse für sämtliche Korrespondenz und Interessierte der Dokumentation ist: ASH Bonames, Am Burghof 20, 6000 Frankfurt/Main – Bonames.

Initiative Jugendpolitik in Witten

Ende September 1976, kurz vor den Bundestagswahlen, stellten mehrere Kinder- und Jugendgruppen aus Witten fest, daß ihre Haushaltsmittel für 1976 nicht mehr ausreichten, bzw. teilweise gestrichen oder anderen Bereichen zugute gekommen waren.

Aus der Erkenntnis heraus, daß die Probleme und Schwierigkeiten der einzelnen Gruppen nicht als individuelle zu betrachten sind, sondern als Ausdruck der kinder- und jugendfeindlichen Politik des Jugendamtes der Stadt Witten anzusehen sind, schlossen wir uns zur Initiative Jugendpolitik zusammen.

Wie ging es los? Das Jugendheim Vormholz mußte schließen, weil keine hauptamtliche Kraft mehr vorhanden war. Daß die bisherige Hauptamtliche ab dem 1. Oktober 76 nicht mehr da war, wußte das Jugendamt schon länger – trotzdem geschah nichts!

Am Donnerstag vor den Wahlen fand die erste gemeinsame Demonstration für die Wiedereröffnung des Jugendheimes Vormholz statt. Es beteiligten sich etwa 100 Jugendliche. Der Vorsitzende des Jugendwohlfahrtsausschusses versprach zu helfen.

Zwei Tage später machten wir die nächste Demo. Flugblätter, die auf die Mißstände der Kinder- und Jugendpolitik der SPD-Verwaltung aufmerksam machten, wurden verteilt (die SPD besitzt in Witten traditionell ca. 60% der Wählerstimmen).

Waren vor den Wahlen die Verantwortlichen noch darum bemüht, keine großen Konflikte aufkommen zu lassen, zeigte die Verwaltung nach den Wahlen ihr wahres Gesicht. Der verantwortliche Dezernent, Stadtdirektor Schäfer, reagierte mit der sofortigen Kündigung der 14 Mitarbeiter der Initiativgruppe Heven. Von diesem Zeitpunkt an spitzte sich die Auseinandersetzung mit der Verwaltung immer mehr zu.

Durch die offensichtlich fadenscheinige und rechtswidrige Begründung der Kündigungen gelang es uns verhältnismäßig schnell, eine breite Solidarität mit der Bevölkerung herzustellen. Eine Unterschriftenaktion in der Stadt Witten brachte ungefähr 1000 Unterschriften, außerdem wurden 400 Postkarten mit unseren Forderungen an das Jugendamt geschickt.

Die Hevener Eltern waren empört über das Vorgehen der Verwaltung und machten gemeinsam mit uns einige Aktionen. Der Ortsverein der SPD-Heven und der evangelische Pfarrer aus Heven solidarisierten sich spontan mit der Initiativgruppe.

Wir versuchten nun, alle legalen Möglichkeiten einer Bürgerinitiative auszuschöpfen. Wir haben Leserbriefe geschrieben, wir wollten Gespräche führen, wir haben Anträge gestellt, Artikel geschrieben, Ausschuß- und Ratssitzungen besucht, Flugblätter getippt, Ratsmitglieder angesprochen und informiert, Podiumsdiskussionen durchgeführt, Solidaritätsadressen gesammelt, Aktionen und Demonstrationen gemacht, eine eigene Zeitung hergestellt und verteilt, usw.

Der Aktionshammer! Eine Aktion wollen wir hier exemplarisch für andere beschreiben, weil sie auch allen am meisten Spaß gemacht hat. Die Presse berichtete: "... Ein Novum in der Wittener Ratsgeschichte. Stumme Protestierende machen durch Transparente auf ihre Forderungen aufmerksam..."

Wir besuchten eine Jugendwohlfahrtsausschußsitzung, die im allgemeinen öffentlich ist, jedoch haben die Be-

Projekt ambulante Gruppenpraxis

Wir sind eine fest konstituierte Gruppe, die in der ambulanten Gesundheitsversorgung interdisziplinär (d. h. Sozialarbeiter, Psychologe, Soziologe, Allgemeiner Arzt, Frauenarzt, Kinderarzt, Internist und unten genannte Mitarbeiter) ca. ab 1981 tätig sein wird, zur Zeit im Raume NRW (Münster, Recklinghausen und Essen) in der Planungsphase arbeitet, die ihren endgültigen Standort aber noch nicht bestimmt hat.

Wir suchen Mitarbeiter(innen), die möglichst bald in die Gruppe integriert und an der Entwicklung der Konzeption und Errichtung der Gruppenpraxis beteiligt werden sollen wie: Medizinisch-technische Assistenten(innen), Medizinisch-technische Radiologieassistenten (innen), Arzthelfer(innen), Krankenschwester(-pfleger) und Schreibkräfte, die möglichst umfassend qualifiziert sein müssen bzw. sich bis 1981 qualifizieren müßten, in den jeweiligen Tätigkeitsbereichen, also: Labor, Röntgen, Praxisorganisation.

Kontaktadresse: Arbeitsfeld Gesundheitswesen, c/o Sozialistisches Regionalbüro, Neckarstr. 178, 7000 Stuttgart 1.

sucher kein Rederecht. Das Redeverbot wurde durch Mundtücher ausgedrückt – und trotzdem nahmen wir inhaltlich an der JWA-Sitzung teil. Wir kauften vorher 20 Zeichenblöcke und eine ausreichende Anzahl von Filzstiften. Kein Wort wurde während der Sitzung gesprochen ... die Kommentare zu den einzelnen Punkten und Redebeiträgen des JWAs und dessen Mitglieder wurden durch immer wieder neu geschriebene Bemerkungen abgegeben, die wir als Transparent hochhielten.

Gegen eine solche Form der Meinungsäußerung in einer Ausschußsitzung gibt es keine gesetzliche Handhabe, es kann nicht verboten werden. Die Jugendlichen hatten ihren Spaß und erkannten die Unsicherheit der Ausschußmitglieder und lachten den Vorsitzenden des JWA aus, als er mehrmals mit einem Rausschmiß drohte.

Disziplinierung, Diskriminierung und Repression! Die Stadtverwaltung, die sich immer mehr nicht nur als ausführendes, sondern auch als eigenständig Politik machendes Organ versteht, reagierte auf unsere Aktionen mit folgenden Repressions- und Disziplinierungsmaßnahmen:

1. Fristlose Entlassung der 14 Mitarbeiter der Initiativgruppe Heven.
2. Nichteinstellung der geforderten beiden hauptamtlichen Mitarbeiter im JZ Vormholz. Schließung des Jugendzentrums.
3. Trotz Versprechen wird Stephan Schulze-Bentrop, der nach der Wiedereröffnung als Honorarkraft zusammen mit drei nebenamtlichen Mitarbeitern im Jugendheim Vormholz arbeitete, nicht als hauptamtlicher Mitarbeiter übernommen.
4. Zu einem vereinbarten Gespräch mit Oberbürgermeister Ottlinger (SPD) und Vertretern der Initiative Jugendpolitik erscheinen auch zwei Kriminalbeamte.
5. Der JWA-Vorsitzende Hasso Lieber, der die Forderungen der Initiative bislang unterstützte, wird durch ein Hintertürchen aus seinem Amt getrickst. (Sein Richteramt sei mit der Tätigkeit als Vorsitzender nicht vereinbar.)
6. Ein starkes Polizeiaufgebot erscheint bei einer Spontandemo in Vormholz und fotografiert die Teilnehmer.
7. Helmut Bargenda wurde als nebenamtlicher Mitarbeiter für die Kindergruppe Herbede nicht eingestellt, weil er sich presserechtlich für unsere Zeitung (Jugendpolitische Zeitung) verantwortlich erklärt hatte.
8. Durch die Schließung des JZ Vormholz werden die ausgeschriebenen zwei Sozialarbeiterstellen auf das Haus der Jugend Herbede übertragen; das alte Mitarbeiterteam aus Herbede (alles Mitglieder der Initiative Jugendpolitik) sollte geschlossen gefeuert werden.
9. Fristlose Entlassung des nebenamtlichen Mitarbeiters Werner Bodinek wegen einer "angeblich nicht genehmigten" Entrümpelungsaktion im JZ Herbede.
10. Das Jugendamt fordert auch die fristlose Entlassung des bisherigen Hauptamtlichen in Herbede, Werner Liesenhoff, beim Personalamt! Das weigert sich jedoch, die Kündigung durchzuführen.
11. Im Schwedenheim – offiziell unter "Falken"-Trägerschaft, inoffiziell jedoch schon von der SPD (Jusos) übernommen, 1. Vorsitzender des Trägervereins ist Klaus Lohmann, zugleich Fraktionsvorsitzender der SPD-Ratsfraktion und zukünftiger Wittener Oberbürgermeister – wird gegen die Stimmen der Hausbesucher und Mitarbeiter (3 Stimmen fehlen) die Sozialarbeiterin Brigitte Asbach-Nieswand ohne Begründung nicht aus dem Anerkennungsjahr in ein reguläres Arbeitsverhältnis übernommen.

Im letzten Falle wird klar, wie unwesentlich doch die Trägerschaft ist – ob in städtischer oder Vereinsträgerschaft –, Repressionsmaßnahmen finden überall statt.

Unsere Einschätzung der jetzigen Situation: Wir sehen in diesen Disziplinierungsmaßnahmen, Rausschmissen und Nichteinstellungen einen klaren Versuch, politisch unliebsame Personen dadurch mundtot zu machen, daß man ihnen die Möglichkeit nimmt, dort zu arbeiten, wo sie guten Kontakt zu den Betroffenen haben und wo es zu einer klaren Solidarität zwischen Betroffenen und Mitarbeitern gekommen ist.

Eine unserer Forderungen heißt: "Kein Abbau, sondern Ausbau der Kinder- und Jugendeinrichtungen in Witten". Tatsache ist aber, die Stadtteiljugendzentren sollen geschlossen werden, nur drei zentrale Jugendzentren sollen bestehen bleiben – drei Jugendzentren lassen sich besser kontrollieren, im Zaum halten, wenige Einrichtungen schaffen einen Überhang an Arbeitskräften und somit die optimalen Voraussetzungen für Disziplinierungsmaßnahmen an den eingestellten Kräften.

Die Organisationsform der Initiative Jugendpolitik hat sich bewährt. Durch die Repressionen der Stadtverwaltung verstärkte sich der Zusammenhalt der einzelnen Gruppen. Neue Gruppen werden der Initiative beitreten. Die Initiative Jugendpolitik entwickelt sich zu einer festen Institution. Die Einrichtungen helfen sich untereinander, die Jugendlichen erfahren Solidarität, wie auch die noch beschäftigten und schon entlassenen Mitarbeiter.

Wir, die Initiative Jugendpolitik Witten, werden deshalb auch in Zukunft unsere Meinung zur Jugendpolitik des Jugendamtes der Stadt Witten offen und laut äußern. Wir lassen uns nicht durch Rausschmisse einschüchtern.

Adresse: Initiative Jugendpolitik Witten, c/o Rainer Wiederhold, Wittenerstr. 23, 5802 Wetter 4.

Bild: Rose

IMPRESSUM

Herausgeber- und Redaktionsadresse: Arbeitsgruppe Sozialistisches Büro, Postfach 591, Hohe Str. 28 (Souterrain), 6050 Offenbach 4, Telefon 0611/832593 • Redaktion "links" zur Zeit: Detlev Claussen (im Sinne des Pressegesetzes verantwortlich für diese Ausgabe), Egbert Jahn, Jan Kuhnert, Roland Roth, Jutta Rücker, Hanfried Scherer • Verleger, Vertrieb und Anzeigen: Verlag 2000 GmbH, Postfach 591, Hohe Str. 28 (Souterrain), 605 Offenbach 4, Telefon 0611/832593. Verlagssekretär: Klaus Vack • Erscheinungsweise monatlich Bezugspreis: Einzelexemplar DM 1,80, Jahresabonnement DM 20.-- zuzüglich DM 5.-- Versandkosten, einzuzahlen an Verlag 2000 GmbH, 605 Offenbach, Postscheckkonto PSA Frankfurt Nr. 61041-604 oder Girokonto Bank für Gemeinwirtschaft Offenbach Nr. 17412695 • Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion. Mit Namen gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Für Überschriften und Zwischentitel ist die Redaktion verantwortlich. Für Beiträge in "links" wird kein Honorar bezahlt. Redaktionsschluß ist jeweils der 5. vor dem Erscheinungsmonat • Druck: hbo-druck, Bensheim

Beilagenhinweis: Einer Teilauflage liegen bei: Prospektkarte "links" + "express"; Prospektkarte "Jetzt abonnieren!"; "links"-extrablatt; Prospekt "Einladung ins Syndikat"; Prospektkarte "Info Sozialarbeit" + "Info Gesundheitswesen".

Bestellschein

(bitte gut leserlich schreiben)

An den Verlag 2000 GmbH, 605 Offenbach 4, Postfach 591

Ich abonniere ab 1. 1. 1977 „links" sozialistische Zeitung

Bezugspreis für 1977 DM 25,– (einschl. Versandkosten)

Das Abonnement läuft weiter, wenn es nicht bis zum 30. November zum Jahresschluß gekündigt wird.

Vor- und Zuname: _____

Postleitzahl und Wohnort: _____

Straße: _____

Datum: _____

Unterschrift